

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interlions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 halbspaltige und gemischtschriftliche Verord-  
 nungen und Bekanntmachungen 25 Pfg.,  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
 Wort 5 Pfg., für über 15 Buchstaben  
 Abkürzungen für zwei Worte. Interlions für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Die Apotheose der Gerichteten.

Es gibt unauferrobar naive Leute, die sich einbilden, es könne in einem Parlament ohne Sozialdemokraten, wie es das preussische Abgeordnetenhaus ist, „große Taten“ geben. Auch das Abgeordnetenhaus Preussens kann gelegentlich interessant werden, aber nur dann, wenn das dort herrschende Junkertum einmal einen kleinen Strauch mit seiner Regierung und der Krone anzufechten hat. Es ist aber ausgeschlossen, daß irgend etwas anderes als eine Vertuschung, Verwirrung und Verdrehung herauskommen könnte, wenn es sich um Angriffe gegen das herrschende System handelt. Die sogenannte Opposition im preussischen Abgeordnetenhaus, die aus einem Häuflein Freisinniger besteht, verfügt weder über die geistigen Kräfte noch über die starken Charaktere, die erforderlich wären, um einer geschlossenen parlamentarischen Uebermacht die Spitze zu bieten. Außerdem ist es seit jeher die Art des bürgerlichen Liberalismus, daß er immer nur so tut, als ob er ernsthaft angreifen wolle, während er in Wirklichkeit stets diplomatisch die Schläger wartiert, damit sie ja nicht berlegen könnten.

Es hat also kein Einsichtiger auch nur einen Augenblick vermutet, daß bei der Interpellation der Freisinnigen über die Mirbach-Affäre sich irgend eine Klärung, geschweige eine parlamentarische Befriedigung, Verschärfung und Zusammenfassung des Urteilspruchs der öffentlichen Meinung ergeben würde. So ist denn die Interpellation über die Mirbach-Angelegenheit gemäß jener Technik verlaufen, mit der das preussische Abgeordnetenhaus und die preussische Regierung, seit jeher die Toten lebendig zu machen und den Sumpf auszutrocknen versteht.

Das überaus zahlreiche der Tribünen füllende Publikum, unter dem sich namentlich viele Offiziere befanden, konnte befricdigt das Haus verlassen mit dem Gefühl, daß dem armen von der Presse zerfetzten Freiherrn v. Mirbach der endliche Triumph seiner Tugend geworden sei. Die Frömmigkeit hatte über Satans Tücke endlich gesiegt und das preussische Abgeordnetenhaus umkleidete den erfolgreichen Kirchenbauern wieder mit dem Heiligenschein, den ihm die öffentliche Meinung schüchde vom Haupte gerissen hatte.

Die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses pflegen im Verein mit der Regierung die Behandlung heikler Angelegenheiten vor der öffentlichen Aussprache sorgfältig vorzubereiten. Man spielt mit verteilten Rollen, und alle Stichwörter sind so genau angeordnet, daß man vor jeder unliebsamen oder ungeschickten Ueberraschung sicher sein kann. Derartige parlamentarische Aktionen des Abgeordnetenhauses münden etwa wie Gerichtsverhandlungen an, in denen Angeklagte und Zeugen durch ein vollkommenes System der Verabredung und Beeinflussung erreichen, daß der Tatbestand völlig und endgültig verdunkelt wird. Die Weisheit ist stets die gleiche. Die Regierung erklärt durch irgend einen Minister alle Angriffe für durchaus unbegründet, beweist dann ausführlich, daß irgend eine nebensächliche Behauptung tatsächlich unrichtig sei, wiederholt immer aufs neue diese eine Ueberführung einer Ungelegenheit und lächelt dann triumphierend, daß somit alles widerlegt sei, selbst wenn sie ganz offen durch die sonstige Darstellung die Richtigkeit aller behaupteten wesentlichen Tatsachen harmlos zugibt. Fehlt auch die Möglichkeit, nur eine winzige Redensfähigkeit als unrichtig nachzuweisen, so erfindet sich man auch wohl noch eine Unrichtigkeit. Alsbald treten dann regelmäßig die Führer der Parteien auf und erklären sämtlich feierlich, obwohl sie kein Wort von dem glauben, was sie sagen: es habe sich nunmehr herausgestellt, daß alle die bedenklichen Dinge, die man der Öffentlichkeit und der Regierung dargevorworfen habe, völlig haltlos seien. Man sei vollkommen befriedigt. Ein Meisterstück solchen parlamentarischen Komödienstückes — ein Meisterstück der Plumpheit und des Erfolges — lieferten Minister und Regierung im Februar dieses Jahres gelegentlich der Kassendebatten und genau nach der gleichen Schablone wurde auch die Mirbach-Affäre erledigt.

Bereits am 28. Juni dieses Jahres hatten die Freisinnigen ihre Mirbach-Interpellation eingebracht. Am 30. Juni fand sie auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. Damals brannte die Affäre lichterloh. Die Regierung war in tödlicher Verlegenheit. Sie wußte nicht, wie sich der Kaiser zu der Angelegenheit stellen würde und deshalb konnte sie nicht reden. Es war ihr gutes Recht, die Beantwortung der Interpellation abzulehnen. Dann aber wäre eingetreten, was die Regierung gerade verhindern wollte, daß in jenem kritischen Augenblick die Angelegenheit zur parlamentarischen Gedebterung kam. Also versiel sie auf den nicht gerade würdigen Kunstgriff, die Beantwortung der Interpellation für einen späteren Termin in Aussicht zu stellen und dadurch, dem geschäftsordnungsmäßigen Gebrauch zufolge, die augenblickliche Diskussion zu verhindern.

Herr v. Hammerstein hatte dieses Manöver auszuführen. Wie er es tat, war es zunächst nur eine Verhöhnung des Parlaments. An dem Tage, wo der Landtag in die Ferien ging, erklärte er, daß er mit möglicher Beschleunigung, sobald es irgend ginge, die Interpellation beantworten wolle. Die „Akten“ seien noch nicht eingetroffen. Auf diese Artengewissenhaftigkeit berief sich derselbe Minister, der im Februar dieses Jahres über die grobe vielfältig verästelte revolutionäre Bewegung in Rußland das Abgeordnetenhaus in der Weise informierte, daß er aus polnischen Schriften ein paar groteske Polizeifälschungen vorlas.

Der Hinweis auf die rechtliche Absicht möglichst rascher Beantwortung angeht eine monatelange Vertagung des Parlaments, war zunächst nur eine dreiste Verpöschung des Abgeordnetenhauses. Innerlich mußte man annehmen, daß der Minister, wenn er auch genau so gut über die Affäre unterrichtet war wie jeder andere, doch persönlich von den Einzelheiten des Mirbachschen Mosaikbottels nichts wußte und vor allen Dingen nichts mit ihm zu tun

hatte. Bald darauf wurde in einem Leipziger bürgerlichen Blatte als Tatsache behauptet, daß dieser abnungstose Freiherr v. Hammerstein, der am 30. Juni 1904 wegen des nicht vollständigen Einlaufs der Akten die Interpellation nicht beantworten konnte, sogar selbst die Mirbachsche Sammlung für das Geschenk zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars mit gefördert hatte, also ganz genau unterrichtet war. Wenn diese Enthüllung die Wahrheit besagte, dann hätte der Polizeiminister das preussische Abgeordnetenhaus bewußt gröblich getäuscht, und da die Behauptung des Leipziger Blattes in keiner Weise nach ihrem wesentlichen Teil in Abrede gestellt wurde, so mußte man annehmen, daß der preussische Minister des Innern, nachdem er demagen der Zerschützung des Parlaments überführt worden sei, nicht mehr dem Abgeordnetenhaus die Gelegenheit geben würde, mit seiner Person Auge in Auge abzurechnen.

Aber Herr v. Hammerstein kannte sein preussisches Abgeordnetenhaus gut genug, um solche kleinen Täuschungsversuche nicht tragisch zu nehmen. Man würde ihm schon die diplomatische „Kollage“ verzeihen und ihm, wenn er es nur wollte, ein glänzendes Zeugnis ausstellen. So erschien denn Herr v. Hammerstein feierlich heute im Abgeordnetenhaus und ließ sich von dem Hause befricdigen, — daß er vollkommen korrekt gehandelt habe.

Nur die Freisinniger verlangten Herr v. Hammerstein die volle Gemüthung für die während der Parlamentarispause erlittenen Preßverfolgungen. Alle anderen Parteien — das Zentrum sagte freilich gar nichts — erklärten sich nach den Darlegungen des Ministers für durchaus befriedigt. Wie war dies Verwandlungswunder erwirkt? Hatte Herr v. Hammerstein gelugnet, hat er Behauptungen ernsthaft zurückgewiesen? Keins von beiden. Herr v. Hammerstein gab alles zu und zog daraus die Schlussfolgerung, daß somit alles widerlegt sei. In den Ausstattungsstücken verwandelt man jetzt wohl auf offener Szene die Bilder, indem man die Bildne verdunkelt, vor der Ranpe grelle Lichter aufflammen läßt und dadurch die Augen des Publikums gegen die Vorgänge auf der Bühne blendet. Solche Blendlichter im rechten Moment anzuzünden — das ist die heutige Regierungskunst; so wandelt sich, von dem gebildeten Publikum unbemerkt, die Szene, so wird aus Nacht Tag, und aus der Hölle der Verleumdung der Himmel der strahlenden Seligkeit.

Der preussische Polizeiminister stellte den folgenden Sachverhalt dar, indem er, um das Gefühl seiner guten Sache auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, nach dem Vorbilde seines Chefs, des Ministerpräsidenten Grafen Bilow, die Hände in den Hosentaschen, redete:

Im Mai 1902 verschickte das Kirchenbaukomitee des Freiherrn v. Mirbach an alle Oberpräsidenten einen Aufruf, um sie persönlich zum Anschluß an das Sammelkomitee für die Hochzeitspende zu gewinnen, und damit sie außerdem in ihren Kreisen für die Propaganda wirken. Alle Oberpräsidenten waren bereit. Herr v. Hammerstein erklärte das für keine amtliche Beeinflussung durch den Freiherrn v. Mirbach. Dieser erste Aufruf des Freiherrn v. Mirbach scheint nicht die nötige Wirkung getan zu haben; denn am 21. März 1903 versandte nun der preussische Minister selbst amtlich einen Aufruf des Freiherrn von Mirbach an die Oberpräsidenten zur öffentlichen Bekanntgabe; auch das war keine amtliche Beeinflussung. Der Minister aber traf nicht die Absichten des Oberhofmarschalls der Kaiserin, der von einer öffentlichen Sammlung, an der sich Aretz und Plebi beteiligen konnte, auf Grund seiner reichen Erfahrung keinen Erfolg versprach. Freiherr von Mirbach ersuchte also eine Komitee-Ordre gegen das Schreiben des Ministers; man solle den Aufruf nicht veröffentlichen, sondern in privater Weise für die Sammlung agitieren. Die Oberpräsidenten waren so sehr an den libertarischen Einfluß des privaten Hofbeamten gewöhnt, daß sie die Anweisung des Ministers ignorierten und den Aufruf nicht veröffentlichten.

Der Minister hatte somit zugegeben: erstens, daß die Oberpräsidenten für die Sammlung wiederholt in Anspruch genommen worden sind und zweitens, daß er nicht nur über die Tätigkeit des Freiherrn v. Mirbach unterrichtet war, sondern sogar sie, wenn auch mit untauglichen Mitteln ungeschickt zu fördern versucht hat. Trotzdem wiederholte Herr v. Hammerstein immer aufs neue, daß er mit Zug und Recht am 30. Juni des Jahres sich als nicht genügend unterrichtet ergeben durfte. Er habe nämlich von dem ersten Schreiben des Mirbach vom Mai 1902 zunächst nichts gewußt. Das war das grelle Blendlicht vor der Ranpe! Diese ganz nebensächliche Einzelheit wiederholte der Minister so oft, als wenn von der Entschlebung dieser Frage die Beantwortung der Interpellation noch der „reine Tor“ in Sachen des Mosaikbottels gewesen sei. Zu allem Ueberflus gab der Minister noch zu, daß er bereits im April 1903 auch von dem früheren Schreiben des Freiherrn v. Mirbach an die Oberpräsidenten unterrichtet worden sei.

Somit hat Herr v. Hammerstein am 30. Juni 1904 alles gesagt und die Akten der Oberpräsidenten, die er eingefordert hatte, konnten ihm nichts Neues mehr sagen. Die Täuschung des Parlaments war zugegeben und das Parlament quittierte über diese Täuschung, indem es seine volle Befriedigung über die aufläuternden und erschöpfenden Mitteilungen des Ministers beteuerte.

Wiederum hatten die freisinnigen Interpellanten dem Minister das Geschäft erleichtert. Wenn die Aktion überhaupt einen Zweck haben sollte, so mußte man die ganze Tätigkeit des Freiherrn v. Mirbach, das ganze System der modernen Kirchenbauerei, der Wohlthätigkeit mit dem Hintergrunde von Ordensdekorationen und Titeln, das Bantchristentum, die Mittel des Kommernhan-Prozesses erörtern. Nichts von alledem geschah. Herr Träger begnügte sich damit, die Mosaiksammlung zu kritisieren, vor der Zuanpruchnahme des amtlichen Apparates für derartige Sammlungen zu warnen und er bemühte sich sogar,

höchst loyal den edlen Zweck derartiger Sammlungen anzuerkennen. Seine Rede war ganz in dem Stil des untertänigen Bekennnisses sittlicher Ideale gehalten, wie er nun einmal im liberalen Bürgerstun seit jeher üblich ist, und Schärfe und Wucht gewann seine Rede nur bei dem einen Passus, als er den Minister wegen seiner Unwahrhaftigkeit gegenüber dem Parlamente zur Rede stellte. Gerade dieser Angriff aber wurde dann durch die übereinstimmenden Vertrauensstundgebungen der konservativen, freikonservativen und national-liberalen Redner seiner Wirkung beraubt.

So kam schließlich eine fast einmütige Vertrauensstundgebung des Hauses für den Minister und eine Berherrlichung des Freiherrn v. Mirbach zustande. Der Oberhofmarschall der Kaiserin habe zwar — im Ufer des edlen Tums — nicht immer mit genügendem Nachdruck zweifelshafte Personen sich vom Halse gehalten, aber er habe sich die größten Verdienste um die öffentliche Wohlfahrt erworben. Makellos stehe er da im Ruhmeskranze, der größte und erfolgreichste Kirchenbauer zu sein. Was etwa noch zweifelhaft gewesen, so durch die Entschlebung geklärt, welche dem Freiherrn v. Mirbach die Trennung von der Schatullen-Verwaltung der Kaiserin auferlegte.

Es ist immer dieselbe Pöfse der Wälschuldigen, die bei derartigen Gelegenheiten das Abgeordnetenhaus aufführt. Das ganze System verbergt an keinem Punkte eine ernstliche Lästung. Die herrschende Politik und die herrschenden Sitten können einen Wahrheitsbeweis nicht aushalten, und weil alle bürgerlichen Parteien ganz genau wissen, daß jede Bemühung der Reinigung, die fadel über unseren Zuständen zu entzünden, nur „Futter“ für die Sozialdemokratie liefern würde, darum wird höchstens nur die G e h e r d e des Anklägers gewagt. Und die russische „Offensive“ der bürgerlichen Opposition — mit Erfolg rückwärts! — dient immer nur dazu, den Verwirrungsdaktion der bürgerlichen Parteien Vorwand und Nachdruck zu leihen.

Die Affäre Mirbach, die an Gerichtsstelle so geheimnisvoll verschüttet ward, ist nun, gerade durch die Interpellation der „Aufklärung“, auch parlamentarisch begraben worden; aus dem Sarg der Affäre aber stieg lebendig der Held des Handels auf, die Hinrichtung ward zur Apotheose.

Hatte das Abgeordnetenhaus auf diese Weise das modische Christentum der begüterten und freibaren Staatsangehörigen von Ohnang und seinen Schwurzeugen und Märtyrern herzlich gesehnt, so bezog man die gleiche Achtung am selben Tage auch noch an der modischen Sozialpolitik des christlichen Staates: Der in Saarbrücken gerichtete Staat der christlich-monarchistischen Sozialreform wurde sauber gewaschen, geputzt und strahlte wieder in der Hülle seiner Kraft und Makellosigkeit.

Die Interpellation des Zentrums über den Saarbrücker Prozeß nahm genau den gleichen Verlauf wie die des Freisinn über Mirbach. Auch über Saarbrücken war im Sommer bereits interpelliert worden. Aber man wollte erst die Erinnerung an den Prozeß verblasen lassen, und schloß auch in diesem Falle die mangelnden Akten vor. Auch hier wurde inzwischen der Hauptbeteiligte, der Geheimrat Hilger, aus der Front zurückgezogen. Auch hier wurde der Angegriffene glorifiziert. Auch hier riet man zum Frieden und zum Verzicht — mit Rücksicht auf den gemeinsamen sozialdemokratischen Feind.

Das vornehmste Publikum, das die Tribünen füllte, verließ nach Erledigung der Mirbach-Interpellation eilends das Haus. Der Fall Mirbach roch nach Skandal. Dagegen hatte es für die Gesellschaft gar kein Interesse, ob Arbeiter systematisch ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt werden. Hätte man die Mirbach-Gaffer um die Herzensmeinung über die Saar-Interpellation gefragt, so hätten sie vermutlich geantwortet: Die Kanaille könnte schon froh sein, wenn sie die staatsbürgerlichen Rechte auf dem Papier behälte. Auch die Abgeordneten folgten dem Beispiel der Tribünenbesucher. Diese Interpellation über die Lebensfrage des köhalschen Proletariats wurde vor fast leeren, unaufmerksamen und unruhigen Häuse verhandelt.

Allerdings muß man zugeben, daß die Redner des Zentrums, Marx und Wagem, der übrigens trotz der ihm zugeschriebenen Ueberarbeitung — die wohl eine Art „Abspaltung“ ist — recht frisch ausfiel, — daß diese Interpellanten kräftiger und wirksamer ihre Sache führten, als die Freisinnigen in der Mirbach-Affäre. Und dies, obwohl das Zentrum an sich der allerungeeignetsten Ankläger in diesem Falle ist, da es in Oberschlesien genau die gleiche Unterdrückung ausübt, die es in Saarabien erleidet.

Minister Möller sprach wie Herr v. Hammerstein. Ein paar Unliebsamkeiten seien zugegeben, aber die Regierung habe durch scharfe Restriktionen Abhilfe geschafft. Von einem System der Unterdrückung und Vergewaltigung sei keine Rede. Wegen die Juberlässigkeit von Zeugenaussagen äußerte der Minister pläglich ein tiefes Mißtrauen, während sonst irgend ein unklarer Gedächtnisbild eines Gendarmen genügt, um Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen. Hatte Herr v. Hammerstein mit Emphase als unverbrüchlichen Grundfay der Regierung verlobet, daß amtlich nicht „Wohltätigkeit“ erzwungen werden dürfe, so warf sich Herr Möller für die freie Wahl der Abhängigen ins Zeug. Wie aber trotz der schönen Grundfaye der Polizeiminister einen Hauptschuldigen solcher Beeinflussung verherlicht hatte, so pries auch der Handelsminister den Verantwortlichen des saarabischen Systems. Er feierte die Geschicklichkeit der saarabischen Verwaltung, mit der sie die Sozialdemokratie ferngehalten habe, und malte in leuchtenden Farben das soziale Paradies der Staatsarbeiter in den saarabischen Gruben. Er und nach ihm noch lebhafter der nationalliberale Redner mahnten, den Saarbrücker Prozeß in der Versenkung verschwinden zu lassen, um nicht der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern. Es war ein erhebendes Bild, wie der Redner der einstigen Kulturkampfpartei das geliebte Zentrum beschwor, um der gemeinsamen Sache willen die kleinen Beschwerden über die Wahlbeeinflussungen in Saarabien zu verzeihen.

Die Fortsetzung der Beratung der Interpellation über Saar-

bräuen erfolgt erst am nächsten Mittwoch; u. a. will noch Dasbach reden. Bis dahin geht das Haus wieder in die Ferien.

Zwei Wahrheiten sind an einem Tage erfolgreich verächtet, zwei Helden des herrschenden Systems der Wahlen der Wahrheit entrissen — die Apotheke der Mirbach und Hilger war eine solche Leistung — daß sich die Netter und Ritter wohl eine Woche Ruhe gönnen dürfen.

### Der Narrenstreich der baltischen Flotte

hält noch immer die englische Öffentlichkeit in großer Aufregung. Die sehr verspätete und recht zurückhaltende Belleidserklärung des Zaren hat in England durchaus nicht befriedigt. Man hatte mit Recht eine raschere und schärfere Beurteilung des Narrenstreichs der russischen Flotte durch den Zaren erwartet.

Die englische Presse, so meldet das „Wolffsche Bureau“ aus London, begrüßt die Tatsache der Erklärung des Kaisers von Rußland in Bezug auf den Vorfall in der Nordsee mit Genehmigung, hält aber diese Erklärung für nicht ausreichend. Die „Times“ sagen, die Erklärungen ließen nicht erkennen, daß man sich in Petersburg über die Absichtlichkeit der Gewalttat klar sei. Sie hoffe, daß die russische Flotte bei Vigo oder Gibraltar angehalten werde. Es sei offenbar, daß in Petersburg die Absicht vorhanden sei, die Sache so darzustellen, als habe die Flotte selbst zu dem Mißverständnis durch Nichtbefolgung eines durch Signale gegebenen Befehls Veranlassung gegeben, aber die russische Flotte habe kein Recht, der englischen Flotte Befehle zu erteilen.

Der „Daily Telegraph“ sagt, aus den Petersburg Meldungen gehe hervor, daß man dort der sehr gefährlichen und falschen Ansicht sei, England könne straflos angegriffen werden, niemals sei die englische Nation so einig gewesen als augenblicklich gegenüber dem beispiellos gewalttätigen Angriff auf harmlose Schiffer. Es sei aber zweifelhaft, ob man sich in Petersburg durch die allgemeine Beurteilung seitens der zivilisierten Welt der Wahrheit zugänglich zeigen werde; denn diejenigen, die die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren bestrebt seien, seien stark.

Auch englische Regierungsvertreter äußern sich in sehr scharfer Tonart über die Amoktat der baltischen Flotte.

Der Erste Lord der Admiralität Carl of Selborne, der gestern Abend bei einem Festmahl des Pilgrims Club zu Ehren des amerikanischen Admirals Jellicott und der Offiziere des jetzt in den englischen Gewässern befindlichen amerikanischen Geschwaders präsiidierte, sagte dabei in einer Ansprache:

Man erwartet wohl von mir einige Worte über das tragische Ereignis in der Nordsee. Eine unentschuldbare Freveltat ist begangen worden. Wenn diejenigen, die für einen so schrecklichen Mißgriff verantwortlich sind, Engländer oder Amerikaner gewesen wären, so würde England oder Amerika sofort in vollstem Maße um Entschuldigung gebeten, jede nur in ihrer Macht stehende Wiedergutmachung dargeboten und die für den schrecklichen Mißgriff verantwortlichen Personen bestraft haben. Ich hege keinen Zweifel, daß auch der Kaiser von Rußland und das russische Volk diesen Weg einschlagen werden.

England hat denn auch bereits Vorkehrungen getroffen, um Rußland den Ernst der Situation klar zu machen.

Nach Ausführung der von der Admiralität erlassenen Befehle an das Mittelmeer, das Kanal- und das Heimgeschwader werden, wie das „Laffan-Bureau“ meldet, fast hundert Kriegsschiffe, darunter 34 gepanzerter, versammelt sein, wahrscheinlich bei Gibraltar, um die weitere Entwicklung des russisch-englischen Zwischenfalls abzuwarten. Weiter wird gemeldet, daß die Admiralität die sofortige Konzentrierung des Pacific-Geschwaders bei Esquimaux (Britisch-Kolumbien) und die Mobilisierung von 25 000 Mann Marine-Reserven anordnete. Das Heimgeschwader ging gestern Abend von Cromarty (schottische Nordseeküste) nach Süden. Das Kanalgeschwader nimmt in Gibraltar mit großer Beschleunigung Kohlen ein. Beide Geschwader haben Befehl, bis heute Abend ihre Vorbereitungen zu beenden. Das Mittelmeer-Geschwader, dessen Manöverplan abgestellt worden ist, geht sofort von Benedig nach Süden. Es dürfte sich bei Gibraltar dem Kanal-Geschwader anschließen. In Marinereisen hält man es dem „Daily Express“ zufolge durchaus nicht für ausgeschlossen, daß ein starkes fliegendes Geschwader von Portsmouth entsandt wird, um das russische Ostsee-Geschwader zu überwachen und die internationale Schifffahrt zu schützen.

Natürlich handelt es sich dabei keineswegs um kriegerische Maßnahmen, sondern nur um Demonstrationen, die aber dem täppischen russischen Varen zeigen sollen, daß man ihm nötigenfalls kräftig auf die frechen Pranken schlagen wird. Etwas größeren Scheit, als ihn die deutsche Regierung in einem ähnlichen Falle betreiben würde, behundet England immerhin.

### Die ganze russische Unverschämtheit

beweist eine Auslassung des offiziellen „Journal de St. Petersburg“. Dies Blatt führt das „Inglid“, das sowohl für die Russen wie für die Engländer als ein solches zu betrachten sei, auf die unmögliche Art und Weise, in der die Japaner den Krieg aufstießen, zurück. Jedenfalls werde die russische Regierung jeden Schadenersatz leisten, welchen das Gerechtigkeitsgefühl der Russen und Engländer verlange. Der „Ripponismus“ kenne keine Grenze, die militärische Ehre gestehen Grenzen, die Grenze zwischen wirklicher und eingebildeter Gefahr sei dadurch verwischt; die Folge davon sei das Inglid bei Hull. Das einzige Gegenmittel sei, den „Ripponismus“ in Acht zu erklären.

Einen frecheren Hohn kann man sich kaum denken! Besoffene Offiziere rüchten in der Nordsee unter englischen Fischerbooten ein Blutbad an, in der alkoholischen Wahnvorstellung, es mit einer japanischen Kriegsschiffe zu tun zu haben — und dann lästert ein offizielles russisches Blatt noch über japanische Verstöße gegen die Kriegsführung. Und das nach all den vorangegangenen dreifachen Verstößen der Russen gegen das Völkerrecht. Das nach den völkerrechtswidrigen Beschlagnahmen und Verabungen neutraler Handels- und Postdampfer, nach dem In-den-Grundbohren der „Thea“, jenes deutschen Schiffes, das schon allein — wenn es sich um Haiti oder Venezuela gehandelt hätte — einen mehr als ausreichenden casus belli abgeben hätte!

Es trifft eben zu, was wir schon vor einigen Tagen konstatierten: die neueste beispiellose Gewalttat Rußlands ist — mag sie immerhin unter Einwirkung des Alkohols verübt worden sein — nur ein neues Glied in der Kette unerhörter frecher Barbareien, die von Rußland systematisch, unter bewußt dreifacher Verhöhnung der europäischen Staaten inszeniert worden sind und aller Voraussicht nach auch noch in Zukunft verübt werden dürften!

### Die Lage bei Mukden

hat sich noch immer nicht verändert. Von einer neuen russischen Offensive, von der bereits der russenfreundliche Telegraph faßelte, ist nichts zu bemerken. Es scheint vielmehr, als wolle sich Auropatin demnächst weiter rückwärts konzentrieren, ohne nochmals das Kriegsglück auf die Probe zu stellen.

Der „Agence Havas“ wird aus Mukden von gestern gemeldet: Die Truppen leiden sehr unter der Kälte.

Die ganze Gegend bis auf 30 Werst südlich von Mukden ist verwüstet. Die Wege bieten einen bejammernswerten Anblick, lange Reihen von Verwundeten und Sterbenden liegen längs derselben und daneben wandert die Bevölkerung ganzer Ortschaften auf der Flucht vom Kriegsschauplatz, auf Karren ihre Frauen und Kinder ihre Habseeligkeiten mit sich führend. Zahllose Hütten sind vom Erdboden verschwunden. Mukden ist überfüllt von Flüchtlingen, Hunderte von Familien liegen, von allem entblößt, mitten auf den Straßen. Die Feindseligkeiten sind noch nicht wieder aufgenommen, die Haltung der Japaner ist absolut verwirrend. In den letzten Tagen war die Lage ganz dunkel. Die Japaner, die entschlossenen schienen, auf Mukden zu marschieren, stellten, ohne sichtbaren Grund, ihren Vormarsch plötzlich ein.

In einem Spezial-Telegramm des „Tag“ aus Mukden vom 26. Oktober heißt es:

Die militärische Lage ist unverändert. Beide Armeen stehen sich in gerader Front gegenüber, teilweise nur auf 500 Schritt Entfernung. Vom Dorfe Schahopu, das in russischen Händen ist, zieht sich die Schlachtlinie westlich bis an den unteren Jumbo, östlich bis zum Kautalingpaß, der 30 Werst von Schahopu entfernt ist. Die Russen stehen somit teilweise auch südlich des Schahopu, wo auch der vielgenannte „Hügel mit dem Baum“ liegt. Die letzten Schlachten brachten keine Entscheidung. Die Verluste der Russen sind wahrscheinlich größer als die der Japaner. Offiziös allerdings werden für die Tage vom 8. bis 20. Oktober folgende russische Verlustziffern angegeben: Offiziere 95 tot, 401 verwundet, 12 vermisst; Mannschaften 2598 tot, 17 067 verwundet, 3048 vermisst, insgesamt 508 Offiziere und 22 708 Mann. Diese Angaben weichen aber wesentlich von den früheren, aus zuverlässigsten Quellen erhaltenen Mitteilungen ab. — Die jetzt eingetretene Winterkälte erhöht die Schwierigkeiten der Verpflegung. — Die über den Taitseho gegangenen Abteilungen sind wieder zurückgenommen worden. Der Taminlingpaß im Südosten war im offiziellen „Kriegesblatt“ irrtümlich als gestürmt angegeben; tatsächlich ist der Sturm nur bis auf 100 Meter an die japanische Stellung herangelangt und dann auf höheren Befehl eingestellt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Japaner bald wieder die Offensive ergreifen. Dies könnte vielleicht die Räumung von Mukden bewirken. — Die hierher gemeldete Aufstellung einer neuen japanischen Armee in Korea gilt als Antwort auf die Bildung der zweiten russischen Mandchurei-Armee.

Man muß sich bei Bewertung dieser Meldung dergewärtigen, daß alle Nachrichten aus Mukden nur nach Passierung der strengsten Zensur durchgefallen werden! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.

### Ein neues Lobtau!

Ein Privattelegramm meldet uns aus Moskau: Das Schwurgericht zu Gástrov erkannte heute gegen den Arbeiter Hans Ebert auf 15 Monate Zuchthaus, gegen den Vorarbeiter Stanislaus Andzinski auf 12 Monate, den Arbeiter Wilhelm Sarlander auf 10, den Tischler Herman Rau auf 6, den Arbeiter Christian Drows auf 8, den Stellmacher Wilhelm Ehler auf 8, den Arbeiter Fritz Hartmann auf 8, den Schmied Friedrich Schleichert auf 8 und den Arbeiter Wilhelm Hudsdorf ebenfalls auf 8 Monate Gefängnis. Der Arbeiter Markowski wurde freigesprochen.

Ein Jahr und drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre acht Monate Gefängnis hat das Gástrower Schwurgericht an einem Tage verhängt!

Und was war die Ursache?

In Gástrov waren die Bauarbeiter ausgeperrt. Die Behörden leisteten in der bekanntesten Weise ihre Dienste. Alles taten sie für das Unternehmertum; alles taten sie gegen die Arbeiter. Die Schutzleute begleiteten die Arbeitswilligen, welche ein paarmal von den Ausgeperrten ohne irgendeine Bedrohung begleitet worden waren, von und nach den Bauplätzen, und das steigerte die Erregung in der Arbeiterbevölkerung zur Siedehitze. Am 2. Juni fanden aus diesem Anlaß in den Straßen Moskaus, durch welche die Arbeitswilligen transportiert wurden, Ansammlungen statt, an welchen sich auch die Angeklagten beteiligten. Sie sollen bei dieser Gelegenheit mit vereinten Kräften den Polizeibeamten und den zu ihrer Unterstützung zugezogenen Personen, dem Unteroffizier Gebert und den diesen begleitenden Soldaten Widerstand geleistet haben und sind deswegen des Aufruhrs angeklagt worden.

In welcher Weise die Verhaftungen vorgenommen wurden, darüber geben die Angeklagten selbst folgendes Bild:

Angell. Ehler: Ich gehöre weder dem Arbeiterverband an noch zu den Ausgeperrten. Als ich an der Ecke der Leonhardtstraße stand, wurde der Mitangeklagte Andzinski verhaftet. Ich habe dem Schutzmann Steinmüller, der auf Andzinski losging und ihn mißhandelte, zugerufen: „Schlagen gilt doch nicht!“ Darauf sagte Schutzmann Steinmüller zu seinem Kollegen Warnow: „Der muß auch noch mit“, worauf Warnow mich festnahm.

Ehler erhielt acht Monate Gefängnis! — Angell. Schleichert: Ich wohne in der Waldemarstraße und führte mich mein Weg deshalb in jene Gegend. Ich habe den Schutzmann Bruhn nicht angefaßt, um ihn von der Verhaftung eines anderen abzuhalten. Mich faßte der Schutzmann Müller bei der Kehle, so daß mir fast die Luft wegblieb. Dann hat er mir einen Daumen auf's Auge und mich mit dem Kopf auf den Erdboden gedrückt und hat sich mit seinem Körper auf mich gelegt. Der Polizeiwächter Treter kniff mich unterwegs in den Arm. Vor der Wache bekam ich einen Schubs, daß ich in die Wache hineinfiel. Schutzmann Müller sagte zu mir bei meiner Entlassung: „Ich würde wohl ein Jahr kriegen, er wolle mir schon eins anhängen.“

Ganz so schlimm fiel die Sache nicht aus: Auch Schleichert erhielt „nur“ acht Monate Gefängnis.

Der Angeklagte Sarlander, der auf der Rückkehr von einem Besuche in die Menschenmenge geriet und infolge seiner Kurzsichtigkeit die Ursache des Aufruhrs nicht erkannte, erhielt zwar durch ein Sachverständigenurteil seine Kurzsichtigkeit befreit, wurde durch das Schwurgerichtsurteil aber außerdem 10 Monate Gefängnis!

Der „Haupttrüdelstörer“ Andzinski ist Katholik. Er hatte, als er aus der Kirche kam, ein Rencontre mit den Schutzleuten, die sich über seinen Glauben lustig machten. Der Katholizismus ist nämlich in Mecklenburg nach behördlicher Ansicht etwas minderwertig. Bei seiner Verhaftung hat er nachher „wie ein Wilder getobt“. Urteil: 15 Monate Zuchthaus!

Als Geschworene fungierten bei diesem Volksurteil: Rentner Tiedt, Gutbesitzer Schondorf, Erbpachthofbesitzer Rizzo, Gutspächter Seemann, Revierförster Rukel, Domänenpächter Blank, Hauptmann Reuter, Domänenpächter Hesse, Hauptmann Stamer, Revierförster Plagemann, Forstmeister von Strahlendorf, Gutbesitzer Peters, Kommissionsrat Ulrich, Gutspächter Steinmann.

Die Unternehmer werfen ihre Arbeiter skrupellos auf die Straße. Wenn diese das sich nicht ruhig bieten lassen, schreit die Polizei

ein. Mandatiert darüber die erbitterte, aufgeregte Menge, so sprechen Offiziere, Förster und Mecklenburger (!) Gutbesitzer und Pächter „Recht“!

Aber es gibt keinen Klassenstaat! Es gibt keine Klassenjustiz! —

### Zur Aufreißung.

Nach der parlamentarischen Verschüttung der Mirbach-Affäre geiztet es sich, an ein furchtliches Verbrechen zu erinnern, in das Dunkel der Angelegenheit hineinzuleuchten. Herzog Ernst Günther veröffentlichte in diesem Sommer folgenden Brief durch die „Königliche Zeitung“:

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Gewisse Blätter haben versucht, mich mit der Affäre der Pommerschen Hypothekbank in Verbindung zu bringen. Ich habe mich infolgedessen veranlaßt gesehen, einleitende Schritte zu unternehmen, um auf gerichtlichem Wege gegen die Verbreitung solcher Gerüchte über meine Person vorzugehen. Prozesse gegen die Presse habe ich bisher zu vermeiden gesucht, da bei einer Beurteilung meist die eigentlich Schuldigen nicht getroffen werden. In diesem Falle könnte jedoch eine Angelegenheit vielleicht schneller geklärt werden, in der es im allgemeinen Interesse dringend geboten scheint, daß möglichst Licht über alle Punkte verbreitet wird. Ich darf wohl annehmen, daß Euer Hochwohlgeboren Wunsch mit dem meinigen in dieser Richtung übereinstimmt. Was meine Person betrifft, so habe ich sowohl bei Hofe wie in meinen Bekanntenkreisen niemals ein Wort daraus gemacht, daß ich ein Gegner der Art und Weise sei, wie Herr v. Mirbach freiwillige Spenden veranlaßt hat. Ich habe ferner die Pommersche Hypothekbank von Anfang an als ein Institut bezeichnet, das wenig geeignet sei, in näherer Verbindung mit dem Hofe zu stehen. Es ist daher auch ebenso töricht als unwahrscheinlich, mich mit der Pommerbank in irgend eine Verbindung zu bringen. Selbstverständlich habe ich unter diesen Umständen niemals irgend welche Beziehungen weder zur Pommerbank oder zu ihren Leitern, den Herren Schulz und Romeid, gehabt. Hatte doch schon der Zusammenbruch der Preussischen Hypothekbank gerade in Niederschlesien einen besonders ungünstigen Eindruck hinterlassen, wo eine Menge wenig vermögender Leute ihre Spargroschen einbühten. Durch die Gerichtsverhandlung im Prozeß der Pommerschen Hypothekbank ist der Verleib derjenigen 325 000 M. nebst Zinsen nicht karge stellt worden, über die Herr v. Mirbach quittiert hat, ohne sie jemals empfangen zu haben. Auch Ihr jüngst veröffentlichter Briefwechsel mit Herrn v. Mirbach hat darüber eine Klarheit nicht geschaffen. Es ist dringend wünschenswert, daß die Empfänger dieses Geldes festgesetzt werden.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung  
Euer Hochwohlgeboren sehr ergebener  
Herzog Holstein.

Der Herzog hat sein Wort verpfändet. Bisher hat man zwar von einem Verfahren noch nichts gehört, aber es wird doch wohl vorbereitet. So wird es schließlich doch noch Licht werden. Oder — — — ?

## Deutsches Reich.

Ueber den „Bankrott der Eingeborenenpolitik in unseren Kolonien.“ stellt die „Deutsche Tageszeitung“ Betrachtungen an. Das Thema ist sicherlich sehr aktuell. Der in Südwestafrika zutage getretene „Bankrott“ unserer Eingeborenenpolitik sollte in der Tat zu ernstlicher Selbstreflexion veranlassen. Mit der Politik a la Peters, Leist, Wehlan, Schröder, Arenberg, Kossak und Konsorten, der Brutalisierung der Eingeborenen, mit dem System des Erschleichens, Fängens, Auspeitschens, des Land- und Viehraubes, kurz mit der ganzen bisherigen Conquistadoren-Politik haben wir die bittersten Erfahrungen gemacht. Wohin man damit gelangt, hat uns ja der Kustand in Südwestafrika gelehrt, eine Lehre, für die die deutschen Steuerzahler diverse hundert Millionen bezahlen müssen.

Selbstmitleid bewegt sich aber die Betrachtungen des Agrarierblattes in einer ganz anderen Richtung. Das Blatt der junkerlichen Protivoluntäre findet nicht etwa, daß man nun endlich die Eingeborenen menschlicher behandeln müsse, nein es erklärt den Bankrott aus der zu milden, zu humanen Behandlung der Eingeborenen! Ja, das Blatt der modernen Krüppelreiter kommt seinen Lesern auf einmal philosophisch. Es beruft sich auf seinen Geringeren als Carlisle, der seinerzeit darauf hingewiesen habe, daß die Ausübung kolonialen Arbeitszwanges ein Recht der höher stehenden weißen Rasse sei. Kein Mensch habe das Recht, müßig und faul zu leben, sondern nur das Recht, zu arbeiten. Tue er das nicht freiwillig, so dürfe er dazu gezwungen werden.

Es berüht ungemein komisch, daß gerade das Organ der Ritter vom gestülpten Strohdach die Carlisle'sche Theorie vom Recht zur Arbeit, von der Arbeitspflicht predigt. Hat doch das deutsche Junkertum allezeit einen Stolz darin gesetzt, zu ernten, und zwar sehr reichlich zu ernten, ohne geizig zu haben. Man lese z. B. nur nach, was ein sehr konservativer Autor, Gustav Freitag, in seinen „Bildern deutscher Vergangenheit“ über das schmarotzende Treiben der Krüppelreiter und über die ganze parasitäre Existenz des Junkertums im 17. und 18. Jahrhundert so anschaulich erzählt!

Freilich anerkannt auch die Junker allezeit eine Pflicht zur Arbeit. Nur nicht für sich selbst, sondern für die geknute, frondende Rasse. Ihre armen bäuerlichen Leibeigenen schritten sie schlimmer als Lastvieh ins Joeh. Knapp schildert in seiner „Bauernbefreiung“ sehr drastisch, wie es den Bauern erging:

„Die Kost derselben war folgende: fünf bis achtmal im Jahre Fleisch, oft von kranlem und halbverperrtem Vieh, sonst Graupen, Hirse, Erbsen, nicht immer satt zu essen. Hamster, das Fleisch von krepierten und lebendig verbrannten, mit Schutt bedeckten Stüben essen sie als eine Delikatesse auf der Stelle und suchten es unter dem Schutt hervor.“ Sie erklären, daß sie lieber zehn Jahre im Zuchthaus als zwei Jahre bei der Herrschaft arbeiten würden. Die meisten, wenn sie gestorben sind, werden in eine von Mißbrüetern zusammengemagelte Kiste gelegt und dann begraben.“

Und ein selbst hochadeliger Herr, Hermann Graf zu Döbna, schilderte in seiner Schrift über die freien Arbeiter im preussischen Staate die gute alte Zeit der patriarchalischen Junkerherrschaft folgendermaßen:

„Es war die gute alte Zeit, wo die Guts Herren den größten Teil ihres Lebens der Jagd und der Gastfreundschaft für ihre Standesgenossen widmeten, so sie eine Ehre darin suchen mußten, ihre Gäste unter den Tisch zu trinken; wo aus den Fenstern des Schlosses Jubel und Becherklang ertönte, und unter den Fenstern der Stod des Fronvogts schwirrte.“

Es entspricht also nur den junkerlichen Traditionen, das System des Arbeitszwanges und des Prügelns, das man jahrhundertlang an deutschen Bauern erduldet, jetzt auch für die Kolonialpolitik zu empfehlen! Die „Deutsche Tageszeitung“ irrt sich nun darin, daß sie dies System als neue Institution empfehlen zu müssen glaubt — unsere ganze Kolonialpolitik basiert seit ihren Anfängen auf demselben! —

**Wahlrechtsverflechtung für Diäten.** Wir besprachen die lebhaften Klagen des Zentrums über die Verflechtung der Reichstags-Diäten. Natürlich ist die Scharfmacherei zugleich auf dem Plane, die Forderung, die den geregelten Gang der Parlamentsarbeit herbeiführen soll, mit wahlrechtsfeindlichen Gegenforderungen zu beantworten. Die „Post“ schreibt:

„Wenn überhaupt, so ist die Gewährung von Diäten jedenfalls nicht ohne einen Ausgleich auf dem Gebiete des Wahlrechts selbst für diejenigen Richtungen denkbar, um deren willen die Reichsverfassung die Diätenlosigkeit der Reichstags-Abgeordneten vorsieht. Ein solcher Ausgleich läßt sich auch ohne Änderung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Wahlrechts sehr wohl bieten. Die Einführung der permanenten Wählerliste, die Bestimmungen, wonach die Ausübung des Wahlrechts an eine festgesetzte Dauer des Wohnsitzes am Wahlorte geknüpft wird, vielleicht auch die Hinausschiebung des Alters der Wahlfähigen wenigstens für diejenigen Wähler, welche der wirtschaftlichen Selbstständigkeit entbehren, und anderes mehr würden voraussichtlich auch unter dem staatsrechtlichen Gesichtspunkte einen vollständigen Ausgleich für die Befreiung der Diätenlosigkeit bieten können. Gerade der Festhaltung des Zentrums nach Diäten würde die Möglichkeit bieten, die Zustimmung des Reichstages für einen solchen Ausgleich auf dem Gebiete des Wahlrechts zu gewinnen. Ob man auch um diesen Preis sich zu einem Verzicht auf die Diätenlosigkeit seitens der verbündeten Regierungen verstehen will, ist eine Frage für sich; jedenfalls aber enthält gerade das lebhafteste Drängen des Zentrums nach Gewährung von Diäten die dringende Mahnung, auf keinen Fall die Diätenlosigkeit der Reichstags-Abgeordneten ohne ausreichenden Ausgleich auf dem Gebiete des Wahlrechts auszugeben.“

Im Reichstag haben mit der großen Majorität auch freisonervative Abgeordnete schlicht für die Diäten gestimmt. Die „Post“ aber vertritt in ihrer Aeußerung die Anschauung einer kleinen, aber hinter den Kulissen einflussreichen Clique. Das ist das deutsche Bürgerelend, daß die großen Reichstagsparteien ihrem berechtigten und dringendsten Anspruch vor der Scharfmachereiwahlerei entsagen müssen.

**Preussische Wahlrechtsanträge.** Infolge eines Druckfehlers ist gestern die Beratung der preussischen Wahlrechtsanträge für den 26. November angelegt worden, es sollte 2. November heißen. Indessen die Anträge werden, wie die Geschäftsordnungsdebatte am Schluß der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses ergab, auch am 2. November nicht verhandelt werden. Obwohl das Haus nicht weiß, was es mit seiner Zeit anfangen soll und deshalb in die Ferien geht — Obstruktionsferien gegen den Kanal unter dem Vorwand einiger Kommissionsberatungen! — hat man die Anträge nicht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Man hat gar keine Eile, die Wahlrechtsfrage zu erörtern, auch wenn nur die Skizzen einer „Reform“ in Frage kommt!

**Verstärktes Wahlkartell.** Sämtliche „Ordnungsparteien“ des Reichstags-Wahlkreises Sorau-Forsit hatten ein Wahlkartell abgeschlossen, das den Nationalliberalen das Reichstagsmandat zuschanzte und daneben ein Landtagsmandat, während das zweite Landtagsmandat den Wählern und Konservativen gesichert sein sollte. Inzwischen regt sich aber bei den Wählern der Appetit nach mehr, und angeführt des Umstandes, daß die reichlich 60 sozialdemokratischen Wahlmänner keine Reue zeigen verfahren werden, für die gerade in Forsit in der schädlichsten Weise unter anderem als Verflechter des kommunalen Wahlrechts auftretenden Nationalliberalen einzutreten, stellen die Wähler für die am Donnerstag zu vollziehende Wahlwahl an Stelle des verstorbenen Nationalliberalen v. Reimnitz einen zweiten Wähler auf in der Person des früheren Landrats v. Waderbarth.

Darob Berger bei den nationalliberalen Kartellbrüdern, der zu bestem Vorn entfacht wurde, als die Wähler sich den Scherz erlaubten, sozialdemokratische Wahlmänner zur Stimmabgabe für Waderbarth zu animieren. Unser Fortschritt-Parteilist wies spafes-halber scheinbar die Wählerhoffnungen nicht zurück und so räumte die nationalliberale Provinzpresse mit Einschluß der Nationalliberalen Korrespondenz acht Tage über die Schädlichkeit der Welt. Schließlich aber sagten die Nationalliberalen sich: Biletsch geht's im Guten — und so flatterten auch einzelnen sozialdemokratischen Wahlmännern Zirkulare ins Haus, die um Stimmen für Herrn König-Guden, den bekannten Fahrplannenmacher und langjährigen Verächter des Buchdruckerzunft, jetzigen nationalliberalen Kandidaten, betteln.

Allen Hoffnungen macht in letzter Stunde eine Erklärung der sozialdemokratischen Parteileitung ein Ende, die die Worte Heines vom Abt und Rabbi variiert. Die ehemaligen Kartellbrüder müssen ihren Streit unter sich ausfechten und wahrscheinlich werden die Nationalliberalen den Sitz verlieren. Bei der Reichstagswahl, wenn es gegen den Umsturz geht, werden die feindlichen Brüder sich wieder finden.

**Die Leistungen antidemokratischer „Selbstverwaltung“.** Auf dem famosen Frankfurter Wohnungskongress, auf dem man in so widerlicher Weise den Turnbau zu Babel — als angemessene Wohnung für unsere „Sozialreformer“ — fortzusetzen bemüht war, verteidigte der Oberbürgermeister von Kottbus Werner die Selbstverwaltung, die aber nicht auf der Herrschaft der Massen beruhen dürfe.

Die „Märkische Volksstimme“ charakterisiert an der Kottbuser Gemeindeverwaltung eine solche Herrschaft der Massenaußsperung: Herr Werner sagt zwar über die Aufsicht des Staates. Aber wie liegen begründeten Zweifel, daß die Klage empörten Freiheitsempfinden entpringt. Ist er doch selbst in seiner Verwaltung den Wünschen der preussischen Regierung gar bereitwillig entgegengekommen. Es sei erinnert an die Ausweisung des Arbeiter-Turnvereins aus der städtischen Turnhalle! Herr Werner brachte der Regierung die Ausweisung auf dem Präsenzierteller entgegen.

Aber die Selbstverwaltung erscheint ihm dreimal heilig, wenn die Staatsverwaltung auch nur schwächern, wie beim Wohnungsgefecht-Entwurf, einen Vorstoß macht, der die Interessen der kommunalpolitisch herrschenden Klassen bedroht. Es ist vielleicht an dem, wie schon gemunkelt wurde, daß die preussische Regierung mit Zwangsmassregeln droht, falls Kottbus nicht endlich ein Krankenhaus schafft, das wenigstens dem dringendsten Bedürfnisse genügt. Für die Bewilligung der Waugelnder zu einem Offizierskasino trat Herr Werner als Oberbürgermeister ein, das ganz unzulängliche Krankenhaus aber dünkt ihm gut genug. Herr Werner selbst spricht sich dahin aus, dazu sei kein Geld da.

Der Kennverein erhält städtische Subvention! Das sind freilich Zustände, die eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nimmermehr bestehen läßt. Und eine solche Verwaltung würde auch ein ganz energisches Wort reden gegen die Polizeiverfolgungen der Arbeiterorganisationen, die unter der Regide des Polizeivorstehers Herrn Oberbürgermeister Werner geradezu zu einer Kottbuser Spezialität geworden sind.

Neber die sozialpolitische Einsicht des Herrn Werner sei nur das eine Zeugnis noch angeführt, das er selbst sich ausstellte, indem er erfolgreich für Ablehnung des Vegetarismus eintrat, städtische Drucksachen nur in tarifreren Firmen herstellen zu lassen. Wo ist denn Selbstverwaltung, wenn die ungeheure Mehrheit der Einwohnerschaft von Kottbus nicht die geringste Vertretung hat in den Gemeindegremien? Zur hoffnungslosen Drittelminderheit verurteilt von vornherein das Dreiklassenwahlrecht die Masse der Besitzlosen. Zu allem Ueberflus hat der Kottbuser Kommunal-liberalismus noch eine besondere Vorriade ausgeworfen, indem er die Zulassung selbst zum hoffnungslosen Scheinrecht der dritten Wählerklasse von der Entscheidung einer besonderen Bürgerrechtsgebühre in Höhe von 10 M. abhängig macht.

Als democh einmal, aller Schwierigkeiten ungeachtet, ein Sozialdemokrat in die Stichwahl kam und er gewählt gewesen wäre, weil seinem Gegenkandidaten, einem Wahnpolizeibeamten, das passive Wahlrecht mangelte: da erklärte doch wider Gesetz und Recht die auf dem Kottbuser Rathaus herrschende Mehrheit des Wahnpolizeibeamten Wahl für gültig, und obgleich die übergeordnete Instanz (der Bezirksauschuss) die Kassation des betreffenden Mandats aus-

sprach, verharrete diese Mehrheit auf ihrer Ungefährligkeit. Der höchste preussische Verwaltungsgerichtshof mußte ein Mandatwort sprechen.

Das sind ein paar Ausschnitte aus der Praxis einer nicht-demokratischen Kommunalverwaltung.

**Im Reichstagswahlkreise Thorn-Briesen-Kulm** ist eine Er-sachwahl zu erwarten. Wie die „Waz-Grubz“ mitteilt, ist Abg. Drejski entschlossen, sein Mandat, da es doch seitens der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärt werden dürfte, noch vor der Entscheidung niederzulegen. Drejski gewann den Kreis mit nur 27 Stimmen Mehrheit über den deutsch-konservativen Kandidaten.

**Ohne den Majestätschutz durch Strafsesek** glaubt man in Koburg und Gotha ankommen zu können. Wir lesen in der „Deutschen Freien Presse“: Eine in der Aera der Majestäts-beleidigungsprozesse kmerzenswerte Erscheinung verdient hervor-gehoben zu werden. Während der nun mehr als vierjährigen Dauer der Regenschaft ist in den beiden Herzogtümern Koburg und Gotha nur ein Fall von Majestätsbeleidigung zur Anzeige gebracht und zur gerichtlichen Verurteilung gelangt. Wegen einer in der Trunkenheit verübten Beleidigung des Herzog-Regenten erfolgte eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis. Der Regent hat in dessen dem Verteidiger eröffnen lassen, daß er den Verurteilten begnadigen werde.

**Militärische Achtungsverletzung.** Wilhelmshaven, 25. Oktober. Das Kriegsgericht der zweiten Marine-Inspektion verhandelte heute wieder einmal in zwei Fällen wegen Achtungsverletzung und tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Die Urteile, die hierbei gefällt wurden, sind so recht geeignet, draßlich den Unterschied darzutun, der darin besteht, ob ein Unteroffizier auf dem Kasernenhof einen wechlofen Rekruten schlägt und mißhandelt oder ob ein Untergebener, ein gemeiner Soldat, in der Trunkenheit sich gegen einen Vorgesetzten un-geschicklich benimmt.

Am 4. August d. J. traf in der Militär-Schwimmhalle der Matrose Frau von der 4. Kompanie der 2. Matrosen-Division mit dem sich in Zivil befindlichen Militärarzt Dr. Mann zusammen. Braun glaubte, Dr. Mann sei ein Zivilist und klopfte ihn dieserhalb plump vertraulich auf die Watsche. Als sich nun Dr. Mann als militärischer Arzt zu erkennen gab, machte der Matrose die Dummheit, dem Vorgesetzten noch einige recht dumme Bemerkungen an den Kopf zu schmeißern, er wurde dieser-halb, obwohl man seinen angetrunkenen Zu-stand in Berücksichtigung zog, zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — An demselben Abend hatte der Obermatrose Herzog von der 4. Kompanie der 2. Matrosen-Division in fast angefeuertem Zustande auf der Straße ein Rencontre mit Zivilisten, so daß ein kleiner Aufruhr entstand. Der des Weges kommende Obermaat Prossal fragte den Obermatrosen nach seinem Namen, worauf er von dem erregten Kanne die Antwort erhielt: „Sie sind wohl verrückt.“ Er wurde als Arrasant er-klärt, ging auch eine kurze Strecke Weges mit, machte aber dann einen Selbstentsetzungsversuch, wobei er den Maaten ins Auge schlug und auch etwas würgte. Schließlich wurde er mit Hilfe hingu-gekommenen Maaten nach der Kaserne gebracht, wo er noch einen Feldweibel in achtungswidriger Weise antempelte. Der angetrunkene Obermatrose muß nun sein Benehmen mit 2 Jahren 15 Tagen Gefängnis büßen.

**Weil er kein Brot hatte.** Wegen Achtungsverletzung vor ver-sammelter Mannschaft hand der Referent Ernst Sachse gestern vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Division. Der Angeklagte, welcher in der 2. Kompanie des 5. Garde-Regiments zu Fuß gedient hat, hatte im August eine längere Uebung mitzumachen. Am 28. August hatte die Verwaltung nicht für genügende Vorräte für die Mannschaften Sorge getragen, und da an dem betreffenden Sonntag das Proviant-Amt geschlossen war, so mußte die Beteiligung des täglichen Brotes unterbleiben. Als der Angeklagte, dessen Vorrat an Brot ausgegangen war und der nicht in der Lage war, sich solches zu kaufen, am nächsten Morgen mit anderen Kameraden und Vor-gesetzten beim Gewehrputzen war, äußerte er einem der letzteren gegenüber: „Wie ist denn das, gibst denn heute noch kein Brot? Ich habe ja schon zwei Tage kein bekommen. Wenn man in Zivil keine Steuern zahlt, hat man doch nicht nötig, beim Militär Hunger zu leiden.“ Als ich von Hause wegging, habe ich 6 M. zahlen müssen und wenn ich wieder zurückkomme, muß ich wieder welche zahlen. Ich bin doch nicht hergekommen, um bei den Preußen Hunger zu leiden!“ Ein anderer Referent antwortete dem Angeklagten be-züglichend: „Andere müssen auch Steuern zahlen und haben kein Brot!“ E. wurde wegen dieser Aeußerungen wegen Achtungsver-letzung vor versammelter Mannschaft vor ein Standgericht gestellt und zu zwei Wochen strengen Arrest verurteilt. Wegen dieses Urteiles legten sowohl der Angeklagte als auch der Gerichtsherr Berufung bei dem Kriegsgericht der 2. Garde-Division ein. Das Kriegsgericht verwarf gestern beide Berufungen und behauerte in der Begründung, daß der Angeklagte für seine Unbedachtsamkeit durch das Gesch bestrast werden müsse.

Der Wagen darf also knurren, aber nicht der Besitzer des rebellierenden Ragens!

**Südwafrika.** Berlin, 26. Oktober. General v. Trotha meldet: Major von Rühlensfeld hat den Oberbefehl im Norden. Hauptmann Humbracht ipertt mit dem 1. Bataillon des 2. Regiments, der 7. Batterie, 2 Maschinengewehre und einem Maschinengewehr die Wasserstellen am Epuristofus von Otjimanangombe bis Standuwe, hält Sturmfeld und Ombakaha besetzt, und hat Postierungen in Enare, Otakeluri und Olowarumende. Die 8. Kompanie des 2. Regiments geht nach Gobabis. Major von Ehorff gelangte 30 Kilometer den Fischfluß abwärts. Er fand zerprengte Herden aller Stämme an mehreren Wasserlächern. Die Herden sind ermattet und widerstandsunfähig. Weggeworfene Gewehre und sehr viel verendetes Vieh wurden gefunden. Gefangene sagen übereinstimmend aus, Samuel sieh an einer Wasserstelle 4 Tage nord-östlich vom letzten von Major v. Ehorff erreichten Wasserloch; er habe fast alles Vieh und die Hälfte seiner Leute verloren. Major v. Ehorff bleibt zunächst in der Gegend von Omwau-Kawa. Im übrigen bleibt die Abperrung wie bisher.

Berlin, 26. Oktober. Oberst Leutwein meldet aus Rehoboth am 21. Oktober: Im Kampfe gegen aufständische Witbois gefallen: Farmer, ehem. Reiter Otto Meinig, geboren 15. 6. 72 zu Dresden, früher im Infanterie-Regiment Nr. 46.

Nach telegraphischer Meldung des Gouvernements aus Windhof vom 25. Oktober beruht die Nachricht vom Tode des Bezirksamt-manns von Burgsdorf, des Missionstheologen Holzappel und des Farmers Duffeld auf Meldung des Leutnants Freiherrn von Walhan, der in Giboon war. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Frau von Burgsdorf befindet sich in Giboon in Sicherheit, desgleichen in Tsumis die Frau des getöteten Farmers Friccius. Der früher als tot gemeldete Farmer Georg Bräuer befindet sich mit Frau und zwei Kindern in Rehoboth in Sicherheit. Dagegen ist der Tod des Fräulein Bräuer amtlich bestätigt.

Die erfolgte Beerdigung des Gouvernements-Tierarztes Dr. Albrecht, der Farmer Hermann, Reinig, Friccius und des Fräulein Bräuer ist vom Distriktschef in Rehoboth gemeldet.

Gamburg, 26. Oktober. Heute nachmittag um 4 Uhr ging der Dampfer „Gertrud Wörmann“ mit 25 Offizieren, 375 Unteroffizieren und Mannschaften sowie 375 Pferden nach Südwafrika ab.

**Ausland.** **Sinterasiatisches.**

Ein kleines aber nettes Ghürchen, in dem die zarische „Rechts-ordnung“ alle Richtvorgekommenen in ganz vortrefflichem Glanze erscheint, zugleich zur Verhöhnung der bösen Verleumder geeignet, die Ausland gar als eine Despotie hinstellen möchten. Agierende Personen: Fürst Swiatopoll-Mirski, Keffe des Ministers

des Innern, zukünftiger Marschall, früh gereift; Fräulein Ga-w r i c h o w, Chansonette, besitzt ein liebevolles Herz; S c h u s t o w Student, zugleich Kontrollbeamter bei der Eisenbahn, großer Weiber-freund. Zeit der Handlung: Allerlei Gegenwart; Ort: im ersten Akt — in der Sommerwohnung der Chansonette in der Umgegend von Charkow; im zweiten Akt — in verschiedenen Gerichts-laugleien.

Die Schürzung des Knotens ist leicht zu erraten. Der abelige Sproß entbrennt in flammender Liebe zu der Wetterheldin. Die Schwärme aber für Demokratie — die Kunst bedarf ja der Frei-heit — und gibt dem Studenten den Vorzug. Große Erbitterung bei dem Fürsten. Er ist sich aber der Rechte und der Pflichten eines russischen Fürsten voll bewußt — noblesse oblige! und so fährt er zu der Chansonette und prügelt die Dame seines Herzens so lange, bis sie schließlich nachgibt und an ihren Galan einen Fettel sendet, er möge schleunigt in ihre Wohnung kommen. Derartige läßt sich bekanntlich ein ritterlicher Mann von einer Dame nicht zweimal sagen. Schustow eilt auch zu der Angebeteten; statt aber in ihre Arme, gerät er unter die Häufte von fünf handfesten Burken, die vom Fürsten im Vor-zimmer, in Erwartung des verhaßten Rivalen, in Bereitschaft ge-halten werden. Es beginnt nun eine ekelhafte Szene der körperlichen Nüchternheit, bei der der volkste Ausschlag der Doffentlichkeit mehr als geboten ist. Als der Unglückliche, dem die Sinne schwinden, nach einiger Zeit in einem Nebenzimmer zu sich kommt, erscheint der Fürst, der, mit einer Kagajka und einem Schlagring versehen, hochin die bestialische Exekution persönlich leitete, und läßt den Mißhandelten, unter Androhung weiterer Prügel, einen Nevers unterzeichnen, worin er erklärte, nichts gegen den Fürsten zu haben. Darauf wird er aus dem Hause geschleppt und außerhalb des Dorfes in hilflosem Zustande liegen gelassen.

Bis hierher könnte die Geschichte vielleicht auch irgendwo in Ostpreußen oder Hinterpommern passieren, wo es an schneidigen Junkern bekanntlich nicht gebricht. Nun kommt aber der echt russische Schluß. Statt Gelegenheit zu bekommen, sich hinter den schwebelischen Gardinen mit den Paragrafen über schwere Miß-handlung mit Vorbedacht, Nötigung usw. vertraut zu machen, erkreut sich der Follterheld bis zur Stunde der vollsten Straflofigkeit. Zwar reiste die Mutter des mißhandelten Schustow nach Petersburg, um an „höherer“ Stelle Gerechtigkeit zu erlangen, es wurde ihr aber dort bedeutet, daß, wenn auch ein Verbot, einen Fürsten bei einer Dame auszusuchen, in Rußland gesetzlich noch nicht festgelegt sei, zieme es sich doch für einen stillosen Sterblichen nicht, in ähnlichem Falle mit einer, kraft ihrer Verbindungen hochmögenden Persönlich-keit, in Konflikt zu geraten. Sie wandte sich darauf Klagen an die Charkower Staatsanwaltschaft, und es fand sich auch ein junger Untersuchungsrichter, der noch nicht Zeit genug hatte, um den Glauben an die russische Gerichtsbarkeit zu verlieren, und sich der Sache mit großem Eifer annahm. Er erhielt jedoch bald von oben einen strengen Verweis, das gerichtliche Verfahren gegen Swiatopoll-Mirski ist endgültig eingestellt worden und, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, hat der Gouverneur von Charkow das Fräulein Gawradow, den Janapfel in der Affäre, ohne viel Federlesens ausgewiesen. Sie erhielt den Befehl, die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen.

Der Anteil des Geldes, damals noch Generalgouverneur von Wilna und nur Kandidat auf den nach Plehwe frei gewordenen Ministerposten, hat selbst das neue Amt angetreten und sogar das Anbrechen einer neuen Gerechtigkeitsära für Rußland verkündet. Bleibt also die einzige Hoffnung, daß er, dem Beispiel des antiken Brutus, der seinen leiblichen Sohn hinrichtete, folgend, nunmehr den Himmel von seinem Neffen selbst an die Gerichte überliefern wird. Wir wollen abwarten.

**Schweden.** Für die „freie“, aber antisozialistische Forschung. Der ver-storbene Großhändler E. C. Söderström hat der schwedischen Akademie der Wissenschaften 100 000 Kronen zur Förderung der „freien“ und „geunden“ Entwicklung der national-ökonomischen Wissenschaft vermacht, jedoch mit der Bedingung, daß die „in letzter Zeit vielfach hervortretende sozialistisch-kommunistische Richtung“ nicht davon unterstützt werde. — Nach dieser Einschränkung, die der freien Wissenschaft von vornherein bestimmte Grenzen anwies, hätte man annehmen müssen, die Akademie werde das Vermächtnis des antisozialistischen Großhändlers zurückweisen. Aber das Gegenteil ist leider der Fall; die Akademie hat, und, wie amtlich mitgeteilt wird, sogar einstimmig beschlossen, die 100 000 Kr. anzunehmen. Mit Recht nennt unser Bruderorgan „Sozial-Demo-kraten“ das eine „Prostitution der Wissenschaft“. Sogar ein so staatsbehaltendes „Watt wie das „Svensta Dagblad“ erkennt „sowohl das prinzipiell Unrichtige wie praktisch Zweckwidrige, in dieser Weise der wissenschaftlichen Forschung ihre Resultate vorzuschreiben und die Wissenschaftsmänner einzuladen, für die Darstellung bestimmter Ansichten Bezahlung zu nehmen.“

**Rußland.** **Wieder ein Gewalttat.**

Eine neue Heldentat der russischen Polizei-Organe melden aus Bialystok die „Reyten Nachrichten“. Als am zweiten jüdischen Laubhüttenfest (25. September) eine etwa 300 Köpfe zählende Schar jüdischer Arbeiter, nach einer im freien abgehaltenen sozialistischen Versammlung, nach der Stadt zurückkehrte, wurde sie in der Dunkel-heit im Walde von einer starken Polizei-Abteilung plötzlich über-fallen. Die Schulleute haben sich vorher verdeckt gehalten und waren alle in dunkler Kleidung, um nicht durch die blauen Teile der Uniform vorzeitig verraten zu werden. Auf den Befehl, zu halten, blieb die Arbeitermenge ruhig stehen, ohne etwas Arges außer den in diesen Fällen üblichen Verhaftungen zu ahnen. Es vergingen einige Augenblicke in Stillschweigen und auf einmal fiel eine Salve, ohne irgend welche vorherige Aufforderung seitens der Polizei, die wie auf Kommando ihre scharf geladenen Revolver auf die Menge abfeuerte. Herzzerreißende Schreie der Menge zahlreicher Frauen ertönten im Walde, es entlief ein panischer Schrecken, die Arbeiter flohen, die Polizisten hinterdrein, immerfort schreiend und mit den Säbeln auf die Flüchtenden wütend einhauend. Die Zahl der Verwundeten soll sehr beträchtlich sein. Die meisten müssen aber ihre Verletzungen ver-heimlichen, um nicht nachträglich wegen Teilnahme an der Versamm- lung verhaftet zu werden; von den drei, die man nach dem Spital brachte, hat einem eine Kugel die Schulter durchbohrt und zwei Mädchen sind von mehreren Kugeln getroffen und in der Brust-gegend verwundet worden. Besonders haben die Arbeiterinnen unter der hinterlistigen Attacke der ordnungsfähigenden Mörder ge-litten und charakteristisch ist dabei, daß fast bei allen Verwundeten die Augen durch den Rücken in den Körper eingedrungen sind — ein Beweis, daß die Polizei an einer flüchtenden, wehrlosen Menge ihre Tapferkeit bewandete, ohne daß dies zur Erfüllung ihrer niederrichtlichen Amtspflicht irgendwie notwendig gewesen wäre. 30 Teilnehmer der Versammlung, wovon 20 Frauen, sind bei der wilden Menschenjagd im Walde verhaftet worden.

Es kann angeführt aller Umstände keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorkab sorgfältig von der Polizei vorbereitet war und nur auf Befehl der höheren Obrigkeit erfolgen konnte. Bialystok gehört zum Wilnaer Generalgouvernement, das bis vor kurzem von dem „liberalen“ Swiatopoll-Mirski verwaltet wurde. Die nicht minder „liberale“ Arbeitermelei, die bereits unter der Minister-schaft des liberalen Rames erfolgt ist, gibt nun allerdings einen respektablen Vorgehmad dessen, was die russischen Arbeiter sich von

dem „neuen Kurs“ im zarischen Ministerium des Innern versprochen können.

Das „Wolfsche Telegraphen-Bureau“ verbreitet folgendes Telegramm aus Bialystok:

Am Abend des 19. Oktober betrat ein etwa 20-jähriger Mann, anscheinend ein Arbeiter, die Kanzlei des Polizeipräsidenten und warf ein Geschloß, worauf eine heftige Explosion erfolgte. Der Täter wurde getötet, 3 Beamte und 2 dort befindliche Privatpersonen wurden schwer, ein anderer Beamter leicht verletzt. Die Kanzlei und die benachbarten Häuser wurden beschädigt.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir in dem zweifachen Anschlag eben eine Folge der geschändeten Polizeibrutalität vor uns haben. Das Gefühl der Verzweiflung und der Enttäuschung findet nur selten eine zweckentsprechende Ausdrucksform, besonders in einem Lande, wo die elementarsten politischen Freiheiten fehlen.

**Freilassung unserer finnischen Parteigenossen Drosila.** Wie wir seinerzeit mitteilten, wurde vor ungefähr einem halben Jahre unter der Schreckensherrschaft des Generalgouverneurs Bobrikoff unser finnischer Parteigenosse Drosila eines Nachts plötzlich verhaftet, und niemand wußte, wohin man ihn gebracht hatte. Vor einiger Zeit ist es jedoch gelungen, zu erfahren, daß er in Kotka, einer kleinen Stadt in der Nähe von Wiborg gefangen lag. Gleichzeitig erfährt man, daß er nicht ein einziges Mal während seiner Gefangenschaft verhört worden war. Es wurde nun bei dem neuen Generalgouverneur Eholanski Besätze wegen Drosilas geführt. Das hatte zur Folge, daß Drosila in Kotka vor Gericht geführt wurde. Er wurde angeklagt, verbotene Schriften gedruckt und verbreitet zu haben. Bei der Verhandlung konnte jedoch nicht ein einziger Zeuge oder Beweis dafür angeführt werden. Drosila wurde deswegen auf freien Fuß gesetzt, soll jedoch am 20. November von neuem vor Gericht erscheinen. Inzwischen wird dem Ankläger Zeit gegeben, Beweise für die Anklage zu sammeln.

**Ein Blutbad an der polnischen Grenze.** Krakau, 26. Oktober. Zwischen den Grenzstationen Belsow und Gubastow wurden zwanzig Russen, welche zu desertieren beabsichtigten und über die österreichische Grenze flüchten wollten, von der russischen Grenzwehr erschossen.

### Amerika.

Karl Schurz, der bekannteste Deutschamerikaner, jetzt 75 Jahre alt, hat sich auch in den Wahlkampf gemischt und eine Lange für den Demokraten Parker eingeleit in Form eines Briefes an einen Wähler-Wahl-Klub. — In Deutschland kennt man Karl Schurz besonders als den Befreier Solifried Kinkels, dem er 1850 zur Flucht aus der Festung Spandau verhalf; man kennt ihn als den alten Achtundvierziger, der im babilonischen Aufstand mitkämpfte und 1862 nach Amerika ging. Im politischen Leben der Vereinigten Staaten spielte er ein bedeutende Rolle, aber die Glanzperiode seines Lebens liegt weit zurück. Er tritt gelegentlich mal wieder in den Vordergrund, wie jetzt durch seinen Brief, in welchem er Roosevelt heftig angreift. Besonders die demokratische Presse legt seinem Schreiben große Wichtigkeit bei, in dem Glauben nämlich, daß die deutschen Stimmunggeber sich dadurch beeinflussen lassen. Dieser Einfluß ist nur noch ein schwacher. — Schurz, der ehemals der Führer der republikanischen Partei war, wendet sich scharf gegen die Entwicklung zum Imperialismus und erklärt, daß die Partei alle ihre guten Gründe aufgegeben habe. Von Roosevelt sagt er, daß derselbe in zweierlei Gestalt erscheine; das Volk sieht ihn als edlen Ritter einer Legende, ausgestattet mit allen großen und guten Eigenschaften; in Wirklichkeit sei er der rücksichtslose, ehrgeizige Politiker, unter dem die Verfassung des Landes in Gefahr sei. Durch die Herrschaft der Republikaner sei das Land vor große Probleme gestellt worden, und die Lösung dieser Probleme — soll Parker sein! —

## Zur Einigkeitsfrage.

Paris, 24. Oktober. (Fig. Ver.) Der Rationalrat der P. S. F. (Zentralrat), der bekanntlich aus den Vertretern der Departements-Föderationen und der Gesamtheit der Kammerfraktionen besteht, hat nun auch seinerseits zur Einigkeitsfrage Stellung genommen. Die Diskussion nahm zwei Sitzungen in Anspruch und sie endete mit dem einstimmigen Votum der folgenden Resolution:

„Entschlossen, die Organisation des Proletariats in einer Klassenpartei anzustreben, in der Propaganda des sozialistischen Endziels zu verharren, sowie energisch einzutreten für die Verwirklichung der sozialpolitischen Gesetzgebung, für die Sicherung der vollständigen Verwirklichung des Unterrichts und des Stantes und für die Wahrung der politischen Freiheiten vor jeder Bedrohung seitens der Reaktion;

„In Erwägung, daß die sozialistische Partei, indem sie der republikanischen Demokratie hilft, die zweijährige Dienstzeit, die Einkommensteuer, die Arbeitspensionen und die Trennung zwischen Kirche und Staat zu verwirklichen, der Republik und dem Proletariat nach Maßgabe ihrer Kräfte gebietet haben wird, ohne irgend etwas von ihrer notwendigen Selbstständigkeit zu veräußern; daß sie so das Recht haben wird, falls die zünftig versprochenen Reformen scheitern, die Verantwortung für diesen Mißerfolg der Bourgeoisie allein aufzuladen;

„In Erwägung, daß die zum Zwecke der Einigkeit zwischen den verschiedenen sozialistischen Fraktionen zu eröffnenden Unterhandlungen gestatten werden, die Taktik genau zu bestimmen, die sich für den geeinigten französischen Sozialismus aus den Beschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse ergeben muß;

„Beschlüsse die P. S. F., sich durch eine Delegation von 15 Mitgliedern in der sozialistischen Einigungskommission vertreten zu lassen, welche letztere den Auftrag haben soll, die Grundlagen eines Übereinkommens vorzubereiten, und im Falle von Meinungsverschiedenheiten an die guten Dienste des internationalen sozialistischen Bureaus appellieren wird.

Außerdem beschließt die P. S. F., diese von ihr einstimmig votierte Resolution zur Kenntnis aller sozialistischen Landesorganisationen und aller auf der Grundlage der sozialistischen Prinzipien konstituierten autonomen Föderationen sowie zur Kenntnis des internationalen Bureaus zu bringen.“

Wenigerwertig ist an dieser Resolution vor allem das, was in ihr nicht steht, nämlich die Umgehung der Bloc-Frage, des wichtigsten Hindernisses auf dem Wege zur Einigkeit. Wird die jaureistische Kammerfraktion nach wie vor einen integrierenden Bestandteil des Regierungsblocs bilden, wird sie — nach dem treffenden Wort von Victor Adler — ihre „anonyme“ Beteiligung an der Regierung fortsetzen, ja oder nein? Auf diese alles entscheidende Frage gibt die Resolution keine Antwort. Daher begreiflicherweise das einstimmige Votum des Nationalrates. Die jaureistische Linke, die den Austritt der Kammerfraktion aus dem Bloc will, und die jaureistische Rechte, mit der Fraktion an der Spitze, die für die Fortführung der Bloc-Taktik eintritt, haben sich also auf einer Resolution geeinigt, welche die Hauptfrage offen läßt.

Demgemäß werden ferner „Meinungsverschiedenheiten“ innerhalb der Einigkeitskommission vorgezogen, die eine Einmischung des internationalen sozialistischen Bureaus nötig machen würden.

Die jaureistische Linke betrachtet jedoch schon das Offenlassen der Bloc-Frage als ein günstiges Moment unter dem Gesichtspunkt der Einigkeit. Das mag insofern richtig sein, als eine sofortige Entscheidung des Nationalrates sicher im Sinne des rechten Flügels ausgefallen wäre, wodurch die Einigkeitsunterhandlungen schon von vornherein zum Scheitern verurteilt worden wären.

Endlich sei hervorgehoben der Hinweis der Resolution auf die Möglichkeit eines Fiascos der Reformation des Blocs. Es ist eine eigenartige Auffassung, auch noch durch diese Eventualität die sozialistische Unterstützung der bürgerlichen Demokratie motivieren zu wollen. Die Unzuverlässigkeit der letzteren ist ja gerade ein Grund mehr gegen die Bloc-Genossenschaft der Sozialisten mit den bürgerlichen Parteien. Im Falle eines Fiascos der Reformation werden keine Wortargumente in Stande sein, die Verantwortung dafür in den Augen der Wählerschaft einzig den bürgerlichen Teilen des sozialistisch-bürgerlichen Blocs aufzuladen. Doch dies nebensächlich. Unter dem Gesichtspunkt der Einigkeit ist jener pessimistische Hinweis insofern von Bedeutung, als er anscheinend die Möglichkeit einer Ministerkrise andeutet, ehe noch die Reformen verwirklicht worden sind. Mit dem Sturz des Kabinetts Combes würde freilich die Bloc-Frage von selbst gelöst werden. Man darf also sagen, daß für die maßgebenden Elemente der jaureistischen Partei auch die sozialistische Einigkeitsfrage bis auf weiteres an das Schicksal des Blocs und des Ministeriums geknüpft bleibt.

## Soziales.

### Statistik der Heilbehandlung.

Ueber den Umfang, die Art, die Kosten und die Erfolge der Heilbehandlung nach § 18 bis 23 des Invalidenversicherungs-Gesetzes hat das Reichversicherungsamt eine zusammenfassende und vergleichende Statistik für die Jahre 1890 bis 1903 aufgestellt, die in Heft 10 der „Amtlichen Nachrichten“ des Reichversicherungsamtes, Jahrgang 1904, ausführlich besprochen wird. Aus der Statistik geht hervor, daß die Versicherungsanstalten von dem Rechte der Heilbehandlung, das leider noch keine Pflicht ist, zwar in steigendem Maße Gebrauch machen, daß aber die Anzahl der behandelten Personen doch immerhin noch recht gering ist. Es wurden im Jahre 1903: 43 503 Personen gegen 20 000 im Jahre 1899 in Heilbehandlung genommen und dafür rund 11 1/2 Millionen Mark aufgewendet gegen rund 4 Millionen im Jahre 1899. Im Verhältnis zu den Aufwendungen der Krankenkassen für Krankenfürsorge ist dies etwa der zwanzigste Teil.

Die Erfolge der Heilbehandlung scheinen fortschreitend günstiger zu werden. Der Prozentsatz der Behandelten, die nach dem Schluß des Behandlungsjahres nicht invalide geworden waren, ist zwar nicht viel, aber regelmäßig geblieben und betrug 1903 75 Proz. bei Lungen- und Tuberkulose und 71 Proz. bei anderen Krankheiten.

Für Einzelheiten seien Interessenten auf die erwähnte amtliche Veröffentlichung verwiesen.

Sechs Fragebogen über die Durchführung des Handwerkergesetzes (Zunngsgesetze) sind vom kaiserlichen Statistischen Amte verfaßt worden. Sie gingen an freie Handwerkerzünfte, Zwangsinnungen, Innungsausschüsse, Handwerkskammern, Innungsverbände und an die Aufsichtsbehörden.

An den Köpfen der Fragebogen fällt ein seltsamer Unterschied auf. Die Vogen für die Innungen tragen am Kopfe den Vermerk:

„Der Fragebogen ist vor Beginn der Beantwortung ganz durchzulesen.“

Die Vogen für die Innungsausschüsse, Innungsverbände und Handwerkskammern enthalten den Vermerk in dieser Form:

„Es wird gebeten, vor Beginn der Beantwortung den ganzen Fragebogen durchzulesen.“

Man hat wohl angenommen, daß bei den gewöhnlichen Innungen die höfliche Bitte nicht genügen würde, um eine sorgfältige Arbeit zu erzielen und hat deshalb die Befehlsform gewählt.

Die Beantwortung der Fragebogen wird für Februar 1905 gefordert.

Eine deutsche Konferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels ist am Dienstag in München eröffnet worden. Die erleitenden Verhandlungen fanden unter Aufsicht der Öffentlichkeit statt.

**Bädermeisterliche Selbstkontrolle.** In der Generalversammlung der Bäder-Zwangsinnung in Aöln wurde Klage geführt, daß die Bäderbetriebe — zum Teil revidiert würden, nämlich von der königlichen und von der Gesundheits-Polizei, von der Gewerbe-Inspektion, der Berufsgenossenschaft und den Beauftragten der Handwerkskammer. Sonderbarerweise hat aber die Bäderinnung kürzlich zu diesen Revisionen selbst noch eine solche hinzugeschaffen, und zwar die der Beauftragten der Innung. Diese hatten mangelnde die Aufgabe, Gegenüberstellungen gegen die vom Deutschen Bäderverbande in einer Broschüre niedergelegten Feststellungen, die ebenfalls so gewaltiges Aufsehen erregt haben, zu machen. Die Kommission hat bis jetzt, wie sie angibt, 440 Betriebe, worin 414 Gesellen arbeiteten, revidiert. Es wurde u. a. festgestellt: 408 Gesellen wohnten beim Meister, nur sechs außerhalb; die letzteren haben 20—30 M. Wochenlohn. 312 Betriebe befanden sich im Keller oder im Souterrain. Nur 108 von den etwa 400 Schlafkammern befanden sich nicht auf Manjarden. In 19 Fällen benuzten zwei Personen das nämliche Bett. Die Bettwäsche wurde in familiären Betrieben „spätestens alle vier Wochen“ (in Bädereien!) gereinigt. Wegen Ueberarbeit Sonntagbesuchung 86 polizeiliche Protokolle verhängt. Ein Meister erhielt allein 7 Protokolle. — Diese Feststellungen sind von den Bädermeistern selbst gemacht, die erklären, mit den Verhältnissen im allgemeinen zufrieden zu sein. Nach den Berichten der Gesellen liegen die Dinge aber ganz anders. Sie weisen an einer ins einzelne gehenden Statistik nach, daß die Bädereien in Aöln mit nur geringen Ausnahmen Stätten der Unsauberkeit und der Ausbeutung sind. Insbesondere gibt auch die Zahl der polizeilichen Protokolle nicht annähernd ein Bild von der Anzahl der Ueberarbeitungen der gesetzlichen Arbeitszeit. Hat doch der Obermeister der Aöln Bäderinnung, Herr Mechen, kürzlich auf dem Verbandstag der rheinisch-westfälischen Bädermeister in Bonn öffentlich erklärt: „Wenn ich für jede Ueberarbeitung des gesetzlichen Höchstarbeitstages bestraft würde, läme ich nicht mehr aus dem Gefängnis heraus!“

### Die Fortschritte der italienischen Arbeitsgenossenschaften.

Rom, 23. Oktober. Während England, Deutschland und Belgien auf dem Gebiete des Konsums und der Produktion ein wesentlich entwickelteres Genossenschaftswesen haben als Italien, blüht hier eine besondere Form der Kooperation, die Arbeitsgenossenschaft. Unter Umgehung des Unternehmers übernehmen die Arbeiter selbst öffentliche Arbeiten, Wegebau, Aufregulierungen usw. Große Uebermachungen lumpiger Landstücke wurden von solchen Arbeiter-Genossenschaften erfolgreich durchgeführt. Bisher — bis zu diesem Sommer — verbot ein Gesetz den Genossenschaften, bei öffentlichen Arbeiten auf dem Submissionswege Unternehmungen von mehr als 500 000 Lire zu übernehmen. Dieses ganz zum Vorteil des Großkapitals gemachte Gesetz ist jetzt gefallen. Nun hat sich dieser Tage ein Genossenschafts-Kongress in Reggio Emilia bis Giana zu übernehmen beabsichtigt. Es handelt sich um eine Arbeit von mehr als 3 1/2 Millionen Lire. Wird den Genossenschaften die Arbeit zugesprochen, so ist dies jedenfalls bisher das größte von Arbeitern unter Ausschaltung der Unternehmer ausgeführte Unternehmen.

## Versammlungen.

### Die Aussperrung der Möbelkünstler.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes nahmen gestern Abend den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen. Stütze stellte mit, daß zurzeit 761 Mitglieder aus 133 Betrieben ausgesperrt sind, während 802 Mitglieder zugunsten der Aussperrten streikten. Der Hirsch-Dunderberg-Gewerbeverein ist mit 60, der Fachverein der Tischler mit 50—55 und die christliche Organisation mit 13 Mitgliedern an der Aussperrung beteiligt. Am zahlreichsten sind die Betriebe, die nur 1—3 Arbeiter ausgesperrt haben, nur einzelne Firmen sind mit 30—50 Arbeitern an der Aussperrung beteiligt. — Auch in dieser Versammlung wurde wieder Beispiele dafür angeführt, daß die zur Aussperrung verpflichteten Meister ihre Kollegen täuschen. Von einem Betriebe wurde berichtet, daß der Meister in einem Saal, der sonst nur als Lagerraum diente, eine Anzahl leerer Hockbänke aufgestellt habe, um der Kontrollkommission glauben zu machen, daß die unbefehlten Bänke die Zahl der Aussperrten darstellen. Auch andere Anzeichen sprechen dafür, daß die Meister das Ende der Aussperrung herbeiwünschen. Die Glöde mitteile, ist in verschiedenen Betrieben, die aus- gesperrt haben, bereits neue Arbeit zugeschnitten worden, damit die Arbeit nach Beendigung der Aussperrung sogleich wieder aufgenommen werden kann. Vergebens bemühen sich die führenden Schachmacher, die Tischlermeister, welche noch nicht ausgesperrt haben, zur Ausführung der Aussperrung zu nötigen. Dabei werden die Eumigen, wie Glöde an der Hand eines von der freien Vereinigung der Holzindustriellen verfaßten Zirkulars feststellte, mit Drohungen bedacht, die sich ein Vertreter einer Arbeiterorganisation nicht ungestraft erlauben dürfte. Nach Verlesung der Betriebe, welche ausgesperrt haben, meldeten sich die Vertrauensmänner mehrerer Betrieben, um festzustellen, daß in ihren Betrieben keine Aussperrungen, sondern Entlassungen aus anderen Gründen erfolgt sind. Folglich verringert sich also die angegebene Zahl der Aussperrten. — Ferner wurde bemerkt, daß verschiedene Meister, die sich an der Aussperrung beteiligt haben, bereits wieder neue Arbeit ausgeben, und keine weiteren Aussperrungen mehr vornehmen. Die Situation wurde allgemein als günstig bezeichnet und betont, daß die Arbeiter im Kampfe auszuhalten würden, und wenn es dem Verbands auch, wie Glöde sagte, 100 000 oder 200 000 M. kosten sollte. Ein Antrag Extrabeiträge zu 25 Pf. zu erheben, wurde abgelehnt, da die Finanzlage derart ist, daß man ohne Extrabeiträge auskommen kann, jedoch erklärte sich die Versammlung bereit, Extrabeiträge zu leisten, wenn es die Ortsverwaltung für nötig halten sollte.

Der Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen sahle gestern in einer im Puggenbagenen Saal abgehaltenen stark besuchten öffentlichen Versammlung nach einem Referat des Schriftstellers Georg Bernhardt und weiteren erklärenden Ausführungen des Stadverordneten August Ginye einstimmig folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten prinzipiell einverstanden. Die Versammlung erwartet vom Magistrat, daß er so schnell wie möglich das Ordfstatut zu den Kaufmannsgerichten fertigstellt, damit nicht nach dem 1. Januar 1905 für die Berliner Handlungsgehilfen ein Zustand der Rechtsunsicherheit entsteht. Die Versammlung fordert, daß die Wahlen zu den Kaufmannsgerichten nach dem Prinzip der gebundenen Listen stattfindet, die Wahlen auf einen Sonntag gelegt und die Wahlperiode der Richter auf 3 Jahre festgelegt wird.“

Die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen des Webbing hatten sich am 24. Oktober im Kolberger Salon versammelt, um Stellung zu nehmen zu der Verkümmern des Arbeiterinnenbundes in der Konfektion durch den Erlaß des preussischen Handelsministers vom 21. Mai 1904. Danach sollen die Werkstätteninhaber das Recht haben, die durch die Konfektionsverordnung des Bundesrats für 60 Tage zugelassene Ueberzeitarbeit der in Betracht kommenden Arbeiterinnen auf die Sonnabende und Vorabende der Festtage zu verlegen und so den durch die Bundesratsverordnung für diese Tage vorgezeichneten 5 1/2 Uhr-Schluß nichtig zu machen. Nach einer kritischen Würdigung der Lage der Konfektionsarbeiterinnen und -Arbeiter und des unzulänglichen Schutzes durch die Konfektionsverordnung lenkte die Sprecherin als Referent die ministerielle Auslegungslust nicht nur als reaktionären Streich, sondern auch als durchaus schlechth. Geist und Sinn der Schutzverordnung wurden berührt. Schon der Wortlaut spreche dagegen, denn danach sei verboten, daß Arbeiterinnen am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage nach 5 1/2 Uhr beschäftigt werden. Referent empfahl die unfernen Referenten schon aus anderen Gründen bekannte Protestresolution und schloß mit einem Aufruf zur Organisation, zum Zusammenfassen der Kräfte, damit sich die Konfektionsarbeiterinnen und -Arbeiter im bitteren Kampfe umso mehr selbst helfen könnten. (Beifall.) Fräulein Grünberg schloß sich mit klammernden Worten dem Aufruf an. — Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen. — Es entspann sich dann noch eine Diskussion, in der unter Bekämpfung der „Morgenpost“ und ähnlicher Blätter, die in ihrem Annoncentext das Suchen von Streikbrechern förderten, für die Unterstützung des „Vorwärts“ eingetreten wurde. Angeregt wurde auch, im Prognose festzustellen, daß die Lohnbücher in der Konfektion den Arbeiterinnen und Arbeitern gehörten und nicht den Arbeitgebern.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vom asiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 26. Oktober. Der russische Telegraphen-Agentur wird aus Wladivostok heute gemeldet: In der letzten Zeit gehen die Japaner mit Artilleriegeschossen sehr sparsam um. Durch Ergänzungen wurden besetzte Positionen des Feindes auf einem Bergmassiv einen Kilometer südlich vom Dorfe Jundjawa festgestellt. Auf Hügeln südlich vom Dorfe Jundjawa befinden sich japanische Stellungen in einer Länge von etwa acht Kilometern, die durch Schanzen, Schützengraben, Drahtdornern und Wolfsgruben besetzt sind.

### Ein Geretteter der englischen Fischerflotte.

London, 26. Oktober. (W. T. O.) Der Bürgermeister von Hull erhielt ein Telegramm aus Retohaben, worin es heißt, daß dort ein Mann angekommen sei, der sich für den einzigen Ueberlebenden von der Besatzung des Fischdampfers „Sylvia“ aus Hull ausgibt, der bei dem Angriff der baltischen Flotte verloren ging.

### Die russischen Schiffe im Hafen von Vigo.

Vigo, 26. Oktober. (Wiedung der Agence Havas.) Der Hafenkommandant begab sich heute an Bord des Admiralschiffes der russischen Flotte, um dem Admiral mitzuteilen, daß die spanische Regierung nicht gestatte, daß die russischen Kriegsschiffe sich im hiesigen Hafen verproviantieren. Der russische Admiral erwiderte, seine Schiffe hätte Beschädigungen (?) erlitten, deshalb habe er sich von den übrigen Schiffen der Flotte getrennt. Der Hafenkommandant erklärte dem russischen Admiral hierauf, er werde seiner Regierung hiervon Mitteilung machen und dem Admiral die Entscheidung der spanischen Regierung sofort nach deren Eingang bekanntgeben. Als trotzdem die Kohlenchiffe sich längs der russischen Schiffe legten, sandte der Hafenkommandant seinen Adjutanten zu dem russischen Admiral und ließ diesen erwidern, die Neutralität Spaniens nicht zu verletzen. Dem spanischen Kreuzer „Estremadura“ wurde Befehl erteilt, die Kohlenleiter von den russischen Kriegsschiffen fernzuhalten und die Kapitäne der Kohlenchiffe anzufragen, sich den Anordnungen der Hafenbehörden zu fügen. — Um 2 Uhr nachmittags stattete Admiral Kobakoff dem Kommandanten der russischen Schiffe, dem Militärgouverneur und darauf dem französischen Konsul und dem Hafenkommandanten Besuche ab.

Abgeordnetenhaus.

94. Sitzung am Mittwoch, den 26. Oktober, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Hammerstein, v. Einem.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation der Abgeordneten Träger (fr. Sp.) und Genossen:

Nach Mitteilungen in den öffentlichen Blättern hat der Oberhofmeister Herr v. Mirbach die Oberpräsidenten mittels Rundschreiben veranlaßt, durch ihnen nachgeordnete Behörden Sammlungen zu veranstalten, deren Erträge dem Kaiserpaare demnächst am Tage seiner silbernen Hochzeit für evangelisch-lutherische Zwecke, insbesondere für die Moskauverzierung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu übergeben sind.

Hat die königl. Staatsregierung den Oberhofmeister Herrn v. Mirbach zu solcher Inanspruchnahme von Staatsbehörden vorher autorisiert und erachtet es die königl. Staatsregierung für zulässig, die Autorität der Behörden den Eingefessenen ihrer Bezirke gegenüber zu benutzen für Sammlungen, bei denen nach ihrem Anlaß alles ganz besonders vermeiden werden muß, was die Freiwilligkeit der Geber fraglich erscheinen lassen kann?

Der Präsident teilt mit, daß der Vertreter des Staatsministeriums sich bereit erklärt hat, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Träger (fr. Sp.):

Die Interpellation ist am 30. Juni hier verlesen worden. Damals erklärte der Herr Minister, er werde die Interpellation so bald wie möglich beantworten, könne aber den Tag noch nicht angeben. Unter großer Heiterkeit, wie es im Sitzungsbericht heißt, erklärte der Präsident damit diesen Punkt für erledigt. Aber die Mirbach-Affäre kam doch noch einmal vor der Vertagung hier zur Verhandlung. Am 3. Juli regte hier der Abgeordnete Fischbeck an, das Haus möge noch einige Tage zusammenbleiben, um die Antwort des Ministeriums auf diese Interpellation entgegenzunehmen. Wiederrum erklärte Herr v. Hammerstein, er sei zu seinem größten Bedauern nicht in der Lage, den Tag schon voranzubestimmen, an welchem er über diese Frage erschöpfende Auskunft geben könne. Erst die Hälfte der Oberpräsidenten habe ihm das Material zugefandt. Im übrigen gebe auch er zu, daß auch ihm die Interpellation sachlich von hohem Interesse zu sein scheine. Da der Minister also einen näheren Termin für seine Antwort nicht angab, vertagte sich das Haus. Damals, am 3. Juli, erklärte auch Herr Dr. Friedberg, die Gründe, die der Minister für sein Schweigen angegeben hätte, würden im Lande nicht als sehr schwerwiegend angesehen werden. Auch er bedauerte, daß eine Frage, die hohes Interesse im Lande, im Hause hier und selbst bei dem Minister gefunden hätte, erst in unbestimmter ferner Zeit beantwortet werden sollte. Erinnern Sie sich nur, welche Aufregung damals in der Öffentlichkeit herrschte, wie man ein Verschärfen des Hinterhalts vermutete und die Affäre Mirbach eine ständige Anbelästigung in allen Tageszeitungen wurde. Eine Menge teils wahrer, teils unkontrollierbarer Gerüchte (Sehr richtig! rechts) erregte damals die Öffentlichkeit. Aber der Herr Minister hat auch von keiner anderen Stelle eine Erklärung zur Verurteilung des Landes abgegeben. Ein Dementierapparat befindet sich doch im Besitz aller Regierungen (Heiterkeit) und er ist doch gerade in der letzten Zeit sehr oft und sehr kräftig in Bewegung gesetzt worden. Hier wurde kein Gebrauch von ihm gemacht. Diese Zurückhaltung ist vielleicht dem Herrn Minister sehr vornehm erschienen. (Heiterkeit.)

Herr v. Mirbach ist trotz seines Hofamtes immer Privatmann geblieben, und nachdem er jetzt noch aus seinen Hoffstellungen ausgeschlossen ist, habe ich gar keinen Anlaß mich speziell mit ihm zu beschäftigen. Nur einige allgemeine Gesichtspunkte möchte ich geben. Ueber die Zwecke, zu denen Herr v. Mirbach sammelte, bestehen Meinungsverschiedenheiten. Von gewissen Kreisen hat Herr v. Mirbach ja lebhafteste Anerkennung und Zustimmung gefunden. Aber gegenüber dieser Meinungsverschiedenheit besteht eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der Mittel, die er angewandt hat. Keine einzige Stimme in der Öffentlichkeit ist in dieser Frage abgewichen. (Sehr wahr! links.) Ich erinnere nur an die Auslassungen des „Reichsboten“ und die Keuschungen des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein, er habe nie ein Wort daraus gemacht, daß er ein Gegner der Art und Weise sei, wie der Herr v. Mirbach die Sammlungen betreibt. Ueber diese Anschauung herrscht wohl eine allgemeine Uebereinstimmung. (Widerpruch rechts.) Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß jede Liebestätigkeit nur dann von Wert ist, wenn sie ausgeübt wird ohne jeden Nebenabzweck und ohne jede Nebenabsicht. (Sehr richtig! links.) Wenn das Opfer zugleich der Lohn des Opfers ist. Wer zu einer solchen Liebestätigkeit aufruft, muß sich an die guten Eigenschaften und an die guten Herzen der Menschen wenden; das hat Herr v. Mirbach nicht getan, er hat sich nicht an den „Zug des Herzens“, sondern an den „Zug des Knopfloches“ gewandt. (Heiterkeit.) Wer auf die Eitelkeit eines hohen Wert legt, ist auch bereit, für derartige Auszeichnungen einen entsprechend hohen Beitrag zu zahlen. Die Geber der größten Gaben wollen nicht genannt sein, damit nicht bei dem Eintritt des von ihnen erwarteten freudigen Ereignisses ein Zusammenhang zwischen diesem und ihrem Liebesopfer gesucht und gefunden werden könne. Diese Dinge kamen erst durch den sensationellen Vorfall in dem viel berufenen Pommernbau-Prozess in die Öffentlichkeit. Aber den Gipfel erreichte der Unwille über das Vorgehen des Herrn v. Mirbach, als bekannt wurde, daß seine Sammelstätigkeit auch ausgeübt werde gelegentlich einer Ehrenreise zur silbernen Hochzeit des Kaiserpaars, daß er den ganzen Apparat der politischen Behörden zu diesem Zwecke in Bewegung gesetzt habe. Die Spenden sollten in ein Buch eingetragen werden, das den Majestäten vorgelegt werden sollte (Hört! hört! links.) und auch der Umfang der Spenden sollte wohl dabei verzeichnet werden. In seinem Erlaß an die Oberpräsidenten verwahrt sich Herr v. Mirbach gegen die Keinen Gaben unter 200 Mark, die allgemein unbeliebt seien. Da kann man zu dem Wunsche kommen, daß keine Gaben auch bei denjenigen unbeliebt seien, für welche die Spenden bestimmt sind; und wenn man diesem Gedanken nachgeht, dann kommt man zu einem Resultat, das nicht an Majestätensbeleidigung grenzt. (Sehr richtig! links.)

Nun wurde allgemein angenommen, daß dieser Erlaß an die Behörden ohne Genehmigung des Ministeriums erfolgt sei, und um Klarheit darüber zu schaffen, mühten wir aus unserem Pflichtbewußtsein heraus eine Aufklärung fordern. Die Minister sind verantwortlich für alles, was von ihren Untergebenen geschieht, und sie haben dringende Veranlassung, alle unbefugten Eingriffe in ihre Befugnisse zurückzuweisen und zu unterdrücken. Wir haben die Kontrolle auszuüben, denn es würde unhaltbar sein und zur äußersten Verwirrung führen, wenn es möglich wäre, daß neben der verantwortlichen Regierung eine unkontrollierbare und unverantwortliche Nebenregierung besteht. Das würde den Ruin unseres ganzen Verwaltungswesens bedeuten. (Sehr richtig! links.) Darum haben wir und mit uns die Regierung die allerdringendste Veranlassung, diese Frage zu klären.

Im Februar 1902 traten der evangelische Kirchenbau-Verein und der evangelische lutherische Hilfsverein zusammen, um eine Sammlung zur silbernen Hochzeit für das Kaiserpaar zu veranstalten. Es wurde ein Komitee gebildet, das eine große Anzahl Würdenträger, der Reichskanzler an der Spitze, und die Oberpräsidenten, mit einer Ausnahme, angehörten. Herr v. Mirbach hat sich nach seinen Äußerungen an den Minister gewandt und der Minister hat die gedruckten Erlasse des Herrn v. Mirbach an die Oberpräsidenten

weitergegeben. Herr v. Mirbach hat ja eine Rechtfertigungsjähr als „vertraulich“ erlassen; die Vertraulichkeit scheint aber nicht allzu streng gewahrt zu sein, da sie zur Kenntnis der Zeitungen gekommen ist. Nach Herrn v. Mirbachs Ansicht bedurfte die von ihm veranlaßte Kollekte einer Genehmigung des Ministers. Der Minister erklärte, er habe keine Kenntnis von dem Vorhaben des Herrn von Mirbach gehabt, und darin zeigt sich die Verschiedenheit der Äußerungen des Ministers und des Freiherrn von Mirbach. Der Minister hat sich veranlaßt gefühlt, einen Abgesandten des „Berliner Lokal-Anzeigers“ zu empfangen, und dieser hat in dem genannten Blatte mitgeteilt, daß er von dem Minister erfahren habe, er sei guter Dinge und aufgeräumt. (Heiterkeit.) Der Minister erklärte auch hier, daß er von dem Schreiben des Herrn von Mirbach an die Oberpräsidenten nicht das geringste gewußt habe.

Mit dem Herrn v. Mirbach die beabsichtigten öffentlichen Sammlungen der Oberpräsidenten bekannt wurden, hat er sie durch ein direktes Schreiben an die Oberpräsidenten verhindert. Durch diesem Schreiben wußte der Minister nichts. Da fällt mir der Satz ein: „Heute ist, etwas dunkel zwar, aber's klingt doch wunderbar.“ Der Minister war Mitglied des Komitees und entfaltete nach Herrn v. Mirbachs Äußerung ein reges Interesse, er wußte aber nichts von dem zweiten Schreiben an die Oberpräsidenten. Eine Unterscheidung zwischen den Oberpräsidenten und ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Komitees kann nicht gemacht werden, und unter allen Umständen treffen diese Erlasse die Oberpräsidenten in ihrer Amtsführung. Daraus, daß die Oberpräsidenten die Tätigkeit auf einen Erlaß des Herrn v. Mirbach sogleich einstellen, geht hervor, daß sie ihn für einen sehr mächtigen Mann halten. (Sehr richtig! links.) Der Vertreter des „Lokal-Anzeigers“ sagt, der Minister habe ihn in interessanter Weise aufgeklärt über seine Passivität bei den Sammlungen. Es fragt sich nur, was man damit sagen will. Sollte es heißen, daher sich um diese Sammlungen absolut nicht gekümmert habe, so hätte das deutlicher ausgedrückt werden können; sollte es aber heißen, daß eine amtliche Sammelstätigkeit statigehenden habe unter der Passivität des Ministers, so kann die Sache nur so aufgefaßt werden: Der Minister hat sich nicht daran beteiligt, er hat aber die amtliche Sammelstätigkeit geregelt, und das wäre ebenso bedenklich. (Sehr richtig! links.) Ich weiß recht wohl, wer irgend etwas auf dem Herzen hat, der wird interviewt, und wer befragt werden will, der findet auch einen Interviewer. Bei einem solchen Interview sind aber Mißverständnisse absolut nicht ausgeschlossen. Warum hat der Minister nicht eine Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ erlassen? Konnte der Minister nicht auch das, was er in diesem Interview mitgeteilt hat, uns damals schon sagen, als die Interpellation auf der Tagesordnung stand? (Sehr richtig! links.) Nach der damaligen Antwort des Ministers mußte man glauben, der Minister sei durch die betreffenden Zeitungsmittelungen erst zu seiner Anfrage an die Oberpräsidenten veranlaßt worden. Das sieht aber mit den Mitteilungen des Ministers an den Interviewer im Widerspruch. Wir haben erfahren, daß die ganze Angelegenheit dem Minister damals schon bekannt war, daß er auch Kenntnis von dem Vorgehen des Freiherrn v. Mirbach hatte. Der Minister hat, das muß man ihm zum Vorwurf machen, das Vertrauen, die Grundlage jeder konstitutionellen Regierung bei uns erschüttert. (Lebhafteste Zustimmung links.) Gerade ein Minister hat die größte Pflicht der Wahrhaftigkeit. Auch für ihn gilt die Verpflichtung der Eidesformel, die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Das Recht der Anfragen des Parlaments wird unvorsichtiger gemacht, wenn wir nicht unbedingtes Vertrauen in die Wahrhaftigkeit der Ministerantworten haben können. (Wiederholte sehr richtig! links.) Um hier jeden Zweifel zu beseitigen, wäre es auch sehr wünschenswert, daß der Minister uns den Wortlaut seines Schreibens an die Oberpräsidenten mitteile. Denn vor seinem Inhalt und seiner Form wird die Beantwortung der hier formulierten Fragen abhängen.

Nun, meine Herren, komme ich zum zweiten Teile meiner Ausführungen. (Große Ruhe rechts.) Glücke des Präsidenten. — Infolge der andauernden Lärme der Reden wird der Redner von jetzt an schwer verständlich. Es handelte sich um eine Gabe für das Kaiserpaar zur silbernen Hochzeit. Bei einem solchen Anlaß, der das ganze Volk berührt, wiegt die kleinste Gabe so schwer wie die Hunderttausende. (Sehr wahr! links.) Nicht damit kann dem Kaiserpaar gedient sein, daß aus Nebenabsichten Gaben dargebracht werden, sondern nur damit, daß die Spenden Ausdruck eines tiefen Herzensbedürfnisses sind. Bei früheren Sammlungen der Art ist durchaus tollwoll bestimmt worden, daß keiner mehr als 1 M. geben dürfe! Und dann darf eine solche Sammlung nicht in den Beamtenkreisen stattfinden, sondern muß unmittelbar aus dem Volke kommen.

Ich hoffe zum Schluß, bei Ihnen die Ueberzeugung hervorgerufen zu haben, daß die Interpellation nötig war, weil hier Dinge vorliegen, die dringend der Aufklärung bedürfen. (Lebhaftester Beifall links.)

Die Interpellation beantwortet

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Der Interpellant hat mit einer gewissen Vorhobie aus der Affäre Mirbach eine Affäre Hammerstein zu machen versucht. (Heiterkeit.) Ehe ich diese Verhörung anerkenne, beantworte ich die Interpellation selbst. Die Annahme, als ob die Oberpräsidenten und die nachgeordneten Behörden in amtlicher oder quasi amtlicher Weise veranlaßt worden sind, Sammlungen zu veranstalten, trifft nicht zu. Im Mai 1902 wandte sich der Evangelische Kirchenbauverein mit der Bitte an die Oberpräsidenten, den Aufruf zu der Sammlung zu unterstützen und ihm Personen namhaft zu machen, die zur Bildung provinzieller Komitees geeignet seien. Diesem Ersuchen entsprachen alle Oberpräsidenten. Leute in amtlicher Stellung wurden nur in geringer Zahl und nur dann in diese Komitees gewählt, wenn sie unabhängig von ihrer amtlichen auch eine soziale Stellung einnahmen. Anfang 1903 traten diese Komitees zusammen, hatten aber zurzeit der Interpellation nicht die Sammlungen und die Abführung der Gelder nach Berlin nicht abgeschlossen. Jeder Objektive wird gegeben, daß die Einleitung der Sammlungen in durchaus unangelegener Weise erfolgt ist und nicht geeignet war, den Verdacht einer Beeinflussung zu erwecken. Große Sammelwerke bedürfen des Anstoßes und der Organisation und es ist nicht mehr als natürlich, daß man sich an die Kreise wendet, die nach ihrer sozialen Stellung geeignet erscheinen, in Anregung gebrachte Werk zu fördern. Daß durch den Beitritt von Beamten eine amtliche Beeinflussung zu solchen Sammlungen stattfindet, kann nicht zugegeben werden. Zudem waren fast sämtliche Oberpräsidenten seit Jahren Mitglieder des Evangelischen Kirchenbauvereins. Anschriften und Erlasse der Oberpräsidenten an die Regierungspräsidenten oder von mir aus an die Oberpräsidenten sind überhaupt nicht erfolgt. Herr Träger hat mit der gottbegnadeten Ratur des Dichters die Tatsachen dichterisch gesehen, aber die Realität der Tatsachen hat darunter gelitten. (Große Heiterkeit.) Ich beantworte die Interpellation dahin, daß ich es nicht für zulässig halte, die Staatsautorität für solche Sammlungen in Anspruch zu nehmen, aber entschieden bestreite, daß das hier geschehen ist.

Ich komme nun zum zweiten Frage, meiner persönlichen Beteiligung an diesen Vorgängen: Ich habe keinerlei Genehmigung nachher oder vorher zu dem Rundschreiben des Herrn v. Mirbach erteilt. Sie wäre auch überflüssig gewesen. Durch die Angriffe der Presse habe ich mir meine Identität ja nicht trüben lassen (Anruhe links), aber ich muß Wiederholungen meiner Äußerungen hier im Hause entgegenzutreten. Man wirt mir vor, ich hätte um dieses Schreiben gerührt, es mit amtlicher Autorität gebilligt und dienlich befördert, und durch das Verschweigen dieses Umstandes Nichtachtung gegenüber der Landesvertretung begiebt. In Wahrheit erhielt ich erst

am 17. Februar 1903, neun und einen halben Monat nach der mir völlig unbekanntem Aufforderung des Freiherrn v. Mirbach an die Oberpräsidenten, von diesem die schriftliche, persönliche Aufforderung, einem Berliner Komitee zum Zwecke dieser Sammlung beizutreten. Dadurch zuerst habe ich etwas von der Absicht dieser Sammlung erfahren.

Am 17. März 1903 erhielt ich von Herrn v. Mirbach eine Anzahl von Druckexemplaren des auch von mir unterschriebenen Aufrufes mit der Bitte um Verbreitung. Ich fandte es unter äußerlicher Erwähnung des Umstandes, daß die Sammlung vom Kirchenbauverein ausgehe, an die Oberpräsidenten „mit dem ergebensten Anheimstellen, für das weitere Bekanntwerden zu sorgen“. Schon daraus geht hervor, daß ich von dem Schreiben des Freiherrn v. Mirbach nichts wußte, nichts davon wußte, daß in der Provinz schon für diese Sammlung gearbeitet werde, daß aber nur privatim gesammelt werde und von öffentlichen Aufrufen abgesehen sei, um nicht andere regelmäßige Sammlungen zu fören. Davon erfuhr ich erst mündlich durch einen Oberpräsidenten am 13. April 1903. Am 28. Juni wurde mir die Interpellation zugefandt. Ich forderte sofort am selben Morgen telegraphisch die Akten der Oberpräsidenten ein, hatte aber am 30. Juni noch nicht einmal die Mehrzahl der Akten erhalten. Da die Korrespondenz des Kirchenbauvereins in den einzelnen Fällen ganz verschieden und demnach auch die einzelnen Rundschreiben verschieden abgefaßt waren, konnte ich damals eine erschöpfende Antwort also nicht geben. Die aus Anlaß meiner damaligen Äußerungen gegen mich gerichteten Angriffe sind also völlig unbegründet, und die Schlußfolgerungen, die an sie geknüpft worden sind, falsch. Bei der Erregung, die sich für und gegen Freiherrn v. Mirbach eingestellt hat, können Sie aber, meine Herren, mit einem gewissen Recht von mir auch Mitteilungen über die Liebestätigkeit des Herrn v. Mirbach verlangen. Ich glaube, daß ich mit dem ganzen Hause oder wenigstens mit seiner großen Mehrheit einer Meinung dahin bin, daß Herrn v. Mirbach aus seiner Sammelstätigkeit nicht nur nicht ein Vorwurf zu machen ist, sondern daß ihm das ganze Land und zumal Berlin Dank schuldet für seine Bemühungen zur Förderung der großen Kirchenbau. (Lebhafteste Zustimmung rechts.) Diese Tätigkeit bleibt das dauernde Verdienst des Herrn v. Mirbach (Lebhaftes Bravo! rechts), und ich kann hinzufügen, daß seine große und vielseitige Sammelstätigkeit aus den lautersten Motiven und der vornehmsten Gesinnung seines Charakters hervorgegangen ist. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Eine andere Frage ist es freilich, ob Freiherr v. Mirbach immer politisch richtig verfahren ist, ob er gewissen Vorzügen, die sich um ihn drängen, nicht allzu großes Vertrauen entgegengebracht hat, und ob zwischen seiner privaten Tätigkeit und seiner Stellung am Hofe nicht ein unvorsichtiger Widerspruch wenigstens in den Augen der großen Menge hervorgetreten ist. Das monarchische Interesse, das sich in tiefer Ergebenheit zum königlichen Hause äußert, verlangt, daß auch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß private Handlungen eines einzelnen königlichen Hofbeamten mit seiner dienstlichen Tätigkeit verwechselt werden. Wenn auch nur die Möglichkeit einer solchen Verwechslung da ist, so ist Abhilfe dringend notwendig. Diese politische Scheidung zwischen privater und öffentlicher Tätigkeit ist aber bereits erfolgt. So Majestät der Kaiser hat Herrn v. Mirbach auf seine wiederholten Anträge von der Stellung eines Sekretärs und Schallensverwalters z. Maj. der Kaiserin entbunden. Gleichzeitig hat Herr v. Mirbach seine Vorstandstätigkeit in verschiedenen gemeinnützigen Vereinen aufgegeben. Damit ist das politische Interesse an der ganzen Angelegenheit erledigt. Das politische Interesse bestand in der Frage, ob ein unredlicher Druck der Behörden ausgeübt worden ist. Die Richtigkeit dieser Befürchtung glaube ich nachgewiesen zu haben. (Starles Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Fischbeck (fr. Sp.) wird die Besprechung der Interpellation beschloffen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Der Herr Minister hat zugeben müssen, daß die Oberpräsidenten mit der Sache amtlich befaßt worden sind. (Widerpruch rechts.) Sehr richtig! links.) Alle seine Versuche, es so darzustellen, als hätten die Oberpräsidenten als Privatleute gehandelt, sind nicht geglättet. (Sehr richtig! links.) Wohl! rechts.) Gewiß, es giebt Leute, die die Zwecke, die Herr v. Mirbach verfolgt hat, durchaus billigen, die eine Sammelstätigkeit für Kirchenbauten als durchaus wünschenswert betrachten. Aber darüber zu entscheiden, ist gar nicht Sache dieses Augenblicks. Worauf es ankommt, ist folgendes: Es ist vom Minister soeben mitgeteilt worden, daß die Oberpräsidenten mit der Angelegenheit befaßt worden sind, einmal auf Anweisung des Freiherrn v. Mirbach hin, zweitens auf Anweisung des Herrn Ministers selber. Der Minister sagt, er habe als Privatmann gehandelt. (Sehr richtig! rechts.) Er hat aber eben gesagt, daß er die Akten von den Oberpräsidenten eingefordert habe. In Privatangelegenheiten werden doch keine amtlichen Akten gefordert! (Sehr richtig! links.) Herr von Hammerstein hat die Akten als Minister kraft seiner amtlichen Funktion eingefordert. Das ist unbedingt festzustellen. (Lebhafteste Zustimmung links.) Wenn der Minister auch behauptet, daß es sich nur um eine private Tätigkeit gehandelt habe, so geht aus den von ihm selbst mitgeteilten Tatsachen unbestreitbar hervor, daß die Autorität der Staatsregierung für die Sammlungen eingesetzt worden ist. (Lebhafteste Zustimmung links.)

Ich stelle weiter fest, daß wir auf zwei sehr wichtige Fragen keine Antwort vom Minister erhalten haben. Einmal darüber, daß „nur hohe Beiträge“ erwünscht waren, dann darüber, daß den Spendern eine gewisse Belohnung in Aussicht gestellt worden ist, die Eintragung in das „goldene Buch“, das den Majestäten vorgelegt werden sollte. Wir bedauern deshalb umsomehr, daß der verantwortliche Staatsminister eine derartige Aufforderung an die Oberpräsidenten gerichtet hat. (Sehr richtig! links.) Wenn uns im Juni dieses Jahres bekannt gewesen wäre, daß der Minister die Oberpräsidenten als ihr Vorgesetzter im April 1903 zu diesen Sammlungen aufgefordert hat, dann wäre der Name des Freiherrn v. Mirbach gar nicht in der Interpellation genannt worden. Der Minister sagt, er hätte unsere Interpellation deshalb nicht sofort beantwortet können, weil ihm die Akten damals nicht familiär vorgelegen hätten. Aber darauf kam es ja gar nicht an. Es kam darauf an, den Tatbestand mitzuteilen. (Sehr richtig! links.) Der Minister hat im April 1903 erfahren, daß Freiherr v. Mirbach sich 1902 an die Oberpräsidenten gewandt hat. Vorher aber hat er selber das gleiche getan. Herr v. Hammerstein aber hat sich im Juni dieses Jahres hier so hingestellt, als wenn er gar nichts von der Sache wußte, als sei er außer sich gewesen, als er in den Zeitungen darüber gelesen habe, und als habe er darauf hin sofort an die Oberpräsidenten telegraphiert. Heute kommt heraus, daß er schon im Jahre vorher von der Sache gewußt hat. (Hört! hört! links.) Diese Dinge sprechen für sich selbst, und das Volk wird wissen, wie es sie zu beurteilen hat. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Forst (Z.): Das Zentrum hat den Grundgedanken, sich in die inneren kirchlichen Angelegenheiten der evangelischen Bevölkerung nicht einzumischen. Nun kann es fraglich erscheinen, ob hier eine solche innere Angelegenheit vorliegt, da die Oberpräsidenten in Anspruch genommen worden sind. Aber es handelte sich um eine Gabe aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Landesherren. Wir haben den Antrag auf Besprechung unterfütigt, um den Interpellanten Gelegenheit zu geben, dem Minister zu antworten. Auf die Sache selbst einzugehen, haben wir keinen Anlaß, falls nicht etwa durch die weitere Debatte ein solcher Anlaß geboten wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Seydewitz (L.):

Ich kann dem Abg. Träger zugeben, daß es besser gewesen wäre, wenn der Minister die Interpellation gleich beantwortet hätte, aber einen Vorwurf möchte ich nicht erheben. Es ist ein ganz alltäglicher

**Vorgang, daß für Wohltätigkeitszwecke die hohen Verwaltungsbeamten in Anspruch genommen werden, und ich verstehe nicht die Aufbauschung im vorliegenden Fall.** Was jedem Privatmann recht ist, das muß doch auch dem Herrn v. Mirbach billig sein. Ich meine die Silberhochzeit des Königs paret ist noch ein bedeutenderer Zweck, als es sonst die Veranstaltungen sind, um die die höchsten Beamten bemüht werden. Die Freiwilligkeit der Beiträge ist in keiner Weise in Frage gestellt, von einer Nebenregierung kann keine Rede sein. Damit ist unsere Kompetenz im vorliegenden Falle erschöpft. Was darüber hinausgeht, und zu meinem Bedauern ist der Interpellant über diese Grenze hinausgegangen, geht uns direkt nichts an. Ob ein Hofbeamter korrekt oder inforrekt, geschickt oder ungeschickt, klug oder unklug handelt, entzieht sich unserer Entscheidung. Wir hätten es deshalb auch lieber gesehen, wenn der Minister darauf gar nicht eingegangen wäre. (Lachen links.)

Es ist hier von Orden gesprochen worden. Das sind Kronrechte, die unserer Kritik nicht unterstehen, und meine Partei hält sich gegenüber Kronrechten streng an die Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaft. Deshalb nur einige Worte der Abwehr gegen den Interpellanten. Er hat von verwerflichen Mitteln gesprochen, dabei aber das Ziel als hohes anerkannt. Tut man das letztere, so ist doch eine wohlwollende Beurteilung am Platze. Wir tragen dem hohen Zweck volle Rechnung und können nur wünschen, daß so hohes Streben nicht erlahmen möge, denn solche edlen Bestrebungen tun unserer heutigen Zeit sehr not. Die persönliche Integrität und Ehrenhaftigkeit des Freiherrn v. Mirbach ist über allen Zweifel erhaben. (Auf links: Die steht hier nicht zur Debatte.) Freiherr v. Mirbach hat viel Gutes gestiftet und dafür sollten wir ihm dankbar sein. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Es handelt sich hier nicht, wie Herr Vorst. meinte, um eine konfessionelle, sondern um eine verwaltungsrechtliche Frage, nämlich darum, inwiefern ein Hofbeamter Einfluss auf unsere Verwaltungsbeamten ausüben in der Lage ist. (Sehr richtig! links.) Die Antwort des Ministers war erfreulicherweise eine völlig erschöpfende. Wir halten die Frage gegen Freiherrn v. Mirbach für eine der unerfreulichsten Erscheinungen des öffentlichen Lebens, aber der Minister ist mit Schuld daran, durch seine Hinauszögerung der Verantwortung. Was er uns heute gesagt hat, konnte er uns auch damals schon sagen. (Sehr richtig!) Der Herr v. Mirbach hat aber noch eine allgemeine Bedeutung. Er gibt uns die Lehre, die höchsten Beamten nicht an die Spitze solcher Wohltätigkeitsveranstaltungen zu stellen. (Sehr richtig! links.) Der Minister soll nicht vergessen, daß ein großer Teil des Lärmes gegen Mirbach von Leuten gemacht worden ist, die den Druck der Sammelstätigkeit persönlich empfunden haben, die gelacht haben und sich nachher ärgerten. (Große, lebhafteste allgemeine Heiterkeit.) Abgeordneter Träger hatte, als er die Mittel verurteilte, vollständig recht. Wenn man keine Beiträge ausschließt, um von gewissen Leuten dann recht hohe Beiträge herauszupressen, so sind solche Mittel — ihr Zweck in allen Ehren! — wirklich verwerflich zu nennen. Herr v. Heydebrand meinte, bei den Ordensverleihungen handele es sich um ein Kronrecht. Mir kommt es vor, als ob gewisse Leute bei Dingen, deren Erörterung ihnen mangelhaft ist, recht gern das Wort „Kronrecht“ gebrauchen. (Heiterkeit.) Wir haben doch einen Etat der General-Ordenskommission, und wir sind durchaus kompetent mitzureden, sollten sich bei der Verleihung von Orden irgend welche Mißstände herausstellen. (Sehr richtig! links.) Es mag ausgegeben werden, daß überall im deutschen Volk mit Wasser gelacht wird, und die Ordensbänder auch vertriehen werden, um Danks für Wohltätigkeitsakte zu erschließen, aber man sollte eben mit dieser Praxis brechen. (Sehr gut! links.) Die persönliche Integrität des Freiherrn von Mirbach steht auch für uns außer Zweifel, — und damit will ich schließen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Jedts (H.):

Bei der Behandlung von Kronrechten müssen wir sehr zurückhaltend sein. Nur wenn ein Mißbrauch vorläge, müßten wir Stellung nehmen. Ein solcher liegt aber hier in keiner Weise vor. Die persönliche Integrität des Herrn v. Mirbach ist zweifellos. Die Kritik des Abg. Träger war übertrieben, seine ganze Rede war eine Übertreibung. (Lebhafter Widerspruch.) Der Minister hat, wie Abgeordneter Friedberg zutreffend ausgeführt hat, alle Vorwürfe über den unbedingten Einfluss eines Hofbeamten auf Regierungsgeschäften widerlegen können. Es mag bedauerlich sein, daß die hohen Verwaltungsbeamten für Wohltätigkeitsakte in Anspruch genommen werden. Das gleiche geschieht aber auch bei den Oberbürgermeistern und höheren Kommunalbeamten. Von einem Eingriff des Herrn v. Mirbach in die Rechte des Ministers ist keine Rede. Vielleicht hätte der Minister einen Teil der Mitteilungen, die er uns heute gemacht hat, auch schon am 28. Juni machen können. Aber ein Vorwurf trifft den Minister nicht. (Beifall rechts.)

Abg. Bedmel (fr. Bg.):

Im großen und ganzen kann ich mich den Ausführungen des Abg. Dr. Friedberg anschließen. Ich bin aber der Meinung, daß der Minister am 28. Juni uns das hätte mitteilen müssen, was ihm schon damals bekannt war. (Sehr richtig! links.) Bereits ein Jahr vorher hatte sich Frhr. v. Mirbach an die Oberpräsidenten gewandt. Die Frage, ob der Minister sofort auf eine Interpellation erkläre, was er weiß, oder ob die Beantwortung hinausgeschoben wird, ist eine politische Frage ersten Ranges. (Sehr richtig! links.) Dem Abgeordneten v. Heydebrand bemerke ich, daß man über die Tätigkeit des Herrn v. Mirbach auch in den Kreisen seiner Anhänger anderer Meinung ist als er. Sogar der fromme „Reichsbote“ hat gesagt, man finde keine Worte für diese Art der Tätigkeit. In der Tat handelt es sich bei dem Vorgehen des Herrn v. Mirbach um Mittel, von denen man sagen kann; Solche Mittel entheiligen den Zweck. (Beifall links.)

Abg. Träger (fr. Bp.) tritt den Ausführungen des Ministers entgegen und betont, daß selbst von Anhängern des Herrn v. Mirbach über diesen ebenso geurteilt werde, wie er es getan habe. Ich habe lediglich die tatsächlichen Mitteilungen charakterisiert und an den Minister die Frage gerichtet, wie er in der Sache gehandelt habe. (Beifall links.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation, womit die Interpellation erledigt ist.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Marx (3.) und Genossen:

Hat die königliche Staatsregierung Kenntnis genommen von dem in Prozess gegen den früheren Vergarbeiter Krämer in Saarbrücken ergangenen Zeugenaussagen über Wahlbedrückungen und Wahlkontrollen, wie sie nach diesen Aussagen von Beamten der königlichen Bergwerksdirektion zu Saarbrücken vorgenommen worden sind?

Was bedeutet die königliche Staatsregierung zu tun, um der Wiederkehr solcher Vorkommnisse endlich und endgültig Einhalt zu tun?

Handelsminister Müller erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Dr. Marx (3.)

Begründet die Interpellation. Er verweist zunächst auf das unter dem 13. Juni gegen Krämer ergangene Erkenntnis, durch welches dieser zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Das Gericht habe in den von Krämer herausgegebenen Flugschriften zwei Gruppen von Wortwörtern gebildet, für die der Wahrheitsbeweis nicht in vollem Umfange habe erbracht werden können, nämlich: 1. den Vorwurf der systematischen Unterdrückung der Vergarbeiter in den ihnen zustehenden Rechten zugunsten einer politischen Partei, sowie einer systematischen Mißachtung und Verhöhnung der Vergarbeiter. 2. den Vorwurf der systematischen Ausbeutung der Arbeiter zugunsten des Fiskus und die Vernachlässigung der Fürsorge für die Gesundheit der Arbeiter. In wie weit — so führt Redner aus — diese Charakterisierung des Zustands der Flugblätter zutrifft, habe ich an dieser Stelle nicht nachzuprüfen, und ich will nur beiläufig darauf aufmerksam

machen, daß in den Flugblättern von einer Vernachlässigung der Fürsorge der Arbeiter überhaupt nicht die Rede gewesen ist. Bezüglich der ersten Gruppe von Vorwürfen hat das Gericht den Wahrheitsbeweis als geführt erachtet, so daß hier nur noch der Tatbestand der einfachen Verleumdung vorlag, dagegen erklärt das Gericht bezüglich der zweiten Gruppe, daß hier Krämer sich der Verleumdung, also der Verleumdung wider besseres Wissen schuldig gemacht habe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig geworden. Eine Reihe von Feststellungen, die Sie in dem Urteil finden, nötigen mich aber, die ganze Angelegenheit zum Gegenstand der Erörterung auch in diesem Hause zu machen. Das Gericht hat die Beweisführung in der Richtung ganz wesentlich beschränkt, daß dafür nur solche Vorgänge herangezogen werden dürften, die in der Zeit der Amtsführung des Vergarbers Hilgers selbst vorgekommen seien. Eine weitere Beschränkung liegt darin, daß die Erheblichkeit der zu beweisenden Tatsachen davon abhängig geworden ist, daß diese Tatsachen in einer unmittelbaren Beziehung zu Vergarbeamten einerseits und zu Vergararbeitern andererseits stehen, nicht etwa zu Dritten außerhalb des Dienstbereiches der Bergwerksdirektion stehenden Personen. Für uns im Abgeordnetenhaus sind bei der Beurteilung der Sachlage ganz andere Gesichtspunkte maßgebend. Wir haben es nicht nötig, uns auf die Tatsachen zu beschränken, die sich während der Amtsführung des Herrn Hilger selbst abgespielt haben, sondern wir sind berechtigt und verpflichtet, die sämtlichen Tatsachen, also auch die, die vor dem Jahre 1900 liegen, wie sie in dem Prozeß zum Gegenstande sind, in den Bereich unserer Erörterungen zu ziehen. Das Gericht hat sich ferner auf den Standpunkt gestellt, von einer systematischen Unterdrückung oder Ausbeutung der Arbeiter könne nur dann die Rede sein, wenn die auf diesem Gebiete bestehenden Mißstände auf direkte Anordnung oder Befehl der Bergwerksbehörden zurückzuführen seien. Auch das kann für uns im Abgeordnetenhaus nicht maßgebend sein. Es kann uns hier nicht darauf ankommen, das Vorhandensein eines Systems in dem Sinne, wie es der Gerichtshof konstruiert hat, nachzuweisen, sondern eine Reihe von Tatsachen vorzuführen, aus denen geschlossen werden darf, daß hier tatsächlich jahrelang große Mißbräuche seitens der Beamten ausgeübt worden sind. Ich bemerke dabei von vornherein, daß die Person des Herrn Hilger — der ja auch nicht mehr in leitender Stellung sein soll — dabei für uns vollkommen in den Hintergrund tritt. Nicht die Person des Herrn Hilger ist es, die uns zu unserem Vorgehen bewogen hat, sondern es sind die Zustände, die sich während seiner Leitung und schon vor seiner Amtsführung entwickelt haben. — Bevor ich auf den Prozeß Krämer eingehe, muß ich mit einigen Worten auf eine Aeußerung zurückkommen, die der Staatsanwalt Dr. Freytag bei dem vorausgegangenen Prozeß Lehnen getan hat. Er hat nach unwiderprochen gebliebenen Feststellungsberichten damals ausgeführt, die „ultramontane“ Partei habe unter dem Schutze der Redefreiheit im Landtage „alle Kamellen“ ausgegraben, aber alle ihre Vorwürfe hätten sich als unrichtig erwiesen. Ich sehe mich genötigt, gegen Form und Inhalt dieser Aeußerungen hiermit auf das entschiedenste zu protestieren. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Der Staatsanwalt hat damit die Politik in den Gerichtssaal hineingetragen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Das ist durchaus ungehörig. (Sehr wahr! und lebhafteste Zustimmung im Zentrum.) Und wenn er gar von uns als von „Ultramontanen“ spricht, so ist es eine grobe Unverschämtheit. (Sehr wahr! und lebhafteste Zustimmung im Zentrum, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Auch der Staatsanwalt sollte doch wissen, daß wir uns nicht ultramontane Partei nennen, sondern Zentrumspartei, und er hat diesen Ausdruck offensichtlich nur gebraucht, um unsere Partei zu beschimpfen. Ich weise die Verschimpfung an dieser Stelle mit Entrüstung zurück. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Aber auch sachlich ist der Anspruch des Herrn Staatsanwalts vollkommen unhaltbar. Das Gericht hat als festgestellt erachtet, daß die Vergarbeiter von Beamten zum Eintritt in den Wahlverein aufgefordert worden sind. Das Gericht hat das Recht, sich auf den formalistischen Standpunkt zu stellen und zu sagen, das sei kein Zwang; ich meine aber, wir empfinden es als einen unangehörigen Zwang, wenn die Vergarbeiter von den Herren Vorgesetzten aufgefordert werden, dem national-liberalen Wahlverein beizutreten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Dieser Vorwurf ist also als erwiesen anzusehen. Das gleiche gilt von dem Vorwurf der Wahlkontrolle. Daß eine solche Kontrolle stattgefunden habe, sieht das Gericht als erwiesen an. Es fügt allerdings hinzu, es sei nicht einzusehen, warum es der Bergwerksverwaltung verwehrt sein sollte, sich ebenso wie andere Industrielle über die politische Stellung der Arbeiter Klarheit zu schaffen. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich darf darauf hinweisen, daß auch in der „Deutschen Juristenzeitung“ diese Deduktion des Gerichts als völlig verfehlt bezeichnet wurde.

Wenn ich mich nunmehr zum Prozeß Krämer selbst wende, so hat dieser tatsächlich schon außerordentlich gute und segensreiche Folgen gezeitigt, und ich kann dem Herrn Minister meinen Dank nicht vorenthalten, daß er nunmehr in liberaler Weise die Genehmigung zur freien Aussage der Beamten gegeben hat. Das ist ganz zweifellos eine legendäre Folge des Prozesses; hoffentlich werden nun die heutigen Auseinandersetzungen die Folge haben, daß wir es überhaupt nicht mehr nötig haben, uns mit den unglücklichen Zuständen im Saarrevier zu beschäftigen. Ich bin nun genötigt, um den Beweis zu erbringen, daß Abhilfe geschehen muß, an der Hand des stenographischen Berichtes eine Reihe von Tatsachen zur Sprache zu bringen, die in dem Prozeß festgestellt worden sind. Redner verliest aus dem stenographischen Bericht eine große Zahl von Zeugenaussagen, durch die ganz besonders traurige Fälle von Wahlbeeinflussungen und Wahlkontrollen festgestellt worden sind. Die Verlesung dieser Aussagen wird mit lebhaftem Zurufen Hört! hört! aus dem Zentrum begleitet, während bei den Nationalliberalen sich eine immer größer werdende Erregung bemerkbar macht. Ich kann Ihnen nicht helfen, so rief Redner hierauf den Nationalliberalen zu — jetzt müssen Sie den Reich schon bis zur Reize leeren! (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Im weiteren erörtert er die Maßregelung, welche sich aus die neugegründete „Saarpost“ seitens der Bergwerksdirektion habe gefallen lassen müssen, und die zahllosen Verurteilungen des Verfallens- und Vereindrechtes. Ich werde, so schließt er, einstweilen von weiteren Auseinandersetzungen absehen; ich denke, das vorgebrachte Material wird genügen, um die Notwendigkeit unserer Interpellation darzutun. Ich hoffe, daß die Regierung eine befriedigende Erklärung abgeben wird, daß und wie sie endgültig diesen Zuständen ein Ende machen will. Wir verlangen die verfassungsmäßige Bewegungsfreiheit auch für die Vergleute, auch für den kleinsten und ärmsten Mann. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Handelsminister Müller:

In den Ausführungen des Herrn Vorredners nahm einen großen Raum ein die Kritik, die er an dem im Saarbrücker Prozeß ergangenen Urteil geübt hat. Ich lehne es ab, auf diesen Teil seiner Ausführungen einzugehen, für mich ist ausschließlich und allein das Erkenntnis des Gerichts maßgebend. Auch auf die Einzelheiten, die der Herr Vorredner vorgebracht hat, kann ich nicht eingehen; ich werde mich vielmehr auf einige allgemeine Ausführungen beschränken. Der Prozeß, an den die Interpellation anknüpft, ist die Fortsetzung zweier anderer Prozesse, die schon im Februar dieses Jahres hier verhandelt worden sind. Ich war damals noch nicht im Besitz eines authentischen stenographischen Berichtes und mußte es daher ablehnen, mich zu der Sache zu äußern; der Bericht ist mir inzwischen zugegangen und ich lege ein Exemplar desselben auf den Tisch des Hauses nieder. Die Verhandlungen, die im Februar hier über den Lehnen-Prozeß stattgefunden haben, haben natürlich im Saarrevier großes Aufsehen und große Aufregung erregt, und so sind jene Verleumdungen und speziell die damaligen Ausführungen des Abg. Marx wohl mit Veranlassung für den sozialdemokratischen früheren Vergarbeiter Krämer gewesen, durch seine Flugblätter für seine Partei Propaganda zu machen. Bei Beurteilung der gesamten Lage müssen die scharfen Gegensätze mit in Betracht gezogen werden, die im Saarrevier herrschen. — Gegensätze, die gar zu leicht auf beiden Seiten zu Einseitigkeiten führen. Das zeigt sich auch in

den Zeugenaussagen, die sich oft in der auffallendsten Weise widersprechen. Es handelt sich um Vorgänge, die oft um Jahre zurückliegen, und da ist es für die Zeugen doppelt schwer, sich des genauen Wortlauts aller Äußerungen zu erinnern. So sehen wir auch in diesem Prozesse, wie bei den Zeugenaussagen Phantasie und Parteiliebe eine große Rolle gespielt haben. Bei dem ersten Lehnen-Prozeß im Oktober stellte das Gericht in dem Urteil noch fest, es habe allerdings den Anschein, als ob bei den Beamten ein gemeinsames Vorgehen gegen Zentrumswähler im Geheimen bestanden habe, doch sei kein Beweis dafür erbracht, daß es auf höhere Anordnung zurückzuführen sei. Bei dem zweiten Urteil, im Dezember, erklärte das Gericht, es könne allerdings nicht verkannt werden, daß in einigen Fällen Vergleute in ihrer politischen Haltung beeinträchtigt oder in ihren religiösen Gefühlen gekränkt worden seien, aber die Fälle seien so vereinzelt gewesen, daß der Nachweis einer systematischen Beeinträchtigung nicht als erbracht angesehen werden konnte. Ich sehe darin schon ein milderes Urteil. In dem neuesten Erkenntnis vom Juni heißt es nur noch: es möge in dem einen oder anderen Falle ein Beamter den unterstellten Arbeiter gegenüber nicht ganz einwandfrei gehandelt haben, aber von dem Nachweis eines systematischen Vorgehens sei keine Rede. Auf Grund des Erkenntnisses vom Dezember hatte ich bereits ein scharfes Reskript gegen ungebührige Wahlbeeinflussungen durch Beamte erlassen; insbesondere habe ich das Verhalten des Schlafhausmeisters Bremer entschieden verurteilt und ihm seine sofortige Entlassung androhen lassen, wenn ähnliches wieder vorkomme. Der Vorredner hat sich lobend geäußert, daß ich mit dem Prinzip gebrochen habe, daß Beamte über innere Verwaltungsvorgänge vor Gericht nicht ansagen dürfen. Ich habe in Wirklichkeit lediglich dem Gerichtshof freigestellt, zu entscheiden, welche Vernehmungen er für erheblich erachtet, und den Parteien anheimgestellt, ihre Urträge zu stellen. Wir hatten nichts zu verheimlichen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist das Erkenntnis vom 13. Juni, das dahin geht: 1. Alle Behauptungen von einer systematischen Unterdrückung der Vergarbeiter in den ihnen zustehenden Rechten zugunsten einer politischen Partei sind unrichtig. 2. Die Behauptung von einer systematischen Ausbeutung der Vergarbeiter zum Nutzen des Fiskus durch Zahlung von Hungerlöhnen und durch Vernachlässigung der Fürsorge für Siederkeit und Gesundheit sind wissenschaftlich Unwahrheiten. Einzelne Beamte und besonders Unterbeamte haben sich ja in der Höhe des Gehaltes zu unbedachten Aeußerungen, ja zu Handlungen, die besser nicht geschehen wären, hinreißen lassen; das habe ich bereits früher anerkannt; aber ich sage mit dem Gerichtshof: Was will es helfen, wenn bei einer solchen Armee von Gegnern, die der Verwaltung alles Mögliche anhängen wollen, nicht mehr festgestellt werden kann als geschehen ist! Jedensfalls ist es nicht gerechtfertigt, von einem System der Unterdrückung und Ausbeutung zu sprechen. Ich wiederhole weiter, was ich schon früher gesagt habe: wo in einzelnen Fällen Klagen sich als berechtigt erwiesen, habe ich für Abhilfe gesorgt. Ich bitte weiter zu erwägen, daß es bei einer Beamtenzahl von 1200 Köpfen leicht vorkommen kann, daß gelegentlich mal einer daneben haut; jedenfalls aber hat es meinerseits nicht an Mahnungen gefehlt und wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Ja muß übrigens die zahlreiche Beamenschaft dagegen in Schutz nehmen, daß mit einer Leidenschaftlichkeit verlangt wird, sie sollen sich jedes Einflusses auf die Wahl enthalten. Ich muß für meine Beamten die volle Wahlfreiheit in Anspruch nehmen, gegen wen sie sich auch immer wenden möge. Aber ich habe den Beamten vor der letzten Wahl auch strengstens eingeschärft, sich an das Gesetz zu halten. Es kann festgestellt werden, daß bei der letzten Wahl erheblich weniger als früher gegen diese Vorschrift verstoßen ist. Es sind mir verschiedene Fälle bekannt, wo das auch von der Gegenseite anerkannt wurde, unter anderem verweise ich nur auf die Aussage des Zeugen Simon, der einem Wahlakt beigewohnt hatte und am Schlusse erklärte: „hier ist alles in Ordnung gewesen; ich kann meinem Chef nichts berichten“. Auf die Frage, wer ist der Chef? antwortete er: „der Herr Kaplan Dasbach“. (Große Heiterkeit.) Im weiteren möchte ich die Parteien bitten, nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die scharfen Gegensätze im Saarrevier gemildert werden. Mit großem Geschick und Erfolg hat die Verwaltung im Saarrevier es fertig gebracht, die sozialdemokratische Bewegung im wesentlichen fernzuhalten. Zum Glück für die Arbeiter und für die ganze Gegend tragen wir nicht dazu bei, das Gegenteil zu fördern. Der Minister gibt zum Schluß seiner Rede eine Reihe von Daten über die soziale Lage der Vergarbeiter im Saarrevier wieder, die vom Geheimrat Hilger in den Prozeßverhandlungen vorgebracht waren. Er hebt insbesondere hervor, daß von den 23.000 verheirateten Arbeitern 16.000, also 70 Proz., eigene Wohnungen haben, und zwar Wohnungen mit einem Durchschnitt von 3/4 Räumen. Wer die Verhandlungen des letzten Wohnungslongresses verfolgt habe, wisse, wie ungewöhnlich günstig diese Verhältnisse seien. Um das sozial-schädliche Schlafgängerwesen zu mildern, habe die Verwaltung eine große Reihe von Schlafräumen eingerichtet, 43 Werkstätten für den obligatorischen Fortbildungunterricht der Jugend bis zu 18 Jahren. Wenn im Saarrevier auch durch die politischen Parteikämpfe heftige Differenzen zwischen den Arbeitern und ihren Vorgesetzten vorkämen, so bestes in allgemeinen doch ein im besten Sinne patriarchalisches Verhältnis. Beweis dafür sei der schöne Verlauf der Vergleite. — Der Minister schließt mit der wiederholten dringenden Bitte, die Gegensätze im Saarrevier nicht weiter zu verschärfen. Der tertius gaudens — sei die Sozialdemokratie.

Auf Antrag des Abg. Dr. Vahem findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. Köhling (natl.):

Nach dem Wortlaut der Interpellation könnte man annehmen, im Saarrevier seien die neuen Anordnungen über die Geheimhaltung der Wahl gar nicht durchgeführt. Was an Klagen vorgebracht wird, bezieht sich auf Vorfälle aus alter Zeit, die heute gar nicht mehr möglich wären. Der Abg. Marx hat sehr ruhig gesprochen; ich will ihm darin folgen; aber er hat sich die Sache sehr leicht gemacht; denn er hat nur die Zeugen angeführt, die zugunsten seiner Partei sprechen. Das gelte besonders für den Fall mit dem David H. Redner hat sich aus eigenem Antriebe als nationalliberal ausgegeben und der Inspektor Höß sich ganz tollert verhalten. Man behauptet, die Nationalliberalen hätten die Wähler scharf kontrolliert; das sei aber auch von der Gegenseite geschehen, wie z. B. das Zeugnis des Heinrich Simon datur. Der Fall Adams werde falsch dargestellt. Hilger habe sich dagegen gewehrt, daß konfessionelle Gegensätze in seine Beamtenenschaft getragen würden, wie dies von Adams verläutet worden sei und das Gericht habe entschieden, daß die Verlesung Adams nicht zu beanstanden sei. Der Redner erklärt weiter, seine Partei sei ein entschiedener Gegner aller amtlichen Wahlbeeinflussungen und auch gegen Wahlkontrollen bei der Reichstagswahl. Durchaus bestreiten müsse er, daß die Vergleuten im Saarrevier einen eingewurzelten Hang zu Wahlbeeinflussungen hätten. Wichtig sei, daß alle Faktoren der Vergewaltigung sich befreiten, die Sozialdemokratie von dem Saarrevier fernzuhalten. Leute, die den Umfuz auf ihr Parteiprogramm schrieben, seien in einer staatlichen Grube unbrauchbar. Wenn in einzelnen Fällen scharfe Maßnahmen auch gegen das Zentrum erfolgt seien, sei das berechtigt gewesen. Die Dasbach-Presse sei in einer Weise gegen die Vergewaltigung aufgetreten, daß man sagen könne, ihr Ziel war die Vernichtung der staatlichen Autorität. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Die Zentrumspartei, die hier heute über amtliche Wahlbeeinflussungen klagt, schießt im Glaspaße. Der geistliche Wahldruck sei oft genug nachgewiesen. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Der Redner bezieht sich auf Behauptungen in nationalliberalen Wahlprotesten, von denen er zugibt, daß sie noch nicht bewiesen seien. Zentrum und Nationalliberale, so bemerkt er dann weiter, können besseres tun, als sich hier zu streiten, wer die meisten Wahlbeeinflussungen auf dem Gewissen hat. Diese Dinge spielen praktisch ja überall seine Rolle mehr und gehören schließlich auch nicht vor den Landtag, sondern vor den Reichstag. Hier im Landtage sollten sich Zentrum und Nationalliberale gerade jetzt bewußt sein, daß sie bei wichtigen bevorstehenden Gesetzen darauf angewiesen seien, zusammenzuarbeiten und daß es deshalb notwendig

feh, alles fernzuhalten, was diese Zusammenarbeit stören müßte. (Beifall.)

Abg. Dr. Bahren (3.):

Die Interpellation hat den ausgesprochenen Zweck, die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu verhindern. Der Herr Vorredner hat ebenso wie der Herr Minister verüht, an dem einseitigen Zusammenfassenden Bild, das uns der Abg. Marx gegeben hat, einige Notizen vorzunehmen. Aber die gesamte Färbung des Bildes hat keine Änderung erfahren. Nachdem wir nun zweimal konträrthistorisch diese Dinge hier verhandelt haben, darf man als unbestreitbar den Satz aufstellen: im ganzen Rheinland ist kein Wahlkreis, wo auch nur annähernd so viel im Punkte der amtlichen Wahlbeeinflussung gefährdet wird wie in Saarbrücken-Kunkirchen bei der letzten Wahl. Vom Standpunkte dieser Feststellung aus können wir mit dem Verlauf dieser Verhandlung nur zufrieden sein. (Beifall im Centrum.) Ich nehme es dem Minister und auch dem Herrn Vorredner nicht übel und es stehen ihnen die triftigsten Widerungsgründe zur Seite (Heiterkeit), wenn sie versucht haben, dem, was der Abg. Marx vorgebracht hat, einige Tatsachen entgegenzustellen, die die schreiende Nacktheit der festgestellten Tatsachen etwas verdrängen sollen. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Köchling hat ausgesprochen, daß alle Liberalen gegen jede Wahlbeeinflussung durch Beamte seien. Wenn dieser Vordersatz richtig ist, sollte man doch auch die Konsequenzen daraus ziehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir bedauern, daß derartige theoretische Vorderätze hier ausgesprochen, aber im Vergleiche weder den Beamten eingeschärft, noch in der Praxis durchgeführt werden. Ich habe auch nicht gehört, daß während der letzten Wahlkampagne der Herr Vorredner in seiner Heimat diesen Satz ausgesprochen hat. Der Minister hat auch in der deutlichsten Weise zu erkennen gegeben, daß er die Dinge, die der Abg. Marx vorgebracht hat, nicht billigt und einen scharfen Tadel dagegen hat ergehen lassen. Die begreifen dies. Der Minister hat weiter im letzten Prozeß einen Bruch vollzogen mit der Uebung, daß Beamte über innere Verwaltungsvorkommnisse nicht auszusagen sollen. Dieses System war schon längst nicht mehr haltbar; ich hoffe, daß des Handelsministers Beispiel in allen Verwaltungszweigen Nachahmung findet. Wenn die Beamten wissen, daß sie auch über innere Verhältnisse unter Umständen aussagen müssen, werden sie viel vorsichtiger sein, als sie bisher gewesen sind. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Bruch mit der bisherigen Tradition, wenn er aufrecht erhalten wird, gute Früchte bringen wird. In den Ausführungen des Ministers hätte ich einen Passus gern vermied. Das war die breite Ausmalung der guten materiellen Lage der Arbeiter im Bergrevier Saarbrücken. Keiner von uns hat die allgemeine gute Lage der Arbeiter — an Grund zu Klagen im Einzelfall fehlt es freilich auch hier nicht — bestritten. Deshalb gehörte diese Ausmalung des Ministers gar nicht zum Beweissthema. Es hat doch einen bedenklichen Beigeschmack, wenn den Arbeitern auseinandergelegt wird, ein wie gutes Brot sie essen. Das ist es ja, daß die Arbeiter das Gefühl haben: das, was wir materiell Gutes erfahren, sollen wir durch Opfer an innerer politischer Ueberzeugung bezahlen. Das regt die Leute auf; sie glauben gezwungen zu sein, anders zu stimmen, als der Zug ihres Herzens ihnen sagt. Wenn das nicht wäre, dann wäre vieles besser im Saarrevier. Niemand wird den Bergbeamten ihr Recht beschränken wollen, nach ihrer politischen Ueberzeugung zu handeln, aber er muß auch alles vermeiden, was dabei irgendwie seine Beamtenqualität hervorheben läßt. Wenn aber in Verbindung mit der Wahl Diskussion und Mahnungen ausgesprochen werden, wenn Strafverfolgungen und Lohnabzüge erfolgen, dann bedeutet das unzweifelhaft eine Verquickung der Beamten- und der privaten Eigenschaft und führt zu einer großen Erbitterung. Dabei bestand ja dieselbe Erbitterung auch im Ruhrrevier über das Verhalten der dortigen Vergewaltiger bei den Wahlen. Es ist dort besser geworden. Ich brauche nicht zu erinnern an die Ursachen und ich wünsche nur, daß der Zustand im Saarrevier überwunden werden möge, ohne daß es zu solchen schweren Vorgängen kommt wie im Ruhrrevier. Wir sind hier dazu da, um für die Freiheit der Meinungsäußerung, das Wahlgeheimnis einzutreten, die Gleichberechtigung der Bergarbeiter auf dem Gebiete des Wahlrechts mit allen anderen Ständen, insbesondere auch mit den oberen Beamten der Bergbehörden, zu vertreten. Wenn diese politische Gleichberechtigung den Arbeitern zuerkannt wird, dann werden die Leute auch Einzelverträge milder aufzufassen. Der Minister meinte, was werden die wenigen Fälle beweisen gegenüber der großen Zahl von Beamten. Ich erwidere: Das Urteil bildet sich nicht zahlenmäßig. Jeder einzelne Fall wird hunderte und aberhunderte Mal besprochen, überdies sind sicher mehr Fälle vorgekommen als bekannt geworden sind. Aber schon die festgestellten Tatsachen rufen bei den Arbeitern das Gefühl hervor, wir stehen unter einem politischen Druck. Der Minister betonte die politischen Gegensätze. Sie liegen vor, aber sie sind hervorgerufen dadurch, daß man gar nichts getan hat, um den breiten Schichten der Bergarbeiterbevölkerung das Gefühl des Druckes zu nehmen. Wir wollen unsreits die Aufregung nicht vermindern und haben nichts dazu getan. Im Gegenteil, man kann die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, indem man sie totschweigt. Das nützt gar nichts. Der Kampf kann nur durchgeführt werden durch geistige Aufklärung und den Nachweis, daß die Sozialdemokratie das Volk auf falsche Wehnen leitet. Diese Aufklärung wird bereitwillig, wenn der Arbeiter sich politisch bedrückt sieht. (Beifall.) Man hat hier die Dabach-Presse scharf angegriffen; ich überlasse es Herrn Dabach, seine Zeitungen zu verteidigen; er ist Manns genug dazu. (Heiterkeit.) Herr Köchling sagt: wir sind nicht gegen die Zentrumspresse, sondern gegen eine Art der Zentrumspresse. Dadurch redet er schon wieder der politischen Bevormundung das Wort. Der heutige Arbeiter ist infolge der tüchtigen Schulbildung, die er genossen hat, so gebildet, daß er wohl imstande ist, sich selbständig seine politische Ueberzeugung zu bilden. Das im Saarrevier geübte Bevormundungssystem ist innerlich unberechtigt, praktisch unwirksam und schädlich. (Beifall.) Ich hoffe, daß die heutige Verhandlung dahin führen wird, daß bei dem nächsten Wahlkampfe die Bevormundung der Arbeiter unterbleibt. Dadurch tritt am besten die Verabingung ein, die der Minister und Herr Köchling wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch, 7. November, 11 Uhr, vertagt. Außerdem stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Schluß 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Von der sächsischen Amnestie wurde auch die Genossin Rosa Lutzemburg betroffen. Gleich nach Beendigung des internationalen Kongresses mußte Genossin Lutzemburg die ihr wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte Strafe von drei Monaten Gefängnis in Zwisdau antreten. Es war ihr nicht vergönnt, den Reich bis zur Weige auszufliegen; am Dienstag vormittag wurde sie gleich anderen Verborechnen vor die Tür gesetzt.

Für die Landtags-Ergebnisse im Wahlkreise Guben-Sorau-Fors hat der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Sorau-Fors den sozialdemokratischen Wahlmännern Wichtigkeit empfohlen. Von den 737 Wahlmännern gehören nur etwa sechzig unserer Partei an. Eine neue Uerwahl wird für solche Ergegnisse nicht vorgenommen.

Ein Kreis-Wahlverein für den Wahlkreis Ruppin-Templin ist gegründet worden. Eine Kreisversammlung, die am Dienstag stattfand, hat das Statut genehmigt und die nötigen Wahlen vorgenommen. Der Sitz des Vereins ist Ruppin. Die Einnahmen der Lokalvereine werden zu zwei Dritteln an die Kreisliste abgeführt. Der Monatsbeitrag beträgt 15 Pf.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hielt am Sonntag in Thalwil am Rorschachersee ihren Parteitag ab, der von circa 100 Delegierten, worunter 8 Genossinnen, besucht war; die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrats war durch 10 Mann vertreten, außerdem war Genosse Regierungsrat Ernst anwesend. In

seinem Berichte über die Tätigkeit der Partei im verflochtenen Geschäftsjahre gab Genosse Zinner Winterthur eine Ueberblick über die Fortschritte auf dem Gebiete der Organisation sowie über die Aktionen und Erfolge auf eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Gebiete. In ersterer Beziehung wurde die wichtige Vertiefung, der drei reaktionären Vorlagen vom Herbst 1903 erwähnt, wodurch die freie Reaktion eine empfindliche Niederlage erlitt. Von den kantonalen Ereignissen war die Vertiefung des Lehrerbesoldungs-Gesetzes in der Volksabstimmung zu bedauern. Da nun ein neues Gesetz zur Abstimmung gelangt, ist seine Annahme dringend zu wünschen. Bei den Gemeindevahlen wurden in verschiedenen Gemeinden Erfolge erzielt, und die Zahl der Gemeinden, in denen unsere Partei Vertreter in den Behörden erting, vermehrt sich. In agitatorischer Beziehung ist durch die Veranstaltung von Versammlungen an 13 Orten im Kanton, in denen Vortragszylinder über das Wesen, die Grundzüge und Ziele der Sozialdemokratie gehalten wurden, erhebliches geleistet und eine große Summe von Wissen, Aufklärung und Belehrung unter der Arbeitererschaft verbreitet worden. Daneben fanden noch zahlreiche andere Versammlungen statt. Mit dem Stande der Partei kann man im allgemeinen zufrieden sein und der Zukunft mit Siegeszuversicht entgegengehen.

Die Einnahmen der Partei betragen 1521,27 Fr., die Ausgaben 1035,30 Fr., so daß ein Kassenbestand von 485,97 Fr. vorhanden ist. Ueber die Tätigkeit der Mitglieder sozialdemokratischen Fraktion des Kantonsrats referierte Genosse Seidel, wobei er zeigte, daß sie immer bestrebt war, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen und für sie positive Erfolge zu erringen. Die Fraktion darf daher das Zeugnis beanspruchen, daß sie getan hat, was sie nach Lage der Dinge zu tun imstande war. Daran knüpfte sich eine rege Debatte, in der Genosse Lang eine treffliche Charakteristik des Kantonsrats und der bürgerlichen Parteien gab. Die großen Zeiten der bürgerlichen Parteien, wie sie Ende der sechziger Jahre waren, sind vorüber, da das Bürgertum alles erreichte, was es notwendig hatte und wobei es sich heute wohl fühlt. Heute sind die Liberalen auch Demokraten und die Demokraten auch Liberale, sie sind in allen sachlichen Fragen einig und gehen nur noch in Personenfragen getrennt vor. Das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal der beiden Parteien besteht darin, daß die eine Fraktion ihr Mittagehen im Restaurant zur „Schmiedstube“, die andere im Restaurant zu „Zimmerleuten“ einnimmt. Es herrscht in den bürgerlichen Parteien ein grauenhafter politischer Stumpfsein, dessen Anstößigkeit nur durch die Forderung der Hochhaltung der politischen Ideale, die das Bürgertum verraten hat.

Von den Beschlüssen seien erwähnt die Aufträge an die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates, die Präsenzliste jährlich einmal zur Kontrolle den Kreisorganisationen mitzutreten; ferner die Schaffung des Proporz für die Kantonsratswahlen zu betreiben und endlich die Schaffung einer kantonalen Alters- und Invalidenversicherung vorzubereiten.

Als Vorort wurde, da Winterthur eine Wiederwahl ablehnte, Zürich gewählt.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die vier nächsten zur Volksabstimmung gelangenden Gesetzesvorlagen behandelt, welche eine kleine Abänderung der Verordnung zum Konkursgesetz, das Verhältnis des Staates zu den Bezirkshauptorten, die Erhöhung der Lehrerbesoldungen und die Zulassung der Naturheilmethode betreffen. Es wurde beschlossen, die ersteren drei Vorlagen anzunehmen und in bezug auf die vierte den Parteigenossen die Stimme freizugeben, so daß sie nach Ermessen dafür oder dagegen stimmen können.

Ein weiterer Beschluß verlangt von der Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei in Biel, daß sie noch nachträglich den Parteitag nach Zürich einberuft, statt nach Biel.

Schließlich hielt Genosse Lang, der Verfasser des theoretischen Teiles des Programmwerkes, einen großartigen Vortrag über das Parteiprogramm, der anbauenden, stürmischen Beifall erntete.

Ein kommunaler Beschluß der dänischen Sozialdemokratie, der ein Zeichen der Fortschritte ist, die unsere dänische Arbeiterpartei auch in den Kleinstädten des Landes macht, wurde am 21. Oktober bei der Ergänzungswahl zum Stabrat von Rødded auf Seeland erungen. Für den sozialdemokratischen Kandidaten Josef Hansen, Redakteur von „Sydfjællands Socialdemokrat“, wurden 529 Stimmen abgegeben, für den Kandidaten der verbündeten Konservativen und Liberalen nur 296. Vor zwei Jahren, bei der Hauptwahl siegten die Gegner mit knapper Mehrheit. Sie haben seitdem 100 Stimmen eingebüßt, die Sozialdemokratie aber hat seitdem 117 Stimmen gewonnen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Der Betrieb sozialdemokratischer Parteibüros in Restaurants und die Kollektenerordnung.

Erhebliches praktisches Interesse für unsere Parteigenossen, aber auch hohen Genußwert für juristische Feinschmecker hat ein die mal noch mißlungener Versuch des Berliner Landgerichts I, das Aufbringen freiwilliger Parteibeiträge in Restaurants zu einer Hauskollekte zu stempeln, die ohne behördliche Genehmigung verboten ist. Aus den bezüglichen landrechtlichen Vorschriften in Verbindung mit der preussischen Instruktion für die Oberpräsidenten vom 31. Dezember 1925 entnimmt bekanntlich das Kammergericht, daß von einer dazugehörigen Genehmigung nur Hauskollekten abhängig gemacht werden dürfen, worunter zu verstehen sei ein Sammeln von Haus zu Haus zu einem wohltätigen oder vermeintlich wohltätigen Zweck, das regelmäßig unter Mitführung von Listen, Sammelbüchern zc. erfolge.

Man war nun polizeilichseits gegen den Arbeiter Dehn auf Grund einer der im ganzen Staate erlassenen gleichartigen Kollektenerordnungen (die angezogene ist vom 19. Februar 1867) mit einer Geldstrafe vorgegangen, weil er im Wintergarten der Unionsbrauerei am 7. Februar Parteibüros „verkauft“, d. h. für den sozialdemokratischen Unterstützungsfonds freiwillige Beiträge gesammelt hatte. Das Schöffengericht sprach ihn zwar frei, weil nur der eine Fall, also kein Geben von Haus zu Haus erwiesen war. Das Landgericht als Berufungsinstanz kam jedoch wegen verschiedener Mängelungen des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 M. Das Gericht führte aus: D. habe sich die Botschaft vorher vom Vorsitzenden eines sozialdemokratischen Vereins geben lassen, und zwar habe er nach seinem Zugeständnis sich öfter welche geben lassen und öfter Botschaft abgelegt. Nach seiner Angabe habe es bisweilen vier Wochen gedauert, bis er eine Serie abgelegt hatte. Wenn sich D. nun auch über das Wie nicht ausgelassen habe, so sei doch nach seinem Verhalten am 7. Februar im Wintergarten der Unions-Brauerei „ganz zweifellos“, daß er auch vor dem 7. Februar in anderen öffentlichen Lokalen durch Anbieten von Botschaft zur Unterstützung der sozialdemokratischen Partei aufgefordert habe. Er habe — so geht die famose Rechtsdarlegung weiter — „jedenfalls häufig“ Botschaften zu dem Zwecke aufgesucht. Damit habe er aber eine Kollekte „von Haus zu Haus“ veranstaltet, wenn er auch an jedem Tage nur in eine Wirtschaft gegangen sei. Unerheblich wäre es, wenn er auch seinem Vergnügen nachging, wo er sammelte.

Angeklagter legte Revision ein, welche Rechtsanwält Wolfgang Heine in der Verhandlung vor dem ersten Strafsenat des Kammergerichts vertrat. Der Anwalt betonte, daß das landgerichtliche Urteil einen Versuch darstelle, die Grundzüge des Kammergerichts hinsichtlich der Sammlungen im Wege tatsächlicher Feststellungen rückwärts zu revidieren. Es wäre allerdings ein Versuch mit unzulässigen Mitteln. Die ganze Feststellung sei nicht klar. Der Begriff des Kollektierens von Haus zu Haus sei verkannt. Es sei gar nicht festgestellt, in welcher Weise etwa D. von Haus zu Haus gegangen sei. Es werde operiert mit Sägen wie: „Jedenfalls habe Angeklagter häufig Gastwirtschaften aufgesucht zc.“ Das sei eine Vermutung, Vermutungen seien aber keine tatsächlichen Feststellungen, wie überhaupt das Urteil in seinen Ausdrücken höchst verwickelt sei. — Der Anwalt ging dann noch näher auf die Grundzüge des Kammergerichts ein, um darzutun, wie verkehrt die Entscheidung des Landgerichts sei.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verurteilte die Sache noch einmal an das Landgericht zurück: Der Begriff des

Sammelns „von Haus zu Haus“ scheint verkannt zu sein, indem das Landgericht sagt, D. habe jeden Tag mindestens eine Wirtschaft besucht usw. Das Kammergericht meint, daß für das Kollektieren von Haus zu Haus doch ein räumliches Zusammenstehen verlangt werden müsse und daß man nicht einfach sagen könne, ein solches Kollektieren liege schon vor, wenn jemand heute in einer Gastwirtschaft und morgen in einer anderen Gastwirtschaft sammele. Beispielsweise könne Bezug genommen werden auf den Begriff, den die Gewerbe-Ordnung mit dem Gewerbebetrieb von Haus zu Haus verbinde.

## Aus Industrie und Handel.

Die Taler sollen vorläufig wieder in den Verkehr eingeführt werden. Das Reichsbankdirektorium hat an sämtliche Reichsbankhauptstellen und Reichsbankstellen eine Verfügung gerichtet, in der es heißt: Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamt hat uns mitgeteilt, daß die Münzstätten demnächst mit einer umfangreichen Ausprägung von Fünzigpfennigstücken in der vom Bundesrat beschlossenen neuen Gestalt beauftragt würden und im Hinblick hierauf die weitere Ausprägung von Zwei- und Einmarkstücken eine erhebliche Einschränkung erfahren müsse. Für diese beiden Münzsorten ist mithin ein stärkerer Zugang aus Neuprägungen zu den ohnehin nicht großen Vorkräten der Reichsbank für einige Zeit nicht zu erwarten; wir machen daher den Bankanstalten die tunlichste Sparsamkeit bei der Ausgabe jener Sorten zur besonderen Pflicht. Gleichzeitig hat der Herr Staatssekretär den Wunsch geäußert, es möchte, da auch Prägungen von Fünfmärkstücken für absehbare Zeit nicht in Aussicht zu nehmen sind, die Taler in größerem Umfange wieder dem Verkehr übergeben werden. Soweit also bisher in der Herausgabe von Talern seitens der Reichsbankanstalten noch Zurückhaltung geübt worden ist, hat diese fortan aufzuheben. Wo es dem Publikum wesentlich nur auf Silbermünzen überhaupt, nicht auf Reichsbankmünzen ankommt, können Taler ohne weiteres abgegeben werden. Ueberhaupt sind diese dem Verkehr zwar nicht aufzudrängen, aber doch tunlichst anstatt Reichsbankmünzen zu verwenden, um die Erschöpfung der Reichsbank an solchen zu vermeiden. Insbesondere gilt dies in jenen Gegenden, für welche die geordneten Vertretungen von Handel, Gewerbe und Industrie die Verbehaltung oder Neuprägung von Dreimarkstücken als erwünscht oder gar als notwendig erklärt haben. Hier sind zu den Lohnzahlungen tunlichst ausschließlich Taler statt Fünf- und Zweimarkstücken, falls nicht ausdrücklich auf diesen bestanden wird, zu verabsolgen.

Jedenstilllegung. Aus dem Ruhrrevier kommen, wenn auch spärlicher als vor fünf, sechs Monaten, noch immer Meldungen, daß do oder dort eine Jedenstilllegung geplant sei. So wird jetzt die beabsichtigte Stilllegung des Betriebes der Zeche „Luise Tiefbau“ gemeldet. Gegen diese Maßregel wendet sich in einer Eingabe an den Handelsminister die dadurch schwer betroffene Gemeinde Kirchbörde. Die Zeche „Luise Tiefbau“, heißt es in diesem Schriftstück, lege den Betrieb nicht still, weil der Kohlenreichtum erschöpft, oder der Abbau zu teuer wäre. Noch in der Generalversammlung im Jahre 1901 hatte der Direktor der Zeche, Herr Sattelmacher, öffentlich erklärt, daß die noch anstehenden Kohlen einen Abbau im bisherigen Umfange auf circa 20 Jahre sicherten. Die Förderung betrug damals 200 243 Tonnen und es wurden in dem betreffenden Jahre 1900/01 auf die Prioritäts-Stammaktien 6 Proz., auf die herabgesetzten Aktien 2 Proz. Dividende verteilt. Auch von den erfahrenen Betriebsbeamten und langjährigen Hauern werde ausgeführt, daß noch abbaufähiger Kohlenvorrat auf längere Zeit vorhanden sei. Die Zeche werde vielmehr stillgelegt, weil der Vorstand der Zeche, welche noch außerdem die Kohlenbergwerke Bruchstraße und Wiendahlstraße betreibt, es für richtiger halte, die Beteiligung, welche zurzeit einer 30- bis 40prozentigen Förderreduzierung unterliege, auf zwei Anlagen unter normalen Betriebsverhältnissen zu fördern, statt auf drei Anlagen den Betrieb zu unterhalten.

Die Eingabe verlangt schließlich vom Handelsminister, er solle das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat mit allen Mitteln veranlassen, dem Dortmunder Steinkohlenbergwerk „Luise Tiefbau“ den vollen Anteil an dem Abzuge gemäß seiner Beteiligung ohne irgend welche Einschränkung zuzuteilen. Hiermit würde der Grund für die Stilllegung der Schächte „Claudial“ und „Schulte“ ohne weiteres hinfällig. Ein recht sonderbares Ansinnen, dem der Minister natürlich nicht willfahren kann, da ihm keine Berechtigung zu solchen Eingreifen in privatwirtschaftliche Verhältnisse zusteht. Auch die sonst noch in der Eingabe vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen erscheinen als verfehlt. So meint z. B. die Gemeinde Kirchbörde, es solle in den Fällen, wo vor totaler Erschöpfung des abbaufähigen Kohlenvorrats Zechen außer Betrieb gesetzt werden, die Verleihung des Abbaurechts ohne weiteres vom Oberbergamt an die interessierten und zu Schäden kommenden Gemeinden erfolgen gegen eine Entschädigung des derzeitigen Besitzers. Dessen könnte unter heutigen Verhältnissen nur eine Abänderung des Vergesses, die den alten Rechtsgrundlag wiederherstellt, daß bei nicht ordnungsmäßigem Abbau das Besitzrecht verfällt.

Der Stand der Wintersaaten in Deutschland war um die Mitte Oktober nach den amtlichen Ermittlungen ein ziemlich guter. Der Winterweizen wie der Winterroggen stehen ungefähr zwischen gut und mittel. Die anfänglich durch Trockenheit behinderte Ansaat war zur Zeit der Verwinterung (gegen Mitte Oktober) größenteils beschafft. Am weitesten zurück war die Bestellung des Weizens, von dem erst ein kleiner Teil sichtbar war. Frühe Roggensaaten liefen vielfach unregelmäßig und dünn auf, doch werden diese Unebenheiten durch die in letzter Zeit reichlicher gefallenen Niederschläge wohl bald ausgeglichen sein. Wenn die Bitterung noch einige Zeit günstig bleibt und die Mäuse- und Schneckenplagen nicht größeren Umfang annehmen, dürften die meisten Saaten kräftig entwidelt und gut bestockt in den Winter übergehen.

Die zu erwartenden Ergebnisse der Zuckerkampagne 1904/05 werden jetzt weit günstiger beurteilt, als noch vor einigen Wochen. Der bekannte Zuckerstatistiker Gieseler veröffentlicht in der „Frankfurter Zeitung“ eine Schätzung, in der er die gesamte europäische Zuckergewinnung folgendermaßen veranschlagt:

|                    | Schätzung |           | Ertrag in 1903/04 |
|--------------------|-----------|-----------|-------------------|
|                    | 1904/05   | 1903/04   |                   |
|                    |           | (Tonnen)  |                   |
| Deutschland        | 1 980 000 | 1 890 000 | 1 933 000         |
| Oesterreich-Ungarn | 1 080 000 | 1 120 000 | 1 177 000         |
| Frankreich         | 700 000   | 860 000   | 804 000           |
| Belgien            | 210 000   | 225 000   | 203 000           |
| Polen              | 170 000   | 195 000   | 123 000           |
| Rußland            | 1 120 000 | 1 150 000 | 1 220 000         |

Dazu kommen noch für Schweden 95 000 (Vorzahresertrag: 106 000 Tonnen), Dänemark 47 000 (wie i. B.), Spanien 90 000 (wie i. B.), Italien 85 000 (140 000) Tonnen und Rumänien 18 000 (wie i. B.).

Von den in der Tabelle aufgeführten Ländern haben die fünf erstgenannten bekanntlich der Brüsseler Konvention sich angeschlossen; lediglich ihre Erzeugung bietet, da die der anderen hier genannten infolge der von der Konvention getroffenen Maßnahmen den Weltmarkt nicht berühren kann, ein internationales, für die Zuckerstatistik entscheidendes Interesse. Das angenommene Produktionsdefizit der Konventionsländer gegenüber dem Vorjahre berechnet sich auf 150 000 Tonnen; andererseits bleibt zu beachten, daß nach einer vor einigen Tagen verbreiteten Angabe die diesmal zu erwartende Zuckergewinnung an kubanischem Rohrzucker auf 300 000 Tonnen geschätzt wird, eine Tage, die, wenn zutreffend, das vorherige Defizit von 150 000 Tonnen in ein ebenso großes Plus umkehren würde.

Darmstädter Bank. Die gestern in Darmstadt abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) genehmigte nach kurzer Motivierung seitens des Aufsichtsrats und des Vorstandes die Kapitalerhöhung von 22 Millionen Mark zum Zwecke der Aufnahme der Firma Robert Borckhauer u. Ko. und Verstärkung der Betriebsmittel. Auf die Anfrage eines Aktionärs über das vermutliche Ergebnis des laufenden



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 1 Uhr, findet im Restaurant Weigelt, Rummelsburg, Türschmidstr. 45, die Kreis-Konferenz statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Jahresabrechnung und Jahresbericht des Kreis-Vertrauensmannes.
2. Neuwahl des Kreis-Vertrauensmannes.
3. Jahresbericht der Funktionäre.
4. Neuwahl der Presb., Agitations- und Lokalkommission sowie eines Mitgliedes der Reuenerkommission.
5. Referat des Genossen Stadthagen über: „Nach Amsterdam und Bremen“.
6. Kreisangelegenheiten.

Die Organisationen des Kreises werden auf die § 5-7 des Kreisstatuts aufmerksamer gemacht.

J. A.: Georg Freiwaldt, Bankow, Florastr. 66, Kreisvertrauensmann.

Hermisdorf. In einer Volksversammlung spricht Montagabend 9 Uhr Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über die Frage: Was droht dem deutschen Volke? Handzettel werden Sonntag früh verbreitet.

Waldmannslust. Heute ist bei Schmidt Diskutierabend.

Lokales.

Was ein Kalender enthält.

Man kann nicht sagen, daß der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Arbeiter-Kalender für das Jahr 1905 äußerlich anspruchsvoll hervortritt. Sein Titelbild ist dem bekannten „Vorwärts“-Plakat nachgebildet, und der Name Kalender weckt eher den Argwohn, daß zu wenig als zu viel Druckerschwärze an ihm verwendet worden ist. Doch auch hier gilt, was Goethe in einem stimmungsvollen Gedicht von der Dorskirche sagt: Aber schaut nur erst mal hinein! Da wird in Wort und Bild soviel gegeben wie wohl sonst nirgendwo in einem für 60 Pf. erhältlichen Buch. Schon die ersten beiden Seiten bringen in zwar kleinen, aber überaus deutlichen Bildern die gesamte sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Dann folgt das eigentliche Kalendarium mit dem bei unseren Gegnern so verschrienem historischen Kalender, der doch schimmern sollte weiter nichts registriert als die Großtaten der deutschen Staatsretter. Wenn diese Taten nicht ihren Urtat, sondern denen, gegen die sie gerichtet waren, zum Heile ausgeschlagen sind, so ist das eine Unannehmlichkeit, die kein ehrlicher Mann der Sozialdemokratie zur Last legen sollte. Weiter folgt auf 25 Seiten eine ungemein wertvolle Statistik der Reichstagswahlen von 1903, aus der jeder Parteigenosse unterrichtet sein sollte. Auf ferneren neun Seiten finden sich biographische Notizen über die gegenwärtigen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und im Anschluß hieran eine gedrängte, aber durchaus instruktive Lebensbeschreibung unserer toten Reichstags-Abgeordneten. Es sind ihrer 22, von denen 21 auch im Bilde vorgeführt sind. Namen wie Försterling, Rende und Reinde, die der jüngeren Generation kaum noch bekannt sind, werden der Welt wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Dann folgt eine längere Abhandlung über die Frage: Wie wird man ein guter Redner? Die Lehren, die in diesem Beitrag gegeben sind, verdienen überall in der Arbeiterschaft beherzigt zu werden. Weiter folgt ein im kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitetes Alkohol-Merkblatt mit Illustrationen, das der Schnapspest dort, wo sie noch herrscht, gewiß entgegenwirken wird. Eine Uebersicht der sozialistischen wie der Gewerkschaftspresse, ein Verzeichnis der deutschen Gewerbe-Inspektoren, die Adressen der Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, der ausländischen Landessekretariate und der deutschen Arbeitersekretariate, eine Statistik der deutschen Gewerkschaften, eine Uebersicht über die von ihnen gezahlte Arbeitslosen-Unterstützung, eine Streikstatistik, eine Münz-Tabelle bilden neben zahlreichen kleinen Notizen den Beschluß des Textes, dem als zweite Hälfte der eigentliche Kalender angehängt ist. Das Buch ist auf der Medertrichstraße und sonst in der Agitation nicht minder als in der Fabrik und in der Handlichkeit ein vortrefflicher Ratgeber. Jeder denkende Arbeiter sollte es bei sich führen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau legte Stadtbaurat Ludwig Hoffmann die Entwürfe für sechs Gemeinde-Doppelschulen, für den Neubau des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, einer Feuerwache und einer technischen Mittelschule mit den Kostenanschlägen vor. Diese erreichten ohne die Grunderwerbskosten den Betrag von 6 614 200 M. Sämtliche Entwürfe u. wurden einstimmig genehmigt. Der erste Entwurf behandelt den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Scherenbergstraße, in der Nähe des Ringbahnhofes Schönhauser Allee, der zu 728 000 M. Kosten veranschlagt worden ist. Der zweite betraf den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Senefelderstraße, am Ringbahnhofe Prenzlauer Allee, der mit 735 000 M. veranschlagt ist. Der dritte Entwurf bezog sich auf den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Frankfurter Allee 140. Dieser soll 728 000 M. kosten. Der vierte umfaßt drei Remisen für Wagen (Wähe-, Speise- und Müllwagen) beim Rudolf-Birchow-Krankenhaus. Diese Remisen sollen 55 800 M. kosten. Der fünfte Entwurf war der umfangreichste und bezog sich auf den Neubau des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, das sich jetzt in der Dorotheenstr. 13/14 befindet und nach Moabit verlegt werden soll, und den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Kochumerstraße in Moabit. Die Kosten dieser beiden Bauten sind mit 1 625 000 M. veranschlagt. Der sechste Entwurf betraf den Neubau einer Feuerwache für den noch fehlenden vierten Dampftruppenteil der ersten Kompanie in der Straße 31a in der Nähe der Schulbaraden in der Olivaerstraße bezw. bei der Elbingerstraße. Diese Feuerwache soll 468 400 M. kosten und eine Wohnung für einen Offizier und vier Oberfeuermänner umfassen. Der siebente Entwurf bezog sich auf den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Pittauerstraße im Osten, nahe der Komintenerstraße. Der Bau ist mit 727 000 M. veranschlagt. Der achte Entwurf für den Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Eckertstraße (Osten) sieht 781 000 M. Kosten vor. Für den Neubau einer technischen Mittelschule in der Müllerstr. 146, gegenüber der Nazareth-Straße, wurden die Entwürfe und Kosten in Höhe von 890 000 M. genehmigt. Stadtbaurat Ludwig Hoffmann teilte weiter mit, daß er in der nächsten Sitzung die speziellen Entwürfe für die große Siedehausanlage in der Steinstraße und die Zentralapotheke in Buch vorlegen werde. Auch der besondere Entwurf für die neue Volkshochschule auf dem Wedding, in der Gerichtstraße, die ein Schwimmbassin für Männer und eins für Frauen erhalten soll, werde in einer der nächsten Sitzungen zur Vorlage kommen.

Die städtische Schuldeputation hat unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Hirsfeldern beschlossen, bei drei Gemeindefschulen sogenannte Gemeindefulgärten anlegen zu lassen und zu diesem Zweck eine kleine Summe in den Etat einzustellen. An der städtischen Laubstummenschule soll eine Lehrerinnenstelle in eine Lehrerstelle umgewandelt werden.

Die städtische Grundeigentums-Deputation verwalte gegenwärtig 34 Mietsgrundstücke, welche einen Jahresertrag von 258 262 M. bringen. Am besten rentieren sich die beiden Hallesche Thor-Grundstücke, die für zusammen 44 100 M. vermietet sind. Für die schon längere Zeit leerstehenden Geschäftsräume im Hause Königstr. 7 haben sich Mieter noch nicht gefunden; der Ueberschuß aus dem Grundstück Weberstr. 9 (rund 3731 M.) mußte zur Deckung der vom früheren Mitteiligentümer, Magistratsbeamten Wartusch begangenen Veruntreuungen verwendet werden. Die 21 innerhalb des städtischen Reichsbildes belegenen städtischen Grundstücke, die zu Holz- u. Flächen vergeben sind, brachten im letzten Jahre 204 517 M.; die in acht Vorortgemeinden belegenen nahezu 66 000 M. Miete bezw. Pacht. Außerdem wurden aus verschiedenen Vermietungen und Verpachtungen noch 80 227 M. vereinnahmt.

Der „Umschwung im Schulkonflikt“, den wir im Scherz als nahe bevorstehend angekündigt hatten, weil unter den vier Schüler-Abteilungen des Arbeiterturnvereins „Fische“ eine bisher von der Turnhallensperre noch verschont geblieben ist und seit drei Wochen ihre schul- und staatsgefährliche Turnerei vergnügt weiterbetreiben darf, wird vom „Berliner Vörsen-Courier“ im Ernst für möglich gehalten. Das Blatt teilt als „Vorwärts“-Meldung mit, es werde nicht nur diese eine Abteilung weiterturnen dürfen, sondern man werde auch den drei ausgewiesenen Abteilungen die ihnen verschlossenen Turnhallen wieder öffnen, und fügt dann hinzu: „Warten wir ab, ob diese Mitteilung sich bestätigt, und hoffen wir, daß sie sich bestätigt!“ Man soll doch wirklich seinen Spaß mehr machen, weil man nie wissen kann, ob sich nicht irgend einer findet, der ihn falsch auffaßt und darauf hineinfällt. Die „Fische“-Turner werden nach diesem neuesten Stücklein doppelt herzlich lachen.

Gegen die Raubbefähigung, wie sie von den großen Fabriken ausgeht, wird in Berlin nur selten Einspruch erhoben, weil man sie hier als unvermeidlich hingenommen zu sollen glaubt. In einem bestimmten Fall soll jetzt aber doch einmal die Behörde um Abhilfe gebeten werden. Es handelt sich um eine große Holzschneidmühle am Alstiner Platz, die zwar schon seit mehr als 30 Jahren besteht, deren Betrieb aber erst in neuerer Zeit bedeutend vergrößert worden ist, so daß die von ihr ausgehende Raubbefähigung von den Bewohnern der benachbarten Straßen erst jetzt recht empfunden wird. Es wird ein gemeinsames Vorgehen geplant. Eine an das Polizeipräsidium zu richtende Eingabe soll zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt werden.

Das alte Haus des Georgenhospitals an der Westseite des Georgenkirchplatzes steht nun schon seit anderthalb Jahren leer — es wurde im Frühjahr 1903 von den Mietern geräumt — und noch immer harret es des Abbruchs. Inzwischen treibt die Straßenreinigung eifrig den Spott, die Fenster Scheiben durch Steinwürfe zu zertrümmern. Schon sind die meisten in Scherben gegangen, so daß das altersgraue Gebäude jetzt einen trostlosen Eindruck macht. Besonders arg mitgenommen sind die nach dem Platz hinaus gelegenen Fenster. Die beiden Stockwerke dieser Front haben zusammen 16 Fenster mit 128 Scheiben, und von diesen ist buchstäblich nicht eine einzige unversehrt geblieben.

Bei der städtischen Sparkasse wurden im letzten Geschäftsjahr (1. April 1903 bis 31. März 1904) insgesamt 113 620 Sparkassenbücher neu ausgefertigt. Abgehoben wurden 88 167 Stück. Am 31. März dieses Jahres waren 764 464 Sparkassenbücher im Umlauf, gegen 739 011 Stück am gleichen Tage des Vorjahres. Die Zahl der Sparkassenbücher hat sich also im Berichtsjahre um 25 453 Stück vermehrt. Im Vorjahre betrug die Zunahme 19 862 Stück. Die Guthaben der 764 464 Sparkassenbücher ergaben 295 340 982,51 M.; es entfiel somit auf ein Sparkassenbuch ein durchschnittliches Guthaben von 386,34 M. (gegen 379,90 M. im Vorjahre). — Die Spargelder werden bekanntlich mit 3 Prozent verzinst. Die Gesamtsumme der den Sparern vergüteten Zinsen betrug im Berichtsjahre 8 380 615,45 Mark, davon wurden auf die 88 167 abgehobenen Bücher 805 445,10 M. Zinsen ausgezahlt und 8 025 070,35 M. den einzelnen Sparern zugewendet.

Die Einzahlungen an Spargeldern bezifferten sich auf 59 688 011,66 M., die Rückzahlungen auf 53 118 986,73 M. Die Summe der Einzahlungen übersteigt mithin die Rückzahlungen um 6 569 024,93 M. Während des Verwaltungsjahres erforderte die Sparkasse einen Kostenaufwand von 501 422,09 M., so daß die Verwaltung eines einzelnen Sparkassenguthabens 65 Pf. betrug.

Der fiskalische Viehbesitzer. Von einer auffallenden Bevorzugung weiß die „Volkszeitung“ zu berichten: Bei den Behörden scheint nur ein einziger Gastwirt als „erklaffig“ zu gelten. Das ist Herr Vogel. Wer ist dieser Herr Vogel? Manche haben ihn in Potsdam gekannt, als er dort bei den Leibhusaren seiner Militärpflicht genügte. Andere haben ihn in Berlin gekannt, als er hier als Kriminalassistent tätig war. Wieder andere haben ihn kennen gelernt als den Besitzer des „Spatenbräus“ in der Friedrichstraße, der doppelter Postlieferant wurde. Die Behörden scheinen ihn in dieser seiner zuletzt erwähnten Eigenschaft für unentbehrlich zu halten zum Betriebe fiskalischer Wirtschaften oder Kantinen. Denn als kürzlich das beliebte Ausfluglokal der Berliner im Grunewald, Paulshorn, verpachtet wurde, wer erhielt die Pacht? Der Besitzer des Spatenbräus, Herr Vogel. Wer ist der Pächter der Kantinen des Truppenübungsplatzes bei Döberitz? Der Besitzer des Spatenbräus und Pächter von Paulshorn, Herr Vogel. Wer ist der Pächter verschiedener der einträglichsten Kantinen der Berliner großen zentralen Postämter? Der Besitzer des Spatenbräus, Pächter von Paulshorn und der Kantinen in Döberitz, Herr Vogel.

Die „Volkszeitung“ bellagt eine solche Mittelstandspolitik des Staates. Gewiß hat der frühere Kriminalassistent ganz immense Verdienste um den Staat, die in der Öffentlichkeit nur nicht bekannt sind.

Der Mörder der Wäcker in Bern verhaftet? Auf Ersuchen der hiesigen Kriminalpolizei ist der frühere Bäcker und Konditor, spätere Stadtschweizer August Wäcker in seiner Heimat Bern unter dem Verdacht des Mordes an Frau Wäcker verhaftet worden. Wäcker wurde am 15. Juli 1877 in Bern geboren, hielt sich aber schon seit Jahren in Berlin auf. Seinen ursprünglichen Beruf gab er bald auf und ernährte sich als Stadtschweizer. Allmählich jedoch geriet er auf die Bahn des Verbrechens und wurde gewerksmäßiger Fälscher. Als er für seinen letzten Einbruch vier Jahre Zuchthaus erhielt, wurde er plötzlich geisteskrank. Aus der Strafanstalt kam er nun in die Irrenanstalt Dalkdorf. Von dort brach er am 27. Juli dieses Jahres aus. Auf dem Doden, auf dem die Kleider der Kranken liegen, schlüpfte er in seinen Anzug und gelangte durch einen klünnen Sprung vom Dach auf den Hof. Hier fiel ihm ein Bernhardiner an und verteilte ihn an der Mole und im Gesicht. Er fand aber dann seinen Weg ins Freie. Seitdem hielt er sich abwechselnd in Berlin und auf dem Lande auf. In Berlin wurde er auch in den Kreisen der Zuhälter und mit Frau Wäcker bekannt. Die Polizei hat nun festgestellt, daß Wäcker am 15. d. Mts., neun Tage vor der Ermordung der Frau Wäcker, mit seiner Geliebten ein Stelldichein verabredet hatte, aber nicht erschienen war, vielmehr am Sonntag, dem Mordtage, verschwand. Wie wir schon mitteilten, erzählte nun Sonntag um 9 Uhr 50 Minuten vormittags ein Fremder dem Schiffszimmermann Wittig in Billshov von dem damals noch nicht entdeckten Morde. Die Beschreibung dieses Fremden paßt auf Wäcker und auf jenen Mann, den die Kriminalkommission Weis und

Rosse als verdächtig verfolgten. Besonders bemerkenswert sind die Wahrnehmungen, die Wittig in Bezug auf Verlegungen im Gesicht des Fremden machte. Es wurde weiter ermittelt, daß ein Gendarm in Reuenborn in der Stettiner Gegend einen Mann vom Aussehen Wäcker sah. Der Mann tauchte als „Wäcker Wäcker“ plötzlich auf und war ebenso plötzlich wieder verschwunden. Wäcker ist aber ein falscher Name, den Wäcker sich beigelegt hat. So heißt einer seiner Freunde. Am Dienstag, den 18. d. M., befand sich Wäcker plötzlich wieder in Berlin. Obwohl die Kriminalpolizei ihn hier eifrig suchte, blieb er unbemerkt. Einem Bekannten erzählte er, er habe eine Sache machen wollen, sie sei ihm aber nicht gelungen. Ebenso rasch, wie er gekommen war, verschwand er wieder aus Berlin. Die Kriminalpolizei ließ nun in seiner Heimat Bern Erkundigungen über ihn einziehen, und da ergab es sich denn, daß er plötzlich nach seiner Heimat, die er seit Jahren nicht mehr gesehen hatte, gekommen war, um seine Braut zu besuchen. Auf Ersuchen der hiesigen Kriminalpolizei nahm ihn gestern seine Heimatbehörde vorläufig fest. Sie wurde telegraphisch gebeten, die Photographie des Verhafteten hierher zu senden, damit sie dem Schiffszimmermann Wittig, dem Gendarmen und anderen vorgelegt werden könne. Ist der Verhaftete der Mörder, so wird er von seinem Heimatlande nicht ausgeliefert, sondern dort wohl in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Zu der Verhaftung wird noch gemeldet: Die Kriminalpolizei rechnete von vornherein damit, daß ein Geisteskranker den Mord begangen habe. Auch nach dieser Richtung kam Wäcker in Betracht. Es wurde auch ermittelt, daß er perbers veranlagt ist und daß er stets mit mehreren Weibern zu gleicher Zeit enger verkehrt hatte. Von der Strafe, die ihm der letzte Einbruch brachte, hatte er 3 1/2 Jahre in Moabit verbüßt. Dann belam er den Zuchthaus-Knall, wie er nach dem neuesten terminus technicus heißt. In Dalkdorf lernte er mehrere „geisteskrante“ Verbrecher kennen und verabredete mit ihnen einen gemeinsamen Ausbruch. Der Plan wurde aber verraten und der einzige, der entkam, war Wäcker. Er entsprang aber nicht, wie es erst hieß, in seiner eigenen, sondern in der Anstaltskellerei. Das Messer, mit dem er den Bernhardiner unschädlich machte, hatte er sich in der Anstalt zu verschaffen gewußt. In Dalkdorf hatte er sich stets sehr widerständig gezeigt. In der Freiheit fand er sofort Helfer, die ihn mit anderer Kleidung und Geld versehen. Bald nach der Flucht wandte er sich nach Dresden. Dann begann er seine Wanderung durch Norddeutschland um schließlich wieder in Berlin einzutreffen, wo er plötzlich wieder verschwand. Die Berner Polizei, die von hier aus auf ihn aufmerksam gemacht wurde, ermittelte ihn in seiner Heimat und nahm ihn fest. Wäcker hat unter den verschiedensten Namen Einbrüche und Verbrechen aller Art verübt und wurde von den Staatsanwaltschaften zu Gütrow und Hannover und vom Amtsgericht zu Oranienburg mehrmals verfolgt. Seine Spezialität war es, sich auf den Gütern, auf denen er als Stallweizer diente, an die Wäcker heranzumachen und durch diese Gelegenheiten zu Einbrüchen und Diebstählen auszubaldern. Hatte er Glück, so kam er mit der Beute nach Berlin, kleidete sich neu ein und verbrauchte das Geld im Verkehre mit neuen Geliebten. Auf die Namen, die er sich beigelegt, verschaffte oder fälschte er sich auch Papiere. Außer den Narben im Gesicht ist Wäcker auch an Tätowierungen auf den Armen kenntlich. Mitteilungen über Wäcker, Graber usw. nimmt die Kriminalpolizei jederzeit entgegen. Es ist möglich, daß er sich auch noch andere als die bisher bekannt gewordenen Namen beigelegt hat. Aufklärung auch in dieser Richtung ist sehr erwünscht. Eine feste Wohnung hatte der Verhaftete in Berlin niemals; er hielt sich unter diesem oder jenem Namen bald bei dem einen, bald bei dem anderen Bekannten auf.

Eine Talerzählung wird jetzt auch von der Reichs-Postverwaltung veranstaltet. An die Verrechnungsstellen und die Ober-Postämter ist sieben eine Verfügung ergangen, nach welcher diese Stellen am 31. Oktober feststellen sollen, welche Beträge an Talern bei Schluß der Dienststunden unter ihren Geldkästen vorhanden sind. Das Ergebnis der Zählung soll den kaiserlichen Ober-Postdirektionen „unverzüglich“ mitgeteilt werden. Die Talern werden dann eine Zusammenstellung veranlassen und die Schlußsumme dem Rechnungsbureau des Reichs-Postamtes bis zum 8. November d. J. zugehen lassen.

Wer will kommunale Butterbirnen kaufen? Der Magistrats-Berichterstatter meldet: Die städtischen Güterverwaltungen haben in diesem Jahre viel gutes Obst geerntet. Sie geben edle Sorten Winteräpfel, z. B. Goldparnane, Reinetten, Birnen, wie z. B. Gute Luise, Neue Poitnan, Butterbirnen u. zu billigen Preisen ab. Zur Bequemlichkeit des Publikums sind Proben Neue Friedr. 9/10 II, Zimmer Nr. 3, wo auch Bestellungen entgegengenommen werden, ausgelegt. Die Güterverwaltungen in Falkenberg, Wittenberg und Döberitz nehmen direkte Bestellungen, auch schriftliche, entgegen.

Die gestern im Gerichtsbau verbreitete Nachricht von dem Ableben des Landgerichtsrats Dr. Timme hat sich nicht bestätigt.

Der deutsche Kaiser hat in der archäologischen Abteilung der Weltausstellung zu St. Louis für die Saalburg-Ausstellung den großen Preis zuerkannt erhalten. Es scheint somit, daß die Amerikaner den Gegenständen, die nach Deutschland zurückgeschafft werden, mehr Verständnis entgegenbringen als denen, die in Amerika bleiben sollen. Siehe die Geschichte der Alten Frip-Statue.

Die Feuerwehre wurde am Mittwoch nachmittags nach dem Hause Unter den Linden 48/49 an der Friedrichstraße gerufen, wo eine Rache sich in die über dem Hause angebrachten Telefondrähte verwickelt hatte, jämmerlich mißraute und schließlich von der Feuerwehre, die ihre große mechanische Leiter aufhub, befreit wurde. Dieser seltsame Vorfall erinnert an einen ähnlichen, der in einer hiesigen höheren Schule noch oft besprochen wird. Gegenüber der Schule steht ein kleines Gebäude zwischen zwei hohen. Ein Schornsteinrohr war auf dem Dache des kleinen Hauses befestigt. Die Gymnasialisten verfolgten das Tun und Treiben des Schornsteinmannes natürlich mit größerem Interesse, als den Vorträgen der Lehrer, besonders aber als sie merkten, daß der Lehrer des Ruhes mit seinem langen Besen einen großen Kater jagte. Als dieser sich vor dem langen schwarzen Besen nicht mehr retten konnte, sprang der Dachhose mit einem Satz auf die Straße und gerade einem Passanten auf seinen Hüften. Der hohe Hut sah dem Ahnungslosen, der sich von dem Schreden erst gar nicht erholen wollte, gleich über den Ohren. Die Gymnasialisten stimmten über das Gebahren des Mannes und der Strafenpassanten ein solches Indianergeheul an, daß die Lehrer entsetzt gewesen sein sollen. Sie sollen alle Schornsteinfeger und Katen zum Teufel gewünscht haben.

Die Angelegenheit der ehemaligen Kammerfrau der Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein wird voraussichtlich schon im nächsten Termin eine sensationelle Wendung nehmen. Bekanntlich behauptet die des Diebstahls und der Unterschlagung an ihrer Herrin Angeklagte nicht nur, sich keiner dieser Straftaten schuldig gemacht zu haben, sondern sogar aus eigenen Mitteln der Prinzessin öfters pekuniäre Hilfe gewährt zu haben, da sie im Besitze eines Vermögens von 80 000 M. gewesen sei. Aufklärung über den Ursprung dieses Vermögens verweigerte sie indessen bisher noch, und daher erklärte die Anklagebehörde diese Angabe für unwahr. Hier ist der springende Punkt der ganzen Affaire, denn mit dem Nachweise dieses behaupteten Vermögens fielen die Anklage naturgemäß in sich zusammen. Wie nun gemeldet wird, soll der Nachweis im nächsten Termin erbracht werden. Es ist behauptet worden, der Prozeß sei deshalb vertagt, weil die Vernehmung des Herzogs Ernst Günther zunächst erfolgen solle. Das ist nicht richtig. Die Verteidigung legt auf das Zeugnis des Herzogs wenig Gewicht, da die bekannten merkwürdigen Tatsachen, über die er sich zu äußern hätte, durch andere Zeugen genügend erhärtet werden können und

Diese Zeugen den Vorteil bilden, daß sie an Gerichtsstelle zu vernehmen sind, während die Vernehmung des Herzogs Ernst Günther in seiner Wohnung und ohne Vernehmung der Anwälte zu erfolgen hätte. Die Verurteilung des Prozesses ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Angeklagte Milewska zurzeit noch schwer leidend ist. Die drei Tage unnötig erlittener Unterdrückung haben ihr, die damals schon an einer Nierenkrankheit operiert worden war, ernststen gesundheitlichen Schaden zugefügt.

**Fürsorge-Anstalten.** Dreizehn Mädchen, die in der Fürsorge-Anstalt in der Jungfernhöhe am Plögensee untergebracht waren, sind dort, den „Wilmersdorfer Nachr.“ zufolge, ausgebrochen und entkommen. Die Föglinge waren schon seit längerer Zeit mit der Kost nicht zufrieden, entwarfen einen Fluchtplan und brachten diesen in der Nacht zum Sonntag zur Ausführung. Dreizehn Mädchen gelang es, glücklich ins Freie zu kommen und in Berlin Unterschlupf zu finden. Die Polizei fahndet eifrig auf die Flüchtlinge. — Notwendiger noch wäre es, daß die Behörden endlich einmal der Frage näher treten, wie es denn kommt, daß alle Augenblicke über derartige Fluchtversuche berichtet wird. Die unglücklichen Geschöpfe, die in diesen Anstalten untergebracht sind, würden nicht an die Flucht denken, wenn sie dort nicht Zustände fänden, die mit denen der Gefängnisse verzwiefelte Ähnlichkeit haben.

**Eine Kindesleiche im Keller.** Ein graufiger Fund wurde gestern nachmittag von der Pförtnerin Witwe Nieger auf dem Grundstück Urbanstr. 35 gemacht. Unter dem ersten Quergebäude hat der Hauswirt einen nicht verschlossenen Keller, in dem in einer Nische Sand und Stroh lagern. Dieser Keller war seit einem halben Jahre nicht mehr aufgemacht worden. Als gestern nachmittag Frau Nieger ihn wieder zu säubern begann, fand sie unter dem Stroh im Sande die Leiche eines neugeborenen Kindes. Sie war schon so stark verwest, daß die Revierpolizei, der der Fund überwiesen wurde, das Geschlecht des Kindes nicht mehr feststellen konnte. Die Leiche, die zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht wurde, war in braunes Packpapier mit der Aufschrift „Achtung! Zündstoff!“ und Zeitungspapier aus dem Jahre 1898 eingewickelt. Die Leiche saß in einem Sack. Wie lange sie schon am Fundorte gelegen haben mag, läßt sich nicht ohne weiteres sagen, erst die Obduktion kann darüber Auskunft geben. Die Kriminalpolizei leitete sofort die Nachforschungen nach der Mutter ein.

**Ergriffene Hochstaplerin.** Wegen Betruges in mehreren Fällen festgenommen wurde die unverheiratete Katalie Fiedelmann, am 5. Mai 1890 zu Krottschin geboren. Sie trat seit mehreren Monaten hier als eine sehr reiche Frau Adliger, auch als ein Fräulein Kempe auf und verstand es, durch ihr feines Auftreten und ihre Eleganz nicht nur von Reichern, Gewerbetreibenden usw. in augenblicklicher Verlegenheit „Darlehen“ zu erlangen, sondern auch Herren der besseren Stände derart zu fesseln, daß sie ihr Vertragsverprechen und größere Geldsummen hergaben. Auch in Dresden, wo die Fiedelmann sich früher aufhielt, scheint sie Schwindelkugeln getrieben zu haben. Da vermutet wird, daß hier noch weitere Geschädigte, die aber noch nicht Anzeige erstattet haben, vorhanden sind, werden solche ersucht, sich unter Angabe der Tagesbuch-Nummer 11 598, IV. 4. 04. bei der Berliner Kriminalpolizei zu melden.

**Einen Lyriker-Abend** veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule Sonntagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die Einleitungsrede wird von Friedrich Stampfer gehalten, Mitwirkende sind hervorragende Künstler. Die Eintrittskarte einschl. Garderobe und Programm kostet 60 Pf.

**Theater.** Im Metropolis-Theater findet am Donnerstag die letzte Vorstellung der Revue „Ein tolles Jahr“ statt, die an diesem Abend zur 228. Wiederholung gelangt. Am Freitag bleibt das Haus geschlossen, während am Sonnabend, den 29. Oktober, wie bereits angekündigt, das neue Ausstattungs-Paradebille „Die Herren von Magin“ von Julius Freund, Musik von Viktor Holländer, erstmalig in Szene geht. — „Brigitte und die Wölfe“, die neue dreiatte Komödie von Anton und Donat Herrmann, wird aller Wahrscheinlichkeit nach bereits zu Anfang der kommenden Woche zum erstenmal in Szene gehen. — Im Deutschen Theater wird am Sonnabend, den 29. d. M., Björnsterne Björnsons Schauspiel „Dagland“ zum erstenmal aufgeführt. Die Rolle des Gutbesizers Dag wird von Ad. Klein dargestellt, seine Frau Felicie von Margarete Pix; in den Rollen der drei Kinder Steiner, Ragna, Verthe sind Otto Sommerdors, Klara Habtowa, Paula Müller, in der des Bevollmächtigten Dags Ramsel Julius Strobl und in der des Pastors Karl Waldow beschäftigt. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) findet morgen, Freitag, die erste Aufführung des Lustspiels „Krieg im Frieden“ von Gustav v. Moser statt. Die Besetzung ist folgende: Heimdorf: Franz Nolan; Wastilbe: Ada Blanche; Illa: Elisabeth Gubmann; Agnes: Paula Sitten; Penfel: Alfred Schmalow; Sophie: Agnes Berner; Uta: Ely Oser; Sonnenfels: Karl Dapper; v. Folgen: Georg Wäsche, Schäfer: Karl Henrich; Keif von Heiflingen: Bernhard Herrmann, Hofmeister: Reinhold Köstlin, Konnech: Rudolf Weinhard; Martin: Karl Dahlen; Anna: Emmy Wyda. — „Frischen“, Original-Schauspiel von Carl Emil, welcher heute Donnerstag im Lützen-Theater zum erstenmal in Szene geht, ist in den Hauptrollen mit den Damen Pfister, Düter, Ratkowski und Sclwa und den Herren Hüner, Böhm, Wald, Dehmig und Tiedel besetzt. — Kasino-Theater. Heute findet die erste Aufführung der Gefangenen „Wildes Blut“, eine Neubearbeitung des einseitigen Lustspiels des Adolf Ernst-Theaters „Die wilde Sage“ statt. — Die Schläger der neuen Operette des Apollo-Theaters, „Berliner Luft“ sind bereits in fünfter Auflage erschienen. Heute ist die 29. Aufführung der Ausstattung-Operette.

### Aus den Nachbarorten.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** beriet am Mittwoch zunächst den Antrag Dr. Spiegel (lib.) u. Gen. auf Errichtung einer städtischen Milch-Sterilisations-Anstalt. Der Antrag wurde damit begründet, daß die große Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre, wie sie besonders in den Sommermonaten alljährlich zutage tritt, von Ärzten und Hygienikern wesentlich auf Verdauungsstörungen infolge schlechter Beschaffenheit der zur Ernährung dienenden Milch zurückgeführt wird und daß sich, wie Erfahrungen z. B. in Strahburg und Halle zeigen, eine geeignete Sterilisation oder Pasteurisation und darauf folgende zweckmäßige Behandlung der Milch als Mittel zur Bekämpfung des Uebelstandes erwiesen hat. In der Debatte wies Genosse Dr. Zeppler auf die von sozialdemokratischer Seite in anderen Kommunen gemachten Vorschläge zur Minderung der Säuglingssterblichkeit hin, insbesondere auf den Antrag Freudenberg in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und die Vorschläge des Münchener Magistratsrats Schmidt. Redner schildert die mannigfachen durch unordentlich verarbeiteten Milch, insbesondere den Brei, schall und den Darmtumor der Kinder, sowie die Gefahr der Uebertragung der Tuberkulose und des Typhus und erklärt sich im Prinzip mehr für eine reinliche keimfreie Gewinnung der Milch als für die Sterilisation durch Hitze. Zu diesem Zweck empfahl er mit allen hygienischen Kautelen zu errichtende Milchställe seitens der Stadt bezw. die Verpflanzung der Gemeinde, mit solchen Produzenten abzusprechen, welche die hygienischen Vorschriften zu erfüllen oder sich unter städtische Kontrolle zu stellen bereit sind. Nachdem noch Genosse Vogel insbesondere auf die Kindersterblichkeit in Charlottenburg eingegangen war, beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation über den Antrag Spiegel sowie über weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu beraten.

Die Vorlage betr. das Ordnungsstatut für das zu errichtende Kaufmannsgericht wurde mit der Aenderung angenommen, daß entgegen dem Magistratsantrag Gebührenfreiheit beschlossen wurde. Für die Gebührenfreiheit sprachen Dr. Crüger (lib.)

und Genosse Dr. Vorchardt während Oberbürgermeister Schuster aus prinzipiellen Gründen sowohl, als auch, um „frivol“ Projekte vorzubeugen, für die Erhebung von Gebühren eintrat. Nach den Ausführungen des Stadtrats Volk scheint trotzdem die Ansicht dafür vorhanden zu sein, daß der Magistrat dem Beschluß der Stadtverordneten beitrifft. Das Kaufmannsgericht konnte dann schon am 1. Januar 1905 seine Tätigkeit entfalten. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde auf Antrag des Magistrats beschloffen, der Stiftung „Nationalbank für Veteranen“ einen Jahresbeitrag von 500 M. zu gewähren.

Endlich beschloß die Versammlung noch, die Forderungen für die Strafenreinigung, Strafenbesprechung und Fortverwaltung sowie für das Feuerwehrtwesen auf die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1908 unter Abstandsnahme von einer Ausschreibung dem Fuhrherrn Paul Fride weiter zu übertragen.

**Für die Anlage des Schöneberger Stadtparks** im sogenannten Fein- und Gelände an der Wilmersdorfer Grenze ist das Enteignungsverfahren wegen eines nahezu neun Morgen großen Grundstückes, das fast durchweg alteingesessenen Schöneberger Familien gehört, eingeleitet worden. Hinsichtlich des Erwerbes eines anderen, beinahe gleichgroßen Grundstückes gehen die mit den Eigentümern schwebenden Verhandlungen ihrem Abschluß entgegen; der Kaufpreis für dieses Gebiet beläuft sich auf rund eine Viertel Million Mark. Zur Errichtung des 40 Morgen umfassenden Parks ist aus der neuen Schöneberger Anleihe der Betrag von einer Million Mark bestimmt.

**Aus Schöneberg** wird uns zu dem am Montag in Sachen der Stadtratsstelle gefassten Beschluß noch berichtet: Kleinsche Spararbeit hat in der Sitzung am Montag nach nahezu dreistündiger Debatte die vom Magistrat geforderte besoldete Stadtratsstelle zu Falle gebracht. Es dürfte wohl selten in einer Kommune vorkommen, daß von leitender Stelle aus zur Begründung einer solchen Vorlage erst darauf hingewiesen werden muß, daß infolge der stetig wachsenden Verwaltungsarbeit in manchen Zweigen nicht alles mit der nötigen Sorgfalt und Schnelligkeit erledigt werden kann, weil — nicht die genügenden Arbeitskräfte dazu vorhanden sind. Es ist eigenartig, daß dieselben bürgerlichen Stadtverordneten, die sonst Tausende bewilligen, wenn es sich um Schenkung von Kirchengebäuden handelt, an einer Stelle sparen, wo es gar nicht im Interesse der Gemeinde liegen kann. — Der Verband deutscher Ärztevereine für physikalisch-diätetische Therapie hat die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, ihm zur Einrichtung von Luftportabären ein städtisches Grundstück zu überlassen. Unser Parteigenosse Hoffmann beantwortete warm den Antrag; der erst kürzlich gegen unseren Parteigenossen Däumig gewählte Dr. med. Freund beläupfte ihn. Die Versammlung ging über den Antrag zur Tagesordnung über. — Unsere Parteigenossen hatten beantragt, den Zuschuß für den Volksschulverein von 500 M. auf 1000 M. zu erhöhen. Nachdem Stadtr. Lulsh gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde er einem Zuschuß überwiesen. Durch Zuweisung an einen Zuschuß wurde auch ein Antrag begraben, wonach 250 M. bewilligt werden sollten, um einen Spielplatz für die Jugend in Stand zu setzen. — Ueber die Begebung eines Teiles der 26-Millionen-Anleihe wurde in geheimer Sitzung beraten.

**Neu-Weißensee** begeht im nächsten Jahre die Feier seines 25jährigen Bestehens als selbständige Gemeinde. Daß diese Feier etwas „ganz besonderes“ werden wird, geht schon daraus hervor, daß die letzte Gemeindevertreter-Sitzung sich mit der Wahl eines Komitees zu beschäftigen hatte, welches im Schutze seines Angefichts darüber beraten wird, auf welche gute und nicht gute Art die Steuergrößen unserer armen Gemeinde angewandt werden sollen. Denn daß der Steuerfiskus für solche Festivitäten herhalten muß, versteht sich wohl am Bande. Unsere Parteigenossen vertreten denn auch den Standpunkt, daß man ruhig denen die Veranstaltung solcher Feste überlassen soll, die in der Lage sind, die Kosten dafür aufzubringen; denn eine Gemeinde, welche durch Abgabe der Stimmen zur Reichstagswahl bewiesen hat, daß sie zu 1/2 aus Arbeitern besteht, hat kein Interesse daran, Feste zu feiern, die in der Hauptsache in Hyazinthen ausarten. Hiermit stimmen unsere Genossen in ein Wespennest, und sogar der neu eingeführte, mit fünf Stimmen Majorität gewählte Vertreter konnte es sich nicht verneinen, bei dieser Gelegenheit die Jungferrede vom Stapel zu lassen. Am kürzesten machte sich der Herr Rechts- und Gemeinde-Anwalt Appelkath Luft mit den Worten: „Wenn den „Grollern“ solche Feste nicht paßt, mögen sie zu Hause bleiben.“ Zu bemerken ist noch, daß der Wunsch besteht, eine Chronik herauszugeben, mit deren Ausarbeitung sich der am 1. April eingestellte besoldete Schöffe beschäftigen soll. Von dem hierorts sehr bekannten Volkseigenen Wertens wurde in einem längeren Schreiben die Objektivität des Herrn Schöffen Dr. Pape angezweifelt, da er durch seine Anstellung abhängig von der Gemeinde ist. Wertens erbot sich, eine solche Chronik auszuarbeiten; er will sogar die Holzportage übernehmen und den gewonnenen Erlös der Gemeindefürsorge zur Verfügung stellen. Sein so überaus günstiges Angebot fand aber bei den Herrn Gemeindevertretern kein Verständnis, jedoch wird sich Herr Wertens hierdurch nicht abhalten lassen, sein schon begonnenes Werk zu vollenden.

**Zwei Kinder verschwunden.** Auf geheimnisvolle Weise sind in Steglitz einem Elternpaar zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, seit Montag früh verschwunden. In ein Verbrechen glaubt man bis jetzt nicht, man glaubt vielmehr, daß der Knabe, der schon früher einen ähnlichen Streich begangen hat, seine Schwester zur Flucht überredet hat, um sich vom Schuldschuld zu drücken. Es handelt sich um den 11jährigen Sohn Hans und die 8jährige Tochter Else des Tischlers Baumgarten, wohnhaft in Steglitz, Potsdamerstraße 7. Der Knabe besucht die Gemeindegemeinschaft in der Nichteisstraße, das Mädchen diejenige in der Plantagenstraße. Am Montag früh gingen die Kinder zur Schule, der Knabe, der einen weiteren Schulweg hat, wie gewöhnlich eine Viertelstunde früher. Die beiden Kinder sind jedoch in ihren Schulen nicht eingetroffen und werden seitdem vermißt. Die beiden Schulklassen wurden gestern früh von Arbeitern unweit des Bahnhofs Südenbe im Schaufweg gefunden. Von den Kindern dagegen fehlt jede Spur. Ueber die Gründe der Flucht ist man sich wie gesagt noch nicht im klaren. Es handelt sich um sonst wohlgezogene Kinder, denen zu Hause nichts abging. Der Knabe hat allerdings Neigung zum Umherstreifen und war schon früher einmal verschwunden, wie er damals sagte, um nicht zur Schule gehen zu müssen. Man glaubt deshalb auch bis jetzt noch nicht, daß die Kinder etwa das Opfer eines Unglücksfalles oder eines Verbrechens geworden sind.

**Aus Wilmersdorf.** Die Bevölkerung Wilmersdorfs hat sich in den letzten zehn Jahren um über das Fünffache vermehrt; während sie im Oktober 1894 nur 10 719 betrug, stellt sie sich heute auf 54 686 Köpfe. Die schnelle Entwicklung des Vorortes lassen folgende Zahlen erkennen: Bei der Volkszählung 1890 waren 5164 Einwohner ermittelt, 1895 bereits 14 351 und 1900 dann 30 671 Personen; im Oktober 1902 betrug die Einwohnerzahl 39 707 und im vergangenen Jahre 46 418.

In einer Polemik gegen das „Berliner Tageblatt“ behauptet die katholische „Germania“, daß die Wilmersdorfer Katholiken nur einen einzigen Vertreter im dortigen Gemeinderat hätten. Es kann dies ja bedeuten, daß die Katholiken des Vorortes neuerdings eine Agentur für katholische Interessen in der Gemeindevertretung errichtet haben, die von einem Vertrauensmann besonders verwaltet wird. Aber ist dies nicht der Fall und will die „Germania“ nur gesagt haben, daß die Wilmersdorfer Gemeindevertretung sich mit einem einzigen zur Kirche haltenden Katholiken begnügen muß, so sagt das Blatt seiner Kirche zum Nachteil die Unwahrheit. Ingefahr die Hälfte der Gemeindeverordneten und Schöffen von Wilmersdorf ist katholisch.

### Gerichts-Zeitung.

Der Hamburger Krankenhausprozeß ist Dienstag zu Ende geführt worden. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht in dem Hamburger Prozeß seinen Beschluß dahin, daß es die Beweisaufträge und die übrigen Anträge des Angeklagten Dr. Koosen ablehne, da es auf dem Standpunkt stehe, daß die strafbaren Handlungen dieses Angeklagten verjährt seien, weshalb gegen ihn auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden müsse. Hierauf wurde die Beweisaufnahme endgültig geschlossen, und das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Am 5 Uhr nachmittags verurteilte der Vorsitzende, Landrichter v. Bergen, folgendes Urteil: Das Gericht hat auch aus der jetzigen zweiten Verhandlung dieses Prozesses die Ueberzeugung erlangt, daß sowohl in der inkriminierten Prozedur der Angeklagten Dr. Sandow und Dr. Koosen als auch in dem Leitartikel des Angeklagten Redakteur Cleemann Verleumdungen des Direktors der hamburgischen Staatskrankenanstalten enthalten sind. Was zunächst den Angeklagten Dr. Sandow anlangt, so ist erwiesen, daß er die Prozedur hat schreiben und verbreiten lassen. In bezug auf den Angeklagten Dr. Koosen stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß, wenn er schuldig war, er doch nur als Gehilfe des Dr. Sandow in Betracht kommt. Nach dieser Ansicht des Gerichts würde die Verjährung schon vom Erscheinen der ersten Prozedur ab laufen und sonach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Verjährung bei ihm bereits eingetreten ist. Ebenso wie bei Dr. Sandow liegt die Sache auch bei dem Angeklagten Cleemann. Er hat die von Dr. Sandow ausgeprochenen Verleumdungen in derselben Schärfe wiederholt und war deshalb ebenfalls zu bestrafen und zwar mußte das Gericht auch gegen ihn, zu demselben Urteil wie im ersten Verfahren kommen. Somit ist für Recht erkannt: Der Angeklagte Cleemann wird wegen Verleumdung des Krankenhausdirektors Dr. Lenhart zu zwei Wochen Haft, der Angeklagte Dr. Sandow wegen desselben Verbrechens zu 300 M. Geldstrafe bezw. 60 Tagen Haft verurteilt. Der dritte Angeklagte, Dr. Koosen, wird freigesprochen und die Kosten des Verfahrens gegen ihn der Staatskasse zur Last gelegt.

**Ein Prozeß.** Eine Anklage wegen Verleumdung durch die Presse wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Es hatten sich zu verantworten: der Redakteur der hier erscheinenden polnischen Zeitung „Dziennik Berliński“, Klemens Gogdziewicz, der frühere Redakteur des „Berliner Tageblatt“, Dr. Grützeffin, der Redakteur der „Berliner Zeitung“, Richard Löwe, und der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Hermann Bachmann. In der „Vossischen Zeitung“ vom 18. November 1903 wurde in einem längeren Artikel mitgeteilt, daß der Verleger und polnische Güteragent Wiedermann im Gefängnis zu Bronke, wo er eine Strafe wegen Verleumdung durch die Presse zu verbüßen hatte, einen Kuffler bestochen habe. Infolgedessen sei seine Zelle zu einem Salon umgewandelt, mit einer Schreibmaschine und mit allen Utensilien, die ein Redakteur gebraucht, versehen worden. Es würden in diese Besichtigungsgeschichte aber noch andere Unterbeamte verwickelt werden, sowohl Schulleute des Vossener Polizeipräsidiums wie auch Angehörige der Anstaltungskommission. Die letztere sollte dem „Güteragenten“ Wiedermann gegen Entgelt Mitteilungen über in Aussicht stehende Güterankäufe der Anstaltungskommission gemacht haben, so daß Wiedermann allen seinen Konkurrenten zuvor kommen konnte. Diese Mitteilung ging von der „Vossischen Zeitung“ in die obengenannten vier Blätter über. Der Polizeipräsident von Rosen sandte den Redaktionen eine Richtigstellung ein, dahingehend, daß außer einem Gefangenenaufseher kein anderer Beamter in Frage komme. Diese Richtigstellung fand auch allseitig Aufnahme. Trotzdem stellten sowohl der Vossener Polizeipräsident wie der Präsident der Anstaltungskommission Strafantrag wegen Verleumdung der ihnen unterstellten Beamten. Die Angeklagten bestritten insgesamt, daß ihnen eine beleidigende Absicht innewohnt, sie hätten einfach in gutem Glauben die angebliebenen Tatsachen aus der „Vossener Zeitung“ wiedergegeben. Der Angeklagte Dr. Grützeffin behauptete, daß er den fraglichen Artikel erst nach dem Druck zu Gesicht bekommen habe. Er sei an jenem Tage von dienstlichen Geschäften außerhalb der Redaktion in Anspruch genommen worden, sein Stellvertreter habe den Auszug aus der Vossener Notiz hergeschickt und ihm diesen mit, wie es Gebrauch sei, erst zur Kenntnisnahme und Billigung vorgelegt. Trotzdem diese Angaben durch die Zeugenerklärung als nahezu sicher bestätigt wurden, hielt Staatsanwalt Schredde sämtliche Angeklagten der Verleumdung für überführt, wenn er auch anerkannte, daß sie sich im guten Glauben befunden und keine beleidigende Absicht gehabt hätten. Er beantragte gegen den ersten Angeklagten 50, gegen die übrigen je 150 M. Geldstrafe. Die Verteidiger Justizrat Michaelis und Rechtsanwalt Rosse plaidierten auf Freisprechung, da den Angeklagten das Bewußtsein der Strafbarkeit gefehlt habe und ihnen der Sachverhalt des Strafgesetzbuchs zur Seite stände. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß die Angeklagten Gogdziewicz, Löwe und Bachmann der Verleumdung schuldig und deshalb zu je 50 M. zu verurteilen seien. Der Angeklagte Dr. Grützeffin sei freizusprechen.

**Ueber einen Apotheker als Nahrungsmittelverfälscher** hatte, wie wir in der „Pharmazeutischen Wochenschrift“ lesen, die Strafkammer zu Beuthen abzuurteilen. Es handelte sich um den Apotheker Dr. Riffel dorffshel, der mit einer Knappschaffsliste detart im Vertragsverhältnis stand, daß gegen eine monatliche Entschädigung von 25 Pf. für jedes Mitglied den Mitgliedern und deren Angehörigen im Krankheitsfall Medikamente zu liefern waren. Der Apotheker will durch diesen von seinem Vorgänger übernommenen Vertrag jeden Monat 100 M. Schaden gehabt haben. Er hat sich nun dadurch geholfen, daß er minderwertige und verfälschte Medikamente an die kranken Kassensmitglieder verabfolgte. So wurde beispielsweise Menthol durch japanisches Menthol ersetzt. In vielen anderen Fällen waren Einreibungen, worin 100 Gramm Chloroform enthalten sein sollten, in der Weise hergestellt worden, daß nur 50 Gramm Chloroform und 50 Gramm russischer Spiritus zugesetzt wurden. Alle diese Manipulationen sind zum Teil von Dr. Riffel selbst, zum Teil von seinem Personal auf dessen ausdrückliche Anordnung ausgeführt worden. Was die Nahrungsmittelverfälschungen anbelangt, so ist in einem Falle ein Balsam Himbeerfrucht durch einen Zusatz von 10 Proz. Zuckersirup verunreinigt worden. Fenchelhonig wurde durch Sirup und Fenchelöl ohne Spur von Honig hergestellt. Der schlimmste Fall ist aber der, daß einem Bäckerlein, das eine Flasche Malaga verlangte, eine Mischung aus Resten von Malaga, Tokajer und Cherry verabfolgt wurde, die der Angeklagte selbst im Keller in Gegenwart eines Provisors hergestellt hatte. Der Provisor erzählte dann lachend dem übrigen Personal von diesem neuen Malagarezept. Zwischen dem Apotheker und einem Provisor kam es infolge der Weigerung des letzteren, derartige Manipulationen vorzunehmen, zu einem scharfen Konflikt, der zu Tätlichkeiten ausartete und schließlich die Aufdeckung der ganzen Sache zur Folge hatte. Der Apotheker wurde zu einem Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt.

**Zum Faltschmünzerprozeß.** Herr S. Baudouin, Ritterstr. 28, ersucht uns, folgende Zuschrift aufzunehmen: Im Faltschmünzerprozeß hat der Angeklagte Gelhaus geäußert: „S. Baudouin ist auch Teilnehmer an dieser Sache.“ Mein Personal wird überall gefragt, ob ich verhaftet sei. Ich bin weder Teilnehmer, noch kenne ich einen dieser Angeklagten. Auch hat mich das Gericht bis zur Stunde zu Frieden gelassen.

### Verfammlungen.

**Friedrichshagen.** In der letzten Monatsversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins erstattete der Vertrauensmann Genosse Sonnenburg den Jahresbericht vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904. Bestand am 1. Oktober 1903 131,80 M., Einnahme 784,75 M., Summa 916,55 M., Ausgabe 787,90 M.; bleibt ein Kassenbestand von 128,75 M. Genosse Sühmlich erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Lokalkommission. Als Vertrauensmann wurde Sonnenburg einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden gewählt Fuhs, Hünze und Schulz. In die Lokalkommission Karl Grau, Sühmlich und Rose. Hierauf gab Sonnenburg den Bericht über den Bremer Parteitag, an welchen sich eine lebhaft diskussion angeschlossen. Als Kandidat für die demnächst stattfindende

Erfahrung zu Gemeinderatsmitgliedern wurde Maurer Otto Stephan aufgestellt. Zu Delegierten für die Kreisversammlung wurden gewählt Korfing, Körber und Rühl.

### Vermischtes.

In Eymberg sind gestern zwei Zimmerleute beim Einsetzen eines Brunnenrohrs in einen Brunnenkessel gestürzt. Sie haben beim Einsetzen von Brunnenwagen ihren Tod gefunden. Die Leichen konnten bis zum Mittag nicht geborgen werden.

**Eisenbahnunfall.** Wie aus Köln gemeldet wird, erlitt der um 9 Uhr 18 Minuten von Köln nach Frankfurt abgehende süddeutsche Schnellzug dadurch einen Unfall, daß in der Nähe des Bahnhofes ein Waggon aus dem Gleise sprang und auf die Seite gekippt wurde.

**Streit zwischen Militär- und Zivilverwaltung.** Der Stadtkommandant von Didenhofen hat, dem „Eisener“ zufolge, unter Aufhebung militärischer Macht von dem Gelände neben der neuen Kreisdirektion Besitz ergriffen.

**Mainz.** Im Alter von 95 Jahren ist hier der Jurist Dr. Adolf Eppold gestorben. Er war einer der eifrigsten Förderer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

**Kirchentrüb.** In der vergangenen Nacht wurde in der Reformkirche in Sonnborn ein Einbruch verübt und zahlreiche silberne Teller und Abendmahlsgeräte entwendet. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

**Erdbeben in Norwegen.** Aus Frederikstad (Norwegen) wird gemeldet: Eine sehr starke Erderschütterung wurde Mittwoch früh 6 Uhr 27 Minuten im südlichen Teile des Amtes Smaalene verübt. Dienstagabend 6 Uhr 10 Minuten wurde beim Leuchturm Strömanger eine Erderschütterung wahrgenommen; das Wasser in den Quellen ist an verschiedenen Stellen ungemessbar geworden.

**Vom Rassenkrieg in Nordamerika.** Aus New York meldet das „Bureau Laffan“: Ein Rassenkrieg zwischen Weißen und Negern droht in Berkeley (Virginia) infolge der Lynchung eines bei seinen Rassenangehörigen sehr angesehenen Regers auszubrechen. Die Ortsbehörden ersuchten den Gouverneur des Staates, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu entsenden. Dieser Fall von Lynchjustiz ist einer der empörendsten, die sich seit langem im Süden ereignet haben. Er liegt folgendermaßen: Ein Polizist wurde, als er gestern einen Neger feinehmen wollte, von einem anderen Neger namens Blount, der den Verhafteten zu befreien suchte, geschlagen. Blount wurde daraufhin ebenfalls verhaftet und in das Gefängnis von Berkeley gebracht. Am Montag morgen stürmte ein Haufen Weißer das Gefängnis, holte Blount aus seiner Zelle und hängte ihn an einem Baume in der Nähe. Mehrere Regier versuchten, das Verbrechen zu verhindern, wurden aber weggetrieben. Unter den Farbigen herrschte infolge dieser Lynchung eine erbitterte Stimmung, und sie drohen die Weißen in der Stadt, denen sie an Zahl weit überlegen sind, anzugreifen. Sie haben sich Feuerwaffen beschafft und jammeln sich im Regierviertel, um sich zum Nachzug gegen die

Weißen zu ordnen. Die Ortsbehörden hoffen, mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Polizeimacht die Ordnung aufrecht erhalten zu können, bis Truppen eintreffen.

### Briefkasten der Redaktion.

**M. Dets. 52.** Zu erfahren im Sekretariat der Gesundheits-Kommission, Engel-Platz 15 part. 11-12, vormittags, 6-7, Uhr abends. — **H. S.** Vor Ablauf des zweiten Jahres sind Sie dazu schon verpflichtet. — **H. S.** In erster Linie einen Arzt fragen. — **W. R. 57.** Wenden Sie sich unter Berufung an uns an die nachstehende Adresse: Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Rothe 16 B. — **R. S.** Der Berliner Sängerkreis befindet sich Salowstr. 71; der Jahresbeitrag stellt sich im Minimum auf 3 M. — **Eleonore.** Nicht verwundbar.

### Juristischer Teil.

**B. N. G. 100.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Nein, aber die Mutter beziehentlich ein für das Kind zu bestellender Pfleger, für das Kind. — **100 G. 8.** Schläffenleute, Chambraganiten und dergleichen haben, falls nichts anderes vereinbart ist, bei monatlicher Miete bis am 15. zum Erlaß zu kündigen, nicht umgekehrt. Dasselbe Kündigungsrecht steht den Schlafstätten, Schlafmüttern und Vermietern zu. — **B. J. 100.** Ja. — **A. B. 25.** 1. Die Zwangslosenen (Ochs, Betriebs, Fabrik, Bau, Zimmungs-Krankentassen) haben ebenso wie die anstelle dieser tretenden freien Hilfskräfte eine Fürsorgepflicht für mindestens 26 Wochen. Durch Statut kann die Dauer erhöht werden. 2. Ja. 3. Ja, aber eine Befreiung des Geldes zur Benachteiligung der Gläubiger ist strafbar und macht ersatzpflichtig. 5. Nein. — **2000.** Für eine Entbindung schwant der angemessene Satz für Deckungen zwischen 6 und 20, für jeden Betrag zwischen 1 und 3 M. — **1904.** Wegen welcher Verbrechen und Vergehen Länder auszuweisen, ist in den Auslieferungsverträgen vereinbart. Die Beantragung der Frage, welche Länder wegen einer bestimmten Straftat nicht auszuweisen, ist vom Reichsgericht als strafbare Begünstigung der Straftat selbst erachtet. Straßlos ist es, in Bibliotheken die Auslieferungsverträge einzusehen. — **S. 3. 100.** Streitarbeit zu verrichten ist weder ein Gesetz noch ein Verbot. Gefellen haben nur die in ihrem Verträge vorzunehmenden Arbeiten zu leisten, können also die Übernahme anderer ablehnen. Ebenso ist ein Formverbot nicht verfassungswidrig. Gleichermaßen zu verrichten. Hinzu tritt, daß das Bürgerliche Gesetzbuch die Arbeitsvermittlung in allen den Fällen für berechtigt erklärt, in denen die Übernahme der Arbeit gegen die guten Sitten verstößt. Die Jurisprudenz, Streitarbeit zu verrichten, verstoßt gegen die guten Sitten. In diesem Sinne hat das Reichsgericht Bremen unter dem 2. Juli 1901 entschieden. Dasselbe Ansicht wird z. B. von Lotmar (S. 118) und Stadthagen (Bierle Auflage S. 211) vertreten. Der Verstoß soll die Übernahme der Arbeit ablehnen und kann auch beim Gewerbegericht wegen Mißbrauchs des Verhältnisses klagen. — **R. Neumann.** Jährliche Angaben in Steuererklärungen sind mit Strafe und Steuernachteilen bedroht. Die Androhung entspricht dem Gesetz. — **S. 2.** Ist Ihre Mutter am 18. September 1894 geboren, so muß sie 545 Markentzinsen können, um Altersrente zu erhalten. Ob so viel geleistet wird, ergibt sich aus den Aufrechnungsbelegungen. — **König, Hannover.** Art. 251 des kaiserlichen Strafgesetzbuchs droht Geldstrafe für unterlassene Beauftragung seitens Hoteliers, Händlung des Verletzes auf den Straßen und dergleichen an. Eine mündliche Überzeugung ist schon mit Rücksicht auf den Raum unangängig. Eine schriftliche Überzeugung des kaiserlichen Strafgesetzbuchs existiert anders. Während nicht, eine französische Überzeugung finden Sie S. 265 des zweiten Teils der Legislations-Notizen, herausgegeben von Artstark, des und Demosthenes Nikolaidis, erschienen 1873 in Konstantinopel. — **Preßburg.** Ein Versicherungspflichtiger kann nicht gleichzeitig zwei Zwangslosenen oder einer Zwangsklasse und der Gemeinderückführung angehören. Wohl aber kann er einer Zwangsklasse und einer oder mehreren freien Hilfsklassen angehören. Jedoch ist solchen Doppelverpflichteten leider das Krankenloos so weit zu fügen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweitiger Beauftragung bezogenen Krankengeld denselben Betrag ihres durchschnittlichen Tageslohnes übersteigen würde. Das Statut der Jungskasse kann diese Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. Ihre weitestgehende Frage läßt sich nur an der Hand derjenigen Statuten beantworten, die Sie im Auge haben. — **S. C.** Die gesetzlichen Vorschriften über die Sonntagarbeit im Handeltreibergewerbe sind seit dem 1. Juli 1893 in Kraft. Vorher gab es polizeiliche örtliche Bestimmungen. Der Lebensmittelerwerb war in Berlin nicht befristet. — **W. W. 602.** 1. Nein. 2. Kraft Gesetzes erwirbt Berlin im Unter-

stützungsfall ein Recht auf den Nachlaß. — **G. W. 5.** Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Gefinde, ländliche Arbeiter, Betriebsbedienstete usw. haben verschiedene Kündigungsfristen. Wiederholen Sie Ihre Frage unter Angabe der Art Ihrer Beschäftigung. — **G. A. 1.** Sie irren: Ihr Testament ist gültig. In dem von Ihnen gemeinten Fall handelt es sich um Kinder, nicht um Geschwister. — **J. N. 100.** Die höhere Rente wird gezahlt. Die Höhe im Einzelnen die Rente ist, berechnete sich nach der Anzahl und Höhe der geleisteten Warten. — **Vantow.** Grundstück und Geld gehört Ihrem Vater. Sie beider Ihre Mutter, die nichts hinterlassen hat. Der Vater ist also im Recht. — **H. Knopfe.** Bis am 3. Januar kann sowohl seitens der Erben wie seitens des Wirts ein sonst länger dauernder Vertrag zum 1. April 1905 gekündigt werden, wenn der Erbführer im vierten Quartal 1904 farb. — **G. W. 100.** Ihre vier Fragen sind typisch für die Art einer Fragestellung, wie sie möglichst selten vorkommen sollte. Der Briefkasten will nicht Ersatz für eigenes Denken schaffen, sondern für bestimmte Fälle des praktischen Lebens Auskunft erteilen und gleichzeitig, soweit der Raum es zulaßt, über die häufigsten praktischen Rechtsverhältnisse allgemein Belehrendes bringen und zum Nachdenken und Selbststudium anregen. Er kann um so mehr nützen, je bestimmter die einzelnen Fragen durch genauere Schilderung des Falles gestellt werden und je mehr Fragen unterbleiben, die von der Voraussetzung ausgehen, der Briefkasten sei ein unerschöpflicher Begeisterer zum Glück in allen Lebenslagen, in den man eine Frage hineinwirft und das Glück Los zurückerhält. Ihre erste Frage will wissen, ob und eventuell auf welchem Wege ein Altkleriker Anspruch auf Altersrente hat. Reinen Sie das in einem Altkleriker-Vertrage vereinbarte Ausdrücke. Sie dürfte einige Uebersetzung Sie zu der Uebersetzung führen, daß niemand ohne Kenntnis eines Vertrages klagen kann, welche Rechte aus dem ihm unbekanntem Verträge folgen. Reinen Sie eine Altersrente im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes, so sind deren Voraussetzungen jährlich etwa ein Dutzendmal darzulegen und können durch Lesen der in den öffentlichen Verzeichnissen ausliegenden Werte für jeden in Berlin Wohnenden leicht nachgesehen werden. Sind Sie dann noch im unklaren, so schildern Sie den betreffenden Fall. Es wird Ihnen dann Antwort erteilt werden können. Unmöglich ist es aber, im Rahmen des Briefkastens über der gesamten Zeit der Vorarbeiten des Berufsangehörigen deshalb eingehend zu erörtern, weil ein Berliner Altkleriker die Sprechstunde nicht benutzen, noch einen Blick in die Gesetzgebung werfen, noch den ihm nachstehenden Fall darstellen will. Ihre zweite Frage will wissen, wie man sich am schnellsten zum Vorkreditor ausbilden kann. Besuchen Sie die Fortbildungsschule, die Arbeiterbildungsschule, die öffentlichen Volkshochschulen, die gewerkschaftlichen und politischen Vereine, denken Sie nach, suchen Sie sich über das Wesen der Dinge und Ihren Zusammenhang zu belehren und wenn Ihnen dann die Empörung über die bestehenden Zustände und das Bemühen sowie die Gewissheit über den allein möglichen Weg zur Beseitigung dieser Zustände durch Blut und Wunden strömt, dann werden Sie die heute gestellte Frage nicht wiederholen. Ihre dritte Frage lautet: „Auf welche Weise könnte man hier in Berlin ein gut situiertes Mädchen kennen lernen?“ Nehmen Sie 25 Tropfen „Käseleberöl“, 30 Tropfen „Käseleberöl“, 40 Tropfen „Eisenerzreinigungswasser“, 50 Tropfen „Schwefelkohlenstoff“, 100 Tropfen „Amentonabstimm“, 100 Tropfen „Gefährlich“, schlucken Sie das kräftig durcheinander, nehmen diese Mischung morgens und abends zu sich; mit diesem Trank im Leibe erkennen Sie, daß gut situiert ist jedes Weib und auch der Briefkasten nicht da ist zum Zeitvertreib. 4. Ist Ihr Grundstück schimmelig und feucht, so wenden Sie sich an einen Bauhandwerkermeister. Schimmel und Feuchtigkeit können allerlei Gerüche haben; so mannigfaltig die Gründe, so mannigfaltig die Gegenmittel. — **N. 2. 777.** Wenn in dem Vertrag Kinderlärm als Ermittlungsgrund vereinbart und ausgemacht ist, daß die Miete auch nach der Ermittlung bis zum Vertragsablauf zu zahlen ist, so sind diese Vorschriften maßgebend. Dagegen können Sie vielleicht den Einwand der Schläne geltend machen und können stets als Beflagter bei Gericht beantragen, Ihnen eine angemessene Räumungsschuld zu leisten. Der Richter kann es für angemessen erachten, diese Frist mit der Vertragsauflösung in Uebereinstimmung zu bringen. Enthält Ihr Vertrag die kundenfeindlichen Vorschriften nicht, so kann der Wirt nur auf künftige Unterlassung des Lärms klagen, daß der Wirt ein übermäßiger und nicht nur fleißiger Ausbrud fröhlicher Lebensfreude ist. — **G. W. 1.** 1. In sechs Monaten nach Kenntnis des Scheidungsgrundes muß die Scheidungsfrage zur Vermählung des Verleitetes des Klagevertrages geltend gemacht werden. 2. Nein. 3. Durch 2. erledigt. 4. Ein geistliches Hindernis steht dem nicht entgegen, daß geschiedene Eheleute einander wieder heiraten. — **W. W. 602.** 1. Nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 27. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: **Cyrenhand.** Don Juan. Neues Königl. Opern-Theater. Theobora. **Deutsches Kellerglied.** Berliner. Kapfenreich. **Bestung.** Florian Meyer. **Wekten.** Die kleinen Kammern. Vorher: Ballettdirektion. **Thalia.** Der Weiberkönig. **Central.** Die Puppe. **Welle-Alliance.** Die Tugendglocke. **National.** Der Wildschütz. Anfang 8 Uhr: **Schiller O.** (Wallner-Theater.) Die Kreuzschreiber. **Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) In Behandlung. **Neues.** Die lustigen Weiber von Windsor. **Carl Weiß.** Geschlossen. **Alteins.** Nachtsal. **Neidens.** Eine Hochzeitnacht. **Kunstpilsband.** Besten der Liebe. **Puppen.** Freigen. **Trianon.** Solos Frauen. **Kasino.** Mutter Gode. **Metropol.** Ein tolles Jahr. **Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Tisch. **Apollo.** Berliner Luft. Spezialitäten. **Pascht.** Im Zukunftsstaat. Spezialitäten. **Sternfeld-Theater.** Nur eine Nacht. Im andern Morgen. **Passage-Theater.** Hans Frey. **Dida.** Spezialitäten. Anf. 5 Uhr. **Wintergarten.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Sächsische Sänger. **Urania.** Tausendstrafe 18/19. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau. **Invalidenstr. 57/62.**

**Urania.** Tausendstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau. Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.** Friedrichstr. 165. **Rosa** das gelehrte Pferd!

**Zentral-Theater** Abends 7 1/2 Uhr: **Die Puppe.** Operette in 3 Akten von Ed. Audran. Freitag: Boccaccio. Duzendbillets mit 10 Prozent Ermäßigung, an allen Wochentagen gültig, gelangen sehr zur Ausgabe.

**Luisen-Theater.** Zum erstenmal: **Fritzechen.** Freitag: Fritzechen. Sonnabend: Bon Eins zu Eins. Sonntag, nachm.: Der Registrator auf Reisen. Abends: Fritzechen.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67. Zum Gastspiel Adolf Philipp. **„Ueber'n grossen Tisch.“** Anfang 8 Uhr. MALE: Ende 10 Uhr 30 Min. Sonntag nachmittags 3 Uhr: **„Ueber'n grossen Tisch.“**

**Residenz-Theater.** Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Eine Hochzeitnacht.** Schwank in 3 Akten von H. Kéroul und H. Barre. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das große Geheimnis.

**Carl Weiß-Theater.** Große Frankfurter Straße Nr. 132. Direktion: M. Ed. Fischer. Wegen Vorbereitung zur Novität: **Senta Wolsburg** bleibt das Theater bis inkl. Freitag geschlossen. Sonnabend zum erstenmal: Senta Wolsburg. Sonnabend: Erste Kinderverstellung keine Preise: Hünkel und Gretel. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Einmalige parodistische Opernvorstellung: Troubadour, Bajazzo, Tannhäuser.

**Schiller-Theater.** **Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Kreuzschreiber.** Bauernkomödie in 3 Akten von Ludwig Angenieder. Freitag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.** **Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **In Behandlung.** Komödie in 3 Akten von R. Dreier. Freitag, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.** Zum erstenmal: **Krieg im Frieden.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**

**Kleines Theater Neues Theater.** Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr. **Nachtschl.** Freitag: Fräulein Julie. Sonnabend: Nachtschl. **Thalia-Theater.** Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Welle-Alliancestr. 7/8. Täglich abends 7 1/2 Uhr: **Der Weiberkönig.** (Guido Thielscher, Lina Abarbanell, Fritz Helmerding, Josephine Dora.) Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: **Charlens Tante.** **Belle-Alliance-Theater.** Anfang 8 Uhr. **Die lustigen Weiber von Windsor.** Freitag: Die Kronprinzendenten. Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. **Belle-Alliance-Theater.** Anfang 8 Uhr. **Die Tugendglocke.** Vaudevillekomödie von Ferrer, bearbeitet von J. Aren und W. Schönfeld. Sonntag nachmittags 3 Uhr bei hellem Wetter: **Maria Magdalena.**

**Deutsche Konzert-Hallen.** An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Beck-Bräuerei.

**Metropol-Theater** Donnerstag und Freitag wegen Vorbereitung: **Geschlossen.** Sonnabend zum erstenmal: **Die Herren von Maxim.** Große Ausstattungsgespo mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach C. Fleurs „Messalinotte“ frei bearbeitet von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. **Kasino-Theater** Gelfringestr. 37. Anf. 8 1/2, Sonn. 7 1/2. **Wildes Blut.** Gesangsposse in 3 Akten. Nach der „Wilden Natur“ frei bearbeitet. Bisher das brillante hunte Programm. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert. **Trianon-Theater.** Heute und folgende Tage: **Gastons Frauen.** Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachmittags: **Madame X.**

**Lustspielhaus** Friedrichstraße 236. Zum erstenmal: **Fesseln der Liebe.** (Petit chagrin.) Anfang 8 Uhr. Freitag: Fesseln der Liebe. Sonnabend: Fesseln der Liebe. **W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16. **Extra-Elite-Vorstellung.** **Goldlotte.** Gesangsposse in 4 Akten v. Jacobson. Anfang 8 Uhr. Ende 10 30. Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Skala-Theater.** Einicntir. 132 (a. d. Friedrichstr.) **Sensationelles Programm!** **Löwys Duell** Solle mit Gesang in einem Akt. sowie **30 internation. Spezialitäten.** Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: **Konzert.**

**Original SINGER Nähmaschinen** Man beachte die Fabrikmarke. **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** Berlin, Leipzigerstrasse 92. Filialen in allen Städten.

**Zirkus Schumann.** Heute, Donnerstag, den 27. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend. Gala-Programm.** u. a.: Die beliebte jugendliche Schulleiterin **M. Dora Schumann.** Herr **Albert Carré,** Freiheitsdresdener. Das Tagesgespräch ist Berlin als wirtliche Emfation:

**Zirkus Busch.** **Grosser Elite-Abend!** 15 Polarbären — 10 Elefanten. **Coco** der menschliche Wunderaffe. **Eine Zebra-Komödie.** **Süd-Weit-Afrika** und die vorzähl. Programmnummern.

**Konsul II,** der menschliche Schimpfse. **Billy,** der irische Wunderponny, a. Rechenmeister. **Der phänomenale Chinko.** **The Jungmanns.** Barriere-Stroben. **Soures Minigio,** Barforce-Reiterinnen. **Director Albert Schumanns** **Montre-Dressuren.** **Ferner:** Sämtliche Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: **Koloater Erfolg!** **Michael Strogoff** oder: **Der Kurier des Zaren.** Großes mimisches Drama in 8 Akten mit pracht. Licht- u. Wasser-Effekten.

**Passage-Theater.** Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Nehm. Wochent. 5, Sonn. 3 Uhr. **Hans Frey,** Humorist. **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **Boskop.** Enthüllungsteier des Kaiser Friedrich-Denkmal. Im Vordergrund in glänzenden Aufnahmen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sowie Prinzessin Victoria Luise.

**Volksgarten-Theater** (früher Weimann). Donnerstag, den 27. Oktober cr.: **Keine Vorstellung.** Nächste Vorstellung Sonntag, den 30. Oktober: **Oorf** und **Stadt.**

**Stadt-Theater Moabit.** Anf. Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Ross-Theaters. **Philippine Welsfer.** Historisches Schauspiel in 4 Akten von Dofar v. Redwitz. Anfang 8 Uhr. **Entrée 30 Pf.,** numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, den 30. Oktober cr.: **Philippine Welsfer.**

**Herrnfeld-Theater** Nur noch kurze Zeit!!! Heute: **Am andern Morgen** Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit Anton und Osnal Herrnfeld in den Hauptrollen. **Auf. (auch Sonntag) 8 Uhr.** In Vorbereitung: **Prinz Lebu in Abyssinien.** Schwank in drei Akten von H. u. D. Herrnfeld.

**Etablissement Byggenhagen** Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: **Mittagstisch.** In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr: **Militär-Konzert.** Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Fritz Steidl-Sänger.** Nach jeder Vorstellung im Kaiserpalast: **Tanz.**

# Freie Volksbühne

Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
im Bürgersaal des Rathauses (Hauptportal):

## Erster Kunstabend.

Eichendorff - Mörike - Schumann - H. Wolf.

Mitwirkende:

Sängerin (Sopran): Fräulein Betsy Schet.  
Am Klavier: Herr Kapellmeister Alfred Ackermann.  
Rezitator: Herr Leopold Thurner vom Kleinen und Neuen Theater.

Entree 30 Pf.  
Garderobe 10 Pf. x x x Programm 5 Pf.  
Einladungskarten bei: Beier, Pfarr, Kumke, Böttger,  
G. Schulz, Horsch, Vogel, Löwenberg.

Sonntag, den 30. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr:  
Berliner Theater: Metropol-Theater:  
1. Abteilung. 6. Abteilung.

## Die Karlsschüler. Die Komödie der Liebe.

4. Serie: Die Juden  
von Tschirikow.  
(Novität!) Erstaufführung am 27. November er.

Humoristisch-satirisches Winterfest  
Sonnabend, den 19. November  
Brauerei Friedrichshain:

Das verbotene Reich.  
Postmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen. 229/18

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 30. Oktober,  
abends 7 Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

## Moderner Lyriker-Abend.

Mitwirkende: Kapellmeister Robert Erben (Klavier), Konzertmeister Adolf Sens (1. Violine), Konzertmeister Hermann Walter (2. Violine), August Bertram (Bratsche), Paul Neumann (Violon-Cello), Mitglieder des Orchesters des National-Theaters. - Fest-Rede: Friedrich Stampfer. - Gesang: Meta Schönfeld. - Rezitation: Frau Walcotte.

Nachher: Tanz.

Billets a 60 Pf. (inkl. Garderobe und Liedertexte) sind in der Schule, bei Horsch, Engel-Ufer 15, Gottfr. Schulz, Kottbuser Tor, Rosl, Barnimstr. 42, zu haben. 5/8

  
Ausnahmepreis!

Reichgestickte  
abgepaßte Portieren

Die komplette Dekoration  
(bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)

in Plüsch . . . . 10<sup>50</sup> (Wert 16,00)  
in Wollserge 7<sup>50</sup> (Wert 10,50)  
in Victoriatuch . . . 8<sup>25</sup> (Wert 13,50)

Eine Partie Wollportieren  
mit allerliebster Blumenkante  
per Shawl 2 Mark.

Teppich-Special-Haus  
Emil Lefèvre

Berlin Oranienstraße 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.

Pracht-Katalog  
etwa 600 Abbildungen  
gratis u. franco.

Extra billig!  
div. Teppiche  
mit kleinen Webfehlern!

Dr. Lippmann, 24470  
Spezialarzt für Hautkrankheiten,  
Joachimsthallerstr. 8,  
von der Reife zurück.

## Palast-Theater.

Bürgerliche Schauspielerei.  
Burgstraße 22. Anfang 8 Uhr.  
Das phänomenale  
Oktoberspezialität-Programm.  
Der größte Erfolg:

## Im Zukunftsstaat.

Burleske in 1 Akt von Max Koch.  
Freitag, den 28. d. M.  
Große Elite-Verteilung  
unter Mitwirkung aller Kapazitäten.  
Auf allgemeines Verlangen:  
„Kean“ oder: Leidenschaft und Genie.  
Schauspiel in 5 Akten von A. Dumas.  
Kleine Preise.

## „Palast-Theater“

Burgstr. 22.  
Früher Feen-Palast.

## Voranzeige.

Am 1. November er. beginnt eine  
große internationale Ringkampfboutique  
unter strenger sachmännlicher Leitung einiger Berliner  
Sportleute und Aufsicht der Presse,  
um wirklich den besten Ringler der  
Welt zu ermitteln.

Abgewiesen wird jeder Professionsringler von Renommee.  
Abgewiesen wird keiner.  
Der I. Preis ist 3000 M.

Die Namen der Ringler  
werden zurzeit bekannt gegeben.



LIANE DE VRIËS  
Pariser Sängerin.

## „Der Wunder-Kessel.“

Edi Stadler, Jodler.  
Stelling-Trappe,  
komische Reckturner.  
Morton und Elliot,  
Papier-Manipulatoren.  
Pas de Deux oriental.

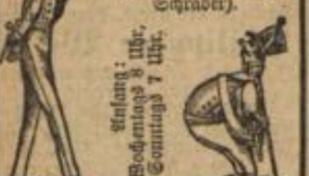
Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Howard da Grey, Barfüßentänzerin.  
Parmans Bros., Clowns.  
Agouat-Familie, Jongleure.  
Larive, französische Soubrette.  
Das Metogiri,  
Romsakoffs, weibliche Kosaken.  
Der Biograph.

## Wintergarten.

TÄGLICH:  
Der Wunderkessel  
(The Magic Kettle).

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger  
(Reyfel, Metro, Britton,  
Steidl, Plättner, Böhm,  
Bödmann, Walden,  
Schradler).



## Sanssouci.

Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.  
Sonn-, Mont-, Donnerst.:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
Nach jeder Soliree:  
Tanzkränzchen.  
Jed. Dienstag u. Mittwoch:  
Theater-Abend.  
In Vorbereitung:  
Mensch Argere Dich nicht.  
Soffe mit Gef. in 4 Akten.  
Alle ausgegebenen Vor-  
zugsarten gelten.

## Otto Pritzkows

## Abnormitäten - Ausstellung

Müggelsp. 10.  
Täglich Vorstellung  
menschlicher Kuriositäten.

Feodora, das Weib mit den  
Löwentagen.

Arabella, die tätowierte  
Schönheit.

Medizinische Rätsel, Gedankenleser.



Gustav  
Behrens  
Spezialitäten-  
Theater,  
Frankfurter-  
Allee 85.

Vollständig neues Programm.  
Gefühl. Cianée, Salongesellschaft.  
Signora Bella, spanische Tänzerin.  
Mr. Florenti, Roger Ruffal.  
Neu! Neu!

Ein Königreich für eine Frau.  
Woffe in einem Akt.  
24 Nummern.

## Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.  
Jed. Montag, Donnerstag u. Freitag:  
Horal's Norddeutsche  
Sänger.

Jeden Donnerstag  
nach der Soliree:  
Tanz-Stränzchen.  
Täglich: Gr. Bürgerl.  
Mittagstisch.

Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Versamm-  
lungen usw. zu kulanl. Bedingungen.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
m. Empf. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.  
H. Unger, Gummimwarenfabrik,  
Berlin N., Friedrichstr. 131c.

## Zur gefl. Beachtung!

Meine Geschäften und mein  
Comptoir befinden sich nach erfolgtem  
Umzuge Schöneberg, Weißger-  
straße 27, früher Belle-Alliance-  
straße 84. W. G. Wegner.

## Pianino

Schwächen, zu verl.  
Ritterstr. 121 b. Berl.

## Rheumatismus

Gliederschmerzen, Gicht etc. ver-  
schwinden durch einfaches Ge-  
brauch „Electricum“ (Extrakt  
von „Nether“). Reines Natur-  
produkt von harter durchgreifender  
Wirkung, kräftigt wunderbar. Glieder  
und Nerven. Zahlreiche Aner-  
kennungen. Fl. Mk. 1.- u. 2.-  
frk. Mk. 2.50.

Otto Reichel, BERLIN 43,  
Eisenbahnstr. 4.

## Neu eröffnet!

Gemüse, Grünkraut, Obst, Porst-,  
Holz-, Kaff- und Kohlengeschäft.

Gustav Krüger,  
Berlin O., 23765  
Vorlagenerstraße 11.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.

## Kronleuchter - Fabrik

Mit Gas u. Petroleum.  
Größte Auswahl.

400 Kronen  
von 10-700 M.  
Verk. zu billigst. Fabrik-  
preisen an Private.  
Auf Wunsch Teilzahlung  
ohne Preisvorhöhung.

## Siegel & Co.

Prinzenstrasse 38.

◆ Scheruchs Festsäle ◆  
Rüdersdorferstr. 45  
◆ Sonnabends u. Sonntags noch frei. ◆  
681L\* Ergebenst Albert Scheruch.

## Berliner Ressource

Kommandanten - Strasse 57.  
Empfehle meine hochgelegenen, renovierten, großen u. kleinen Festsäle  
zu Festlichkeiten und Versammlungen. (2082\*)  
Bersprecher Amt IV, 9075. Adolf Stein.  
Silvester frei.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel  
sind die altemährten, vorzüglich schmeckenden  
Spigweggerichsaft-Bonbons. 8192\*

Stoßer unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen  
der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei  
Gustav Behm, Frankfurter Allee 120,  
Rixdorf, Hermannstraße 46. Oberstraße 46 und

Begr. 1864  
Pelzwaren-Fabrik  
Neue Königstraße 21, II.  
verkauft nach beendeter En-  
gros - Saison Reismuster,  
Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu  
billigsten Engros-Preisen.  
Es gelangt nur wirklich reelle  
Kürschnerware zum Verkauf.  
Reparaturen jeder Art werden  
billigst und sauber aus-  
geführt.

Dr. med. Saland  
Berl. d. Naturheill.  
Sprechstunde für Kranke,  
bes. Frauen  
Kuranstalt  
Köpenicker Strasse 72  
11-2, 6-8. Sonntags 10-12  
Köpenicker-Strasse 20  
(Nähe Stadth. Barshauer Str.)  
8-9, 3-4. Sonntags 8-9.

Thurmstr. 85

Berlin NW. 21, den 22. Oktober 1904.

Sehr geehrter Herr!

Die Absicht, Ihnen Offerte zu machen, hege ich schon  
lange. Ich würde mich direkt an Sie wenden, doch ist  
es mir nicht möglich, soviel Besuche zu machen, oder  
Briefe zu schreiben, als ich Offerten beabsichtige.  
Ich wende mich daher durch den „Vorwärts“ an Sie mit  
der höflichen Anfrage, ob Sie in dieser Saison einen  
Paletot, Anzug, Joppe, Hose etc. brauchen. Sind Sie  
mit Ihrer bisherigen Bezugsquelle zufrieden, so habe  
ich keine Veranlassung, Ihnen mein Angebot zu unter-  
breiten. Gehören Sie aber zu den mit ihren Lieferanten  
Unzufriedenen, oder haben Sie einen anderen Grund, mit  
Ihrem Einkaufshaus zu wechseln, z. B. wenn Sie ver-  
zogen sind, so bitte ich Sie, Nachstehendem einige  
Aufmerksamkeit zu gewähren:

Ich habe in Berlin, Thurmstrasse 85, ein Konfektions-  
Haus erstklassiger Herren- und Knaben-Garderoben, und  
habe mich durch absolut feste Preise und reelle Bedie-  
nung sehr gut eingeführt. Ich biete Ihnen solide und  
gediegene Herren-Konfektion, auf Wunsch auch Maass-  
Anfertigung, und stehe mit ersten Referenzen zu  
Diensten.

Ich bitte um Ihren Besuch und zeichne

Hochachtungsvoll

HERRMANN SCHLESINGER.

Im Falschmünzer-Prozess

Verlas gestern der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow die aufgestellten 60 Schuldfragen. Dann begann der Staatsanwalt Dr. Freischmar seinen Kampf mit der Wissenschaft...

Es ist ja nicht abzuleugnen, daß wir in einem nervösen, die Geisteskräfte leicht abnutzenden Zeitalter leben, aber man hat in jedem Falle die Pflicht, die Frage nach dem Vorliegen des § 51 sehr sorgfältig zu prüfen und ein besonderer Argwohn ist berechtigt, da, wo an dem betreffenden bis zu dem Augenblicke, als er das Verbrechen beging, von keinem Menschen eine Geistesstörung beobachtet worden ist...

und viele Menschen werden ganz augenfällige Sonderbarkeiten an sich haben, ohne daß sie für geistesgestört zu erachten sind. Der Staatsanwalt gibt den Geschworenen die Versicherung, daß er es bei der großen Wichtigkeit dieser Sache und bei dem Interesse, das sie für die Staatsordnung und für Handel und Verkehr hat, für seine Pflicht halte, an die Schuldfrage ebenso unbefangenen heranzutreten wie die Geschworenen selbst.

Die bestgeschloffenen Menschen

sind, während sie tatsächlich sorgsam und nach pflichtgemäßer Ueberzeugung Schuld und Unschuld abwägen und wenn sich Zweifel ergeben, eine Anklage überhaupt nicht erheben. Aber dann schimpft wieder der Denunziant über sie. Was die Bestgeschloffenheit des Lades betrifft, so mögen sich die Geschworenen vergegenwärtigen, daß bei ihm nicht eine einzelne Tat, sondern eine große Zahl von Taten in Frage kommt, die auf eine Geistesstörung in keiner Beziehung hinweisen, vielmehr eine Fülle von Ueberlegung und Intelligenz, eine sorgfältige Anwendung eines Denkplanes verraten.

Der Staatsanwalt schilderte eingehend die tatsächlichen Vorgänge und hielt die Schuld der einzelnen Angeklagten für erwiesen. Er wiederholte, daß nach seiner vollen Ueberzeugung das ganze Tun und Treiben keinerlei Bedenken über die Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten Gelhaus und Lade aufkommen lassen. Gelhaus sei ein ganz plumper Simulant. Die Sachverständigen haben ihn für degeneriert erklärt und er sei auch zweifellos moralisch degeneriert, aber die Gerichte und die Staatsanwaltschaften haben die Pflicht, die menschliche Gesellschaft vor solchen Personen zu schützen.

nicht für geistesgestört

im Sinne des § 51. Die ganze Tätigkeit desselben und sein Auftreten widersprechen der Annahme, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen sei. Er sei weit entfernt, die Wissenschaft gering zu schätzen oder die Bedeutung der Psychiater, die ihre Mitwirkung dem Gericht zur Verfügung gestellt haben, zu mißachten, für ihn frage sich aber, ob das, was die Psychiater geboten haben, mit seiner eigenen aus dem Ergebnis der Verhandlung gewonnenen Ueberzeugung in Einklang zu bringen sei.

Von den

Verteidigern

sprach zunächst Rechtsanwält Sahn, der den Geschworenen and Herz legte, dem Angeklagten Steger mildernde Umstände zu bewilligen. Steger sei von Lade, der einer der raffiniertesten Verbrecher sei, verführt worden und auf die abfällige Waise gelangt. Rechtsanwält Kroner beantragte die Freisprechung des Angeklagten Kaiser, da er jeden Beweis dafür vermisst, daß Kaiser auf seiner mit Gelhaus unternommenen Reise falsche Fingerringe abgesetzt oder abzugeben versucht habe.

Die Sitzung wurde hierauf auf Donnerstag vertagt. Die Verteidigungstreden sollen alsdann fortgesetzt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, Vortrag von Frau Maria Holma über das Thema: „Psychologie der modernen Arbeiterin.“ Gäste willkommen.

Das erledigte Koalitionsrecht.

Ein Konflikt zwischen Mutterliebe und Arbeiterinnenpflicht wurde in Nr. 247 des „Vorwärts“ geschildert.

Dieser durch die in der Denkart der Koalitionsverächter besangene Vormundschaftsbehörde zu Sommerfeld R.-A. hervorgerufene Konflikt ist beendet: Die Mutterliebe blieb Sieger, und das Koalitionsrecht erlag! Die Arbeiterin war vor die Wahl gestellt: Entweder Austritt aus dem Tegtisarbeiter-Verbande oder Verzicht auf die Vormundschaft über die eigenen Kinder.

Werfe niemand einen Stein auf die Mutter: die Schwäche der Arbeiterorganisation in Sommerfeld und die ganzen dort beschwerenden Zustände lassen nur zu begreiflich erscheinen, daß sie nachgab. Wer weiß, ob eine höhere Behörde nicht den Vorstoß gegen die Organisation gutgeheißen hätte? Und wenn auch vielleicht das formelle Recht schließlich gestiftet hätte — es gibt ja noch so viele andere Mittel, selbstbewusste Arbeiterinnen klein zu kriegen.

Doch ist's ein Paradoxon, den die koalitionsfeindliche Gerichtsbehörde errang: Im Herzen bleibt die Arbeiterin dieselbe, genau wie jene Arbeiter, die aus tatsächlichen Erwägungen auf Anraten ihrer Organisationsleitung den erzwungenen Austritt aus der Organisation vollaßen.

Merken soll man aber den Anti-Koalitions-Terrorismus, er wirkt ein Schlaglicht auf so manches Urteil gegen Streikende und erklärt vieles. Merken soll man sich auch das Verhalten der bürgerlichen „Koalitionsfreunde“, deren Presse nicht eine Zeile übrig hatte für die um ihr Recht gekämpfte Sommerfelder Arbeiterin. Selbst das Organ der Reich-Dunckerischen Gewerksvereine, das in Rottbus-Breschau erscheint und in Sommerfeld verbreitet wird, ging achlos vorüber an dem Sommerfelder Behörden-Terrorismus. Schöne Koalitionsfreunde!

Die bedrohte Freiheit niederländischer Frauen.

Ähnlich wie bürgerliche Frauenrechtlerinnen in Norwegen unter dem Vorwand rechtlicher Gleichstellung der Geschlechter gegen besondere gesetzliche Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen Propaganda machen, haben sich auch in Holland eine Anzahl Frauen zusammengefunden, die im Namen der „Freiheit“ der Frau jeder besonderen Beschränkung der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft entgegenwirken. Diese einsichtsvollen Vertreterinnen der Damenbewegung, die ein Komitee in Sachen gesetzlicher Regelung der Frauennarbeit bilden, haben an die Zweite Kammer eine Petition gerichtet, in der sie sich gegen das in dem Entwurf zum neuen Arbeitsgesetz vorgeschlagene Verbot der Beschäftigung von Müttern in Ziegelfabrikation aussprechen. Mit beiderer Satire bemerkt unsere Parteigenossin Ida Beijerman in „De Vrouw“:

„Ach, ach! Wie werden sich all die petitionierenden Frauen selbst, ihre Töchter und Schwestern nun in den Dienst der Ziegelfabrikation stellen, um dieses kränkelnde, gesunde, reichum spendende Gewerbe auszuüben! Es ist doch wahrlich eine Schande, daß der Gesetzgeber und Frauen zur Sklaverei verdammt, indem er die Ziegelfabrikation von ihnen geliebten Steinen wegholt. Dann können die Petenten das liebliche Stüdchen Arbeit ja auch nicht verrichten. Und eine Frau kriegt doch immer nur alle drei Jahre ein Kind, niemals alle zwei Jahre oder in kürzerer Zeit!“

Und ist es nicht ein Angriff auf unsere töpliche Freiheit, ist es nicht eine Verleumdung, anzunehmen, daß eine Frau nicht den Haushalt führen, Kinder zur Welt bringen und nähren und zu gleicher Zeit Ziegelsteine aufstapeln, farren, nach dem Ofen bringen kann usw.? Das Pantieren mit Ziegelsteinen ist doch ein viel heiligeres und wichtigeres Werk als die Kinderpflege. Denn sonst würden ja die Grundbesitzer der Nation erschüttert. Schredlich. Nun stehen sie allerdings noch fest, ruhend auf abgearbeiteten Frauen und blutlosen Kindern.

Weg also mit aller Freiheitsbeschränkung. Eine Mutter mag doch ihren eigenen Körper und den ihres neugeborenen Kindes verwahren! Der Staat sollte das verhindern müssen? O, Schande für uns Frauen, o, Antastung unserer teuren Freiheit! Eine Mutter muß nicht das Bedürfnis haben, ihr Kind zu nähren. Was tut sie auch mit Muttermilch, wenn da Ziegelsteine zu bearbeiten sind! Der Staat sollte sie zwingen, ihr Kind an die Brust zu legen, damit die zarten Lippen nehmen, was die Natur gab? O, ihr wankenden Grundbesitzer der Freiheit der Nation. O, Tyranni — o, lächerliche Willkür!

Es ist doch aber herrlich, daß es petitionierende Frauen gibt, die so für unser aller Freiheit wachen!

Die „freie Hochschule“ hat unter ihren diesjährigen Kurfen auch einen Julius „Einführung in die Probleme der Frauenfrage“ eingerichtet und als Dozentin Elise Lüders dafür gewonnen. Der Kursus ist achtstündig (Geschichtliche Entwicklung. — Erwerbs- und Bildungsfrage. — Soziale Mitarbeit. — Arbeiterinnenfrage. — Zusammenfassung.), er findet jeden Freitag von 8—10 Uhr abends statt in der Aula der Charlottenschule, Berlin W., Steglitzerstr. 29. Beginn des Kursus am 28. Oktober. Hörgelübungen 4 M. Verkaufsstellen der Hörerarten für die freie Hochschule in familiären Filialen der Firma Loeser und Wolf, bei A. Wertheim, sowie in den Buchhandlungen.

Versammlungen.

Dritter Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im Gewerkschaftshause seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach einer Ehrung des verstorbenen Reichstags-Abgeordneten Albert Schmidt gab der Vorsitzende Friß bekannt, daß sich der Vorstand auftragsgemäß mit der Angelegenheit Dr. Friedeberg beschäftigt hat und einstimmig zu folgendem Beschlusse gekommen ist:

Auf dem Boden des Rechts der freiesten Meinungsäußerung stehend, sieht der Vorstand des Wahlvereins für den 3. Westliner Reichstags-Wahlkreis keinen Grund, wegen des am 3. August in „Kellers Festsaal“ gehaltenen Vortrags gegen den Genossen Dr. Friedeberg als Mitglied des Vereins vorzugehen.

Dieser Beschlusse wurde auch von der Versammlung einstimmig gebilligt. Dirksfeld verlas sodann die Abrechnung vom dritten Quartal. Vereinnahmt sind 2882,35 M. und verausgabt 1440,20 M., ferner ein Bestand von 1612,15 M. verbleibt. In Agitationszwecken wurden dem Vertrauensmann wiederum 1200 M. überwiesen. — Hierauf hielt Genosse Grunwaldt einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „50 Jahre preußisches Herrenhaus“. Redner ging ausführlich auf die Entstehung, Zusammensetzung und Wirksamkeit des preußischen Herrenhauses ein, das am 12. Oktober 1864 durch Friedrich Wilhelm IV. ins Leben gerufen, in diesem Jahre sein 50jähriges Jubiläum begehen konnte. Mit trockenem Humor veranschaulichte er die gesetzgeberische Tätigkeit der „geborenen und berufenen“ Gesetzgeber in diesem vorparlamentarischen „Parlament“, das zwar eine politische Mißgeburt sei, trotzdem aber noch heute einen unheilvollen Einfluß in der preußischen Politik ausübe. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es schließlich dem Proletariat vorbehalten sein werde, das Staatswesen von diesem üblen politischen Fremdkörper, der im vollen Sinne des Wortes ein mehr wie retardierendes Element in der Gesetzgebungsmaschinerie sei, zu befreien. — Zum Schluß hatte sich die Versammlung noch mit einem Ausschlußantrag eines Genossen gegen einen anderen zu befassen. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Zentral-Verband deutscher Tegtisarbeiter. Filiale IV. (Stidereibranche.) Am Mittwoch, den 19. Oktober, fand im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer, die Generalversammlung statt. Zu 47, welcher als Mitglied der Agitationskommission der Provinz Brandenburg erschienen war, gab in kurzen Umrissen ein Bild von der Arbeit und dem Wirken der Kommission und zeigte, welche Vorteile wir davon hätten. Die Wahl eines Mitgliedes der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg fiel auf A. d. Als Mitglieder der Agitationskommission für die Stidereibranche wurden Paul und Fr. Simon gewählt. Hierauf erstattete Scheich den Kassenbericht. Der Bestand war 1428,21 M. Die Einnahmen betragen 289 M., die Ausgaben 296,20 M., bleibt ein Bestand von 1420,92 M. Ref. Hoppe gab nun den Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. Es waren 150 Stellen zu besetzen, davon blieben 43 Stellen unbesetzt. Rasthke regte an, bei den Berichten den Grund anzugeben, warum so viele Stellen unbesetzt blieben; schuld daran könnten nur die schlechten Preise sein. Bei „Verschiedenes“ erstattete Scheich die Mitglieder, bei Wohnungswechsel ihre Adressen einzufügen, desgleichen die Fragebogen für die Arbeitslosen-Statistik an seine Adresse Gräfstraße 69 oder an Engel, Seidelstraße 30 zu senden. Um die Agitation zu fördern, macht Basewitz den Vorschlag, daß jedes Mitglied, welches eine Stellung antritt, die Privatadresse der dort beschäftigten Personen an den Vorstand zu senden hat, um dadurch der Agitationskommission mehr Zählung mit den indifferenten Kollegen zu geben.

Die Lokalkasse Charlottenburg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 17. Oktober im Posthaus ihre Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer Hase die Abrechnung vom 3. Quartal. Danach betragen die Einnahmen der Verbandskasse inkl. Guthaben bei der Hauptkasse vom vorigen Quartal 1476,09 M., die Ausgaben inkl. Eingehalt 1426,30 M. Mithin bleibt ein weiteres Guthaben von 50,79 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inkl. Bestand vom vorigen Quartal von 2282,97 M., dieser stand eine Ausgabe gegenüber von 1490,89 M., bleibt also ein Bestand für das nächste Quartal von 742,08 M. Sodann berichtete der Bevollmächtigte Wolf über die Art des Zustandekommens und die Innehaltung der Aussperrungsbeschlusses, den die Möbelstickermeister gefaßt haben, und über die allgemeine Lage der Holzindustrie in Berlin und den Vororten. Hierauf erfolgte die Wahl der Kollegen Obst und Richter in die Werkstattkontroll-Kommission, da zwei andere Mitglieder derselben wegen Vernachlässigung desselben von ihrem Posten entbunden wurden.

Stralau. Am Sonntag, den 16. d. M. hielt der sozialdemokratische Wahlverein für Stralau und Umgegend seine Generalversammlung ab. Sonnenburg erhaltete in kurzen Worten Bericht vom Parteitag und erklärte sich die Versammlung mit den vom Parteitag gefaßten Beschlüssen einverstanden. Hierauf erstattete der Vertrauensmann Bericht über seine Tätigkeit. Die Einnahme des Vertrauensmannes betrug 665,45 M., die Ausgabe 554,82 M., bleibt ein Bestand von 110,43 M. Dann erstattete der Vorstand Bericht vom letzten Geschäftsjahre. Im Bezirk Stralau ist die Mitgliederzahl 171. Gewerkschaftlich sind 490 Personen organisiert. Der Kassenbestand des Vereins beträgt 262,03 M. Dann wurden die Neuwahlen vorgenommen und wurde O. Hänisch zum Vertrauensmann einstimmig wiedergewählt. Zum Vorsitzenden wurde Herrm. Hallwag, zum Kassierer Herrm. A. Schendorf, zum Schriftführer Theod. Hallwag und zu Revisoren wurden O. Rippert, E. Riefe und W. Thirschwich gewählt. In die Lokalkommission wurden gewählt W. Stender, Fr. Fröß und R. Riefe. Zu der am 30. d. M. stattfindenden Kreisversammlung wurden Herrm. Hallwag, Emil Bernsdorf für Stralau, Heint. Kume für Hennickendorf und als Ersatzmann Herrm. Hallwag gewählt. Unter Verschiedenem wurde von mehreren Mitgliedern über die zu späte Zustellung des „Vorwärts“ Klage geführt.

Weihensee. Am 18. d. M. hielt der sozialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Schmutz gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und bemerkte, daß derselbe nicht reichhaltig sein könne, da der eigentliche Bericht halbjährlich erfolge. Er wies darauf hin, daß nach § 15 in diesem Vierteljahr nur ein Mitglied ausgeschlossen sei, daß aber infolge der stattgefundenen Gemeindevorsteher-Ergebnisse für die nächste Geschäftsperiode eine größere Anzahl solcher Genossen ausgeschlossen werden müßten, welche ihrer Wahlpflicht nicht nachgekommen seien. Ferner gab der Vorsitzende eine Veranschaulichung der Mitglieder. Ein Antrag, dem Kreisvertrauensmann 500 M. zu überweisen, sowie 100 M. für die Bibliothek auszugeben, wurde angenommen. — Der schriftlich vorliegende Kassenbericht ergibt eine Mitgliederzahl am 30. September von 823 Personen. Die Einnahme betrug 1062,50 M. Derselben steht eine Ausgabe von 498,50 M. gegenüber; mithin bleibt Bestand 564 M. — Der Bericht des Vertrauensmannes ergab eine Einnahme von 1408,98 M., eine Ausgabe von 1321,26 M., mithin einen Bestand von 85 M. Der Vertrauensmann Kestle berichtete über die stattgefundenen Versammlungen und bemerkte, daß eigentlich nur die Gemeinde-Ergebnisse eine regere Tätigkeit erfordert habe. Den Bericht vom Sommerfest gab Peulert. Die Einnahmen und Ausgaben ergaben ein Defizit von 68,00 M. Kummert nahm die Versammlung den Bericht der Expedition des „Vorwärts“ am Orte entgegen. Die Einnahmen der Expedition schwanken im Monat zwischen 1365 und 1421 M. Bestand 214,04 M. gegen 198,55 M. im März. Mithin ist auch in diesem Unternehmen des Vereins ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Abonnentenzahl betrug am 1. April 1088, am 30. September 1082. Die Zeitungskommission berichtet durch Genossen Haal über eine vorzügliche Ordnung in der Geschäftsführung und berichtet, daß das „Neue Montagblatt“ gewünscht habe, durch die Parteipublikation am Orte vertreten zu werden; jedoch hat die Kommission dies abgelehnt. Die Lokalkommission berichtet durch Breitzweig über 11 stattgehabte Sitzungen und ermahnt, die Lokalliste besser zu berücksichtigen. — Die Wahlen ergaben: 2. Vorsitzender wird Rostoff, Vertrauensmann Peulert, Zeitungskommission Siegriff, Zemke, Reich, Schumann, Haal, Taubmann und Leubert, Lokalkommission Schur, Rostoff, Andree, Revisoren Kestle, Koopmann und Godapp. Die Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung ergab Kestle, Siebert, Haal, Rostoff, Peulert, Harms und Andree. Unter Verschiedenem teilte Gemeindevorsteher Genosse Taubmann mit, daß anlässlich des 25jährigen Bestehens des Ortes von der bürgerlichen Gemeindevertretung eine Jubiläumssfeier geplant werde. Redner fordert in bezug auf die mitleidige Finanzlage des Ortes auf, energisch Stellung zu nehmen gegen die etwaige Verwendung von öffentlichen Mitteln hierzu. Die Versammlung beschließt, in der nächsten General- oder Vereinsversammlung in diesem Sinne auf die Tagesordnung zu setzen: Die 25jährige Jubiläumssfeier des Ortes Weihensee.

Tegel. Am 18. Oktober hielt der Wahlverein seine Mitglieder-Versammlung ab. Die überfüllte Versammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Genossen Albert Schmidt, nachdem der Vorsitzende Scheidemantel auf die Ursachen des tragischen Vorfalles hingewiesen hatte, durch Erbeben von den Plätzen. — Genosse Buchholz, Charlottenburg hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der Weg zum Sozialismus“. — Die in der letzten Versammlung angekündigte Bibliotheksordnung wurde beraten und ihre Anwendung genehmigt. — Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen: „Bei Verhandlungen verstorbenen Mitglieder des Wahlvereins den Verein durch Delegation mit Angehörigen vertreten zu lassen. Unter allen Umständen aber davon Abstand zu nehmen, sobald der Feierlichkeit ein Geistlicher beivohnt, um unliebsame Vorcommissie bekannter Art zu vermeiden.“ Hierauf bestätigte die Versammlung 7 neu-aufgenommene Mitglieder.

# Spar-Verein Osten G. m. b. H.

Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn L. Keller, Koppenstraße 29:

## Mitglieder - Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wahl von Delegierten zur Generalversammlung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Mitglieder! Da dies die einzige Versammlung ist, wo Ihr eure Rechte wahrnehmen könnt, ist es notwendig, daß ein jeder erscheint.  
Mehrere Delegierte der Konsumenten. [205/9]

# Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

**Heute abend 8 1/2 Uhr**

im Gewerkschaftshause, Engel-Platz Nr. 15, Saal 1:

## Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches, u. a. Wahl eines Beisitzers zum Zentralvorstand sowie einer Revidenten-Kommission.
2. Entgegennahme der Rechenschaftsberichte.
3. Erhöhung der Lokalbeiträge.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Zahlreichen Besuch erwartet

### Nur 12 Minuten

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen.

**Nur bis zum 1. November 1904**

werden noch 40 Parzellen zu Ausnahmepreisen von

**1 M. 20 Pf. an pro qm netto Bauland**

unter günstigen Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landhausbau gestattet.

Räheres von 10-6 Uhr im Restaurant Moier, Straße am Falkenberg 19 bei Grünau. (Firma und Nummer beachten!)

# Zentral-Verband der Glaser.

Achtung! **Glaser.** Achtung!

Freitag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15:

## Ankerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Tarifkommission.
2. Ausgabe der Arbeitsberechtigungskarten.
3. Weitere Maßnahmen.

Jeder bei tariffreien Firmen beschäftigte Kollege erhält gegen Vorzeigen des Verbandsbuches eine rote Arbeitsberechtigungskarte mit Wochendatum. Kollegen, welche bei nicht tarifgebundenen Firmen arbeiten, haben das den paritätischen Arbeitsnachweis betreffende Formular, von ihrem Arbeitgeber unterschrieben, abzugeben.

## Achtung! Bauarbeiter!

Es wird dringend darum gebeten, vom Sonnabend an jeden Glaser nach seiner roten Arbeitsberechtigungskarte zu fragen.

Der Vorstand.

J. H.: Jahn, Nieder-Schönhausen, Köpenickerstr. 47.



**Trinkt Bilz-Bräuse.**  
Bestes alkoholfreies Erfrischungsgetränk.  
Otto Starck, N.O., Landsberger Allee 6-7.  
Tel. VII, 1666.

## Graumanns Festsäle

Theaterbühne. Naunynstr. 27. 3 Regelpark.

Sonnabend, der 12. November cr. frei geworden.

## Ein Hoch unserem schwarzen Bobbin zum heutigen Wiegenfeste.

Die Farbigen.

Unsere Kollegen Karl Wartenberg und Heinrich Pries zum heutigen Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch.

## Konsum-Verein „Biene“.

Sonntag, den 30. d. M., vormittags 10 Uhr,

in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 58:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vorlegung des Geschäftsberichts. Das Quartalsrechnungsbuch legitimiert.

Die Verwaltung.

## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen u. Maß, tabell. Ausf. Verstatt im Hause.

Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

**J. Kurzberg,**

An der Jannowibridge 1. I.

Bahnhof Jannowibridge.

Patente, Anmeldung, Verwertung.

Kauf, Finanzierung in- und Ausland, Ratsschläge kostenlos.

Prüfung von Ideen. Sequemite Zahlungsweise. 9-4, Sonnt. 11-1.

Wollers & Co., Wilhelmstr. 119/120.

## Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Zahlstelle Ober-Schönowide.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 24. d. M., morgens 4 1/2 Uhr, unser lieber Kollege

## Wilhelm Zerbe

im Alter von 46 Jahren aus unserer Mitte verschieden ist.

Die Beerdigung findet heute den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Chausseestr. 127 in Beitz auf statt.

Um rege Beteiligung ersucht 64/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter

## Ludowika Käppel

geb. Mostalit

am Sonntag, den 23. d. M., 12 1/2 Uhr verschied.

Um stille Teilnahme bittend zeigen liebendsten

Albert Käppel nebst Kindern.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Matthiashofes (Südende) aus statt.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Solidarität“, dem Musikklub „Edelweiss“ für die Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau Marie Schenk sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel,** Prinzen-

Str. 41,

Specialarzt für [35/13]

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

# Soeben erschienen: Fritz Reuters sämtliche Werke.

Neue u. zugleich billigste Ausgabe: In 4 eleganten Leinenbänden 6,- M.

In 4 eleganten Halbfranzbänden 11,- M.

Preis der bisher billigsten Ausgabe 10,- M.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Linden-Strasse 69, Laden.

# Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste telegedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Spottblinder Bettverlauf, Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neuzechn. 754\*

Spottblinder Palettoverkauf, Gardinenverkauf, Pfandleihhaus Weidenweg neuzechn. 754\*

Spottblinder Teppiche, Steppdecken, Anlette, Aussteuerwäsche, Wiederverkäufer vorzuziehende Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Weidenweg neuzechn. 754\*

Spottblinder Regulatoren, Freischwinger, Taschenrechner, haumetregger Pfandleihhaus Weidenweg neuzechn. 754\*

Pfandleihhaus Kärntnerplatz 7, verkauft raumend billig Betten, Bettwäsche, Gardinen, Anlette, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Kranzringe, goldene Herrentaschen, Damenschürzen und sonstige verlassene Sachen.

Geliebte Kleider: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen (spottblind), Lude, Dramenstrasse 131.

Cybergläser, Koffer, Revolver, Leihbüchsen, Röhren, Harmonikas, Geigen (spottblind), Lude, Dramenstrasse 131.

Reihzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, (spottblind), Lude, Dramenstrasse 131.

Gardinenhaus Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737\*

Hochvernehme Herren-Kingje, Winterpaletots, vorzüglich, aus feinsten Rohstoffen, 18,00-38,00. Deutsches Pfandleihhaus, Säckerstraße 63 I. \*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Rimm, Hofischer Markt 4, Bahnhof Bötzje. 142/12\*

Große Sofa-Teppiche, 2 Meter lang, mitierter Brühl 3,75, mitierter Werker 5,50, Lapetstrichbrüffel 6,50. Extrapreise. Teppichhaus Emil Ledore, Dramenstrasse 158.

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstrasse 35 b.

Möbel, Teppiche. Durch Zufall habe ich große Partien Waren wieder gekauft. Offizierte deshalb, soweit der Vorrat reicht, (spottblind): hochlegante, neue Ausbaumetrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büffette, Schreibstühle 20,00, Bücherregale, Waschtisoleiten, Anleitetische, Säulen, Truhen 30,00, Salonarmaturen, Vaneesofas, Tisch, Bettstellen, Küchenbetten mit hochleganten Dimanden 22,50, prachtvolle, ertragreiche Salonteppiche 18,00 und 25,00, nunderhöres, reichgegliederte Tischportieren, Steppdecken, Tischgardinen, Tischdecken 5,00, Küchenschüssel, Platinen, Silber, Kronen, Uhren (spottblind) nur im großen Möbel-Verkaufsgeschehen (Anhalter Bahnhofs) Wödenstrasse 25, direkt Hochhausbaltestraße. Ganze Warenlager, Konstruktoren, Wirtschaftler laufe jederzeit und lasse dieselben zu coulantem Bedingungen veräußern. Gekaufte Möbel lagern kostenlos. 24683\*

Bettfedern von 35 Pfennig an; acht chinesische Randarinen - Daunen 1,90 Mark pro Pfund. Fertige Betten 11 Mark an. Rag Schöne, Landsberger Allee 149. Täglich Dampfbelldedern-Reinigung. 748\*

Möbelfabrik liefert geschmackvolle Wohnanordnungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung, Garnat, Tischlermeister, Dresdenstrasse 124. 58\*

Möbelfabrik Dramenstrasse 58, am Vorplatz, direkt Fabrikgebäude, kein Laden. Wegen Aufgabe der Lieferungen an Wiederverkäufer gebe jetzt direkt an Privatleute zu bedeutend ermäßigten Preisen folgendes: Kleiderständer 23, Schlafsofa 30, Chaiselongue 17, Bettstelle mit Matratze 19, Truhen 30, Tischstühle 27, Vaneesofa 50, Tischsofa 42. Das 25-jährige Bestehen meines Geschäftes bürgt für Realität. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Teilzahlung gestattet. 24836\*

Metallbetten, zwei hochlegante, Doppelbettung, komplett 110,00, Kinderbett 25,00, Rappold, Ritterstrasse 112. 24315\*

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte, (spottblind), Schneider, Kurfürstenstrasse 172. 17215\*

Orchesterion, vorzüglich (plein), mit elektrischem Betrieb, umständehalber sehr preiswert zu verkaufen. Offerten unter U. 3 Expedition des „Borndrucks“. 24425\*

Musikwerte, selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidenstrasse 148 (Eingang Bergstrasse), Frankfurterstrasse 56, Stallgerstrasse 40. 768\*

Teppiche mit Farbenfächern, niedrige Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737\*

Hochvernehme Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkauf Germania, Unter den Linden 21. Keine Pfälzen. 24068\*

Fahrräder, Teilzahlungen, Bergstrasse 28, Stallgerstrasse 40. 48\*

Herrenfahrrad (spottblind) Schulz, Händelstrasse 15. 24356\*

Nähmaschinen, Kingshill, Langschiff, gebraucht, billig. Krieg, Stallgerstrasse 136. 21936\*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Hellmann, Gellnowstrasse 26, nahe der Landsbergerstrasse. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 188\*

Nähmaschinen, Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachwehrt. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Borchert, Sornborferstrasse 60. 124/1\*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, bis 10,00 Vergütung. Postkarte. Brecht, Händelstrasse 10. 24388\*

Bronzegedronen! dreifach! 6,00. Gellnowstr. 14, Schwanenstr. Gasseleuchtung (spottblind), Wollauer, Wallnertheaterstrasse 32. 388\*

Kingshillchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpferstrasse 60/61. Große Frankfurterstrasse 43, Brenzlauerstrasse 59/60. 748\*

Gasheizöfen, Sparöfen, 6,00, Petroleumöfen (spottblind), Wollauer, Wallnertheaterstrasse 32. (Gasofenhaus.) 648\*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 737\*

Restaurations, nachlässig gutgehend, Dandelmännstrasse 45, Charlottenburg. 24406\*

Restaurations, gutgehend, umständehalber (spottblind) veräußert, Drömer, Becherstrasse 2. 24626\*

Baureise, Barzelle, Ostvort, Hauptstrasse, verkauft sehr billig Grab, Bernauerstrasse 21. 7109\*

Zofa 18,00, Bettstelle 15,00, Wallhabenstrasse 23, Tapezierer. 43/8

Herrenanzüge, Liebeslieber, wenig getragene Monatsgar derobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgelehnte, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Härtstengel, Noltenbalestrasse 15, III. 148/9\*

Reisemüher, Herrenpaletots, Prachtexemplare, prima, einzeln, (spottblind), Schönhauser Allee 73 b, vorn III links. 148/10\*

Betten, Tischdecken, Regulatoren, Bilder, Spiegel, Möbel (spottblind), Pfandleihhaus Grünauerweg 113 und Reanderstrasse 6. 43/4\*

Teilzahlung, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontoiruhren, Bilder, Spiegel, Möbel (spottblind), Pfandleihhaus Grünauerweg 113 und Reanderstrasse 6. 43/7\*

Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Portieren (spottblind), Pfandleihhaus Grünauerweg 113 und Reanderstrasse 6. 43/6\*

Winterpaletots, Remontoiruhren, Uhren (spottblind), Pfandleihhaus Grünauerweg 113 und Reanderstrasse 6. 43/6\*

Eine Stube zum Truhen, eine Matratze zur Kinderbettstelle, Tisch, Regal, Friedrichsberg, Wartenbergstrasse 67. 7128\*

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstrasse 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehnte und verlassene gefundene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettstelle mit Federmatratzen und Kleintisch 36, Tischsofa 50, Vaneesofa 70, Waschtisoleite 20, Küchenbett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 43/5\*

Nähmaschinen aller Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünf Jahre Garantie. Unterricht im Sticken, Sticken gratis. Postkarte genügt. Wienerstrasse 6, Händelstrasse 113, Händelstrasse 4, Frankfurter Allee 10. 769\*

Gänse! Gänse! Enten! Frisch geschlachtet, von 2,75 an. Der Verkauf vom Zentralbleichhof befindet sich gegenüber Eldemacherstrasse, Ecke Semariterstrasse 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoff. 43/10\*

Bett, (spottblind), 17,00, Tisch, Dresdenstrasse 38. 24988\*

Eleganten Teppich, guten Stand Betteln, zwei feinsten Gardinen, Tischdecke, Gasofen, zwei Steppdecken, Tischportieren, Stores, Tischbedende verkauft billig Hofmann, Rammstrasse 52. 24966\*

Herrenrad, gut erhalten, Wollauer, Landsbergerstrasse 114, Hof IV, abends 7-10. 730

Kolonialwarengeschäft, schöner Laden, große Wohnung, billige Miete, veränderungshalber veräußert, Korfstrasse 6. 24946\*

Verschiedenes.

Sprachen, Deutsch, Französisch, Englisch, Lehrinstitut Karlstrasse 36. \*

Rechtsbureau, Vorleber, früherer, Büdlerstrasse 15 (Rauher Block). 725\*

Unfallfächer, Straßfächer, Eingabengeldsche, Kartenteilung, Beif. Brunnstrasse 97 (Bollbaumalt). \*

Patentanmeldung, Gebrauchsmuster fertigt billig „Ingenieur“, Hofamt 78. 23776\*

Patentanwalt Dammann, Dramenstrasse 57, Vorplatz, Rat in Patentfächer. 24616\*

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzstrasse achtzehn! Erfahrener Prozessbeistand! Ehegelagerten, Interventionen, Straßfächer! Eingabengeldsche! Kartenteilung. 124/10\*

Rechtsbureau! Dramenstrasse vierzig, langjähriger Prozessbeistand, Eingabengeldsche, Kartenteilung. (Mehrbiligt). 24326\*

Rechtsbureau! (Kandrasplatz), Grünauerweg vierundneunzig, langjähriger! Erfolgreichster! 124/3\*

Anspolierung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auferm Hause. Bachmann, Blumenstrasse 35 b. 18\*

Pfandleihe, Prinsenzstrasse 63, Ecke Wollauerstrasse, täglich 8-8, Sonntag bis 2 Uhr geöffnet. 558\*

Pfandleihe Karlstrasse 27, 22815\*

Verkauf und alle anderen Bücher kauft, beleih! Antiquariat, Kochstrasse 56 I. Am I 8831.

Möbel, Kleidungsstücke, Briefschloßen, Nachschloßen kauft höchstzahlend Noter, Strausbergerstrasse 34. 41/12\*

Fahrräderverkauf, Möbel, Pianino, Nähmaschine, Kaffee, Schönhauser Allee 163a. 23668\*

Bandwärmer mit Kopf, frisch in Spiritus eventuell Wasser, kaufen a 2 Mark Linnaea, Zavalidenstrasse 105. 23668\*

Kocherer Ritzgüßlich Artilleriestrasse 9, vorzügliche Zubereitung, (spottblind), Noltenial. 24256\*

Damenaccesso, Kostime, Maßanfertigung. Unmoderne werden modernisiert. Spötter, Grünhauserstrasse 67. 7109\*

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laten, Leibnizstrasse 6,10, Abholung Sonnabends. Emil Paukath, Köpenick, Nügelheimerstrasse 40. 24906\*

Strafsaufhub, Gnadengefuge, Rechtsbureau Chausseestrasse 96.

Teleskop, Schleierhänge werden zu kaufen gesucht. Rühlendeb, Reichenstrasse 64. 794

Ingenieurtes Vereinszimmer mit Kaffee an Vereine sofort zu vergeben. Beteranenstrasse 17. 24906\*

Vermietungen.

Wohnungen.

Leere Stube, eventuell mit Küche, sofort oder später umständehalber billig zu vermieten. Käheres-Gneifenstrasse 62 (Borchert). 7113

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn Dehmte, Reichenbergerstrasse 110.

Mietsgesuche.

Einfach möbliertes Zimmer gesucht. Offerten mit Preisangabe Postamt 69, X. 100. 25056

Kleines Zimmer sucht Herr allein, separat (eventuell leer) Süden, Südost. Preisofferten unter H. Postamt 26. 726

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Schmecker mocht Stettinerstrasse 67. 7109\*

Volkshumorist Gerhards, Drangelstrasse 115. 726\*

Stellenangebote.

Nebenberdienst für Herrmann. Anstalt gratis. Herrn. Boll, Jovisau, Reichstrasse 44. 18566\*

Rahmenmacher, tüchtiger, bei hohem Lohn sofort dauernd gesucht. Rahmenfabrik Linienstrasse 214. \*

Redenrohler sucht Hofhaus, Valente, Westfälischestrasse 53. 24956

Einrichter, tüchtiger, nur solcher, von hiesiger Schraubenfabrik verlangt. Offerten O. U. 8079, Rudolf Woffe, Frankfurterstrasse 33. 43/9

Schlosser, Mechaniker unterrichtet Ingenieur in Maschinenlehre, Elektrotechnik, Mathematik. Offerten R. S. postlagernd Postamt 25. 25006

Berndt, guten, mähelos, durch Vermittlung von Versicherungen. Eventuell dauernde, einträgliche Beschäftigung. Anleitung gibt General-agentur, Händelstrasse 69. 25016

Audschneider, der auch Bekleiden versteht, verlangt Joers, Stallgerstrasse 28. 726

Tischler für Möbelfabrik, welcher gut polieren kann und mit dem Reparieren demandert ist, verlangt Köpferstrasse 126a, I. 24976

Arbeitsbürche gesucht. Buchdruckerei, Dresdenstrasse 79. 24906

Pauser verlangt Maurermeister G. C. Hirschfeld, Sparrstrasse 20, am Wedding. 24876

Bauanwärter verlangt zu Tarifpreisen Schlosserei H. Blume, Charlottenburg, Schillerstrasse 97. 24926\*

Tischlergefelle verlangt Deffauerstrasse 26. Decker. 8156

Leichte Handarbeit als Nebenbeschäftigung vergibt ein einseitigende Berlin Altmann, Händelstrasse 11, Hofparterre. 8156

Blusen-Arbeiterin, Stepperin verlangt Gottmann, Bernburgerstrasse 6. 678\*

Knabenblusen-Arbeiterin verlangt Raaser, Brunnenstrasse 84. 678\*

Knabenjaden-Arbeiterin verlangt Raaser, Brunnenstrasse 84, Fabrikgebäude. 688\*

Knabenpaletot - Arbeiterin verlangt Raaser, Brunnenstrasse 84, Fabrikgebäude. 688\*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.